

Internationale Münchner Friedenskonferenz

1.- 3. Febr. 2013

2013

Frieden und Gerechtigkeit gestalten

Beiträge und Texte von der Konferenz

u. a. von:

Hanne-Margret Birckenbach

Tomás Hirsch

Franz Alt

Hep Monatzeder

Simone Burger

Jürgen Scheffran

Sabine Bock

Frauke Liesenborghs

Ernst Schimpff

Sabine Geiger

Clemens Ronnefeldt



Frieden und Gerechtigkeit gestalten - NEIN zum Krieg

Impressum

Dokumentation der Internationalen
Münchener Friedenskonferenz 2013

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg
München, 30.1. und 1. – 3.2. 2013

Herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Redaktion: Thomas Rödl, Gertrud Scherer, Heinz Staudacher

Eigendruck im Selbstverlag, ViSdP: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Zusammenfassung der Vorträge, Abschriften vom Tonträger und Textbearbeitungen: Gertrud Scherer,
Gudrun Haas, Rosemarie Wechsler, Thomas Rödl, Heinz Staudacher
Übersetzungen: Ferdinand Boleslawski

Umschlag: Heinz Staudacher

Lay-out: Werner Bergheim, Heinz Staudacher

Gesetzt aus Charis SIL und Pigiarniq

Bildmaterial: Antje Wagner, Martin Pilgram, Heinz Staudacher

Unser Dank gilt allen, die uns bei der Ausrichtung der Konferenz unterstützt und ermuntert haben. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen, den DolmetscherInnen und Übersetzern, der musikalischen Unterstützung, den Trägerorganisationen, der Stadt München und allen HelferInnen bei der Vorbereitung der Veranstaltungen.

Mitglieder des Ehren-Kurats:

- Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Träger des Alternativen Nobelpreises;
- Dr. h.c. Hans-Christof von Sponeck, ehemaliger UNO-Koordinator für den Irak;
- Dr. Franz Alt, Publizist;
- Dr. Klaus Hahnzog, Bürgermeister a.D. und Verfassungsrichter;
- Konstantin Wecker, Liedermacher, Komponist, Autor
- Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Professorin für Friedens- und Konfliktforschung

Trägerkreis (weitere Informationen Seite 64 bis 67):

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern
- Internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig e.V.
- Internationale katholische Friedensbewegung pax christi im Erzbistum München & Freising
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- Kreisjugendring München-Stadt
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern
- Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.

Die Organisation erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Bayern sowie mit der freundlichen Unterstützung des Kulturreferates der Landeshauptstadt München.

Inhaltsverzeichnis

Impressum/Trägerkreis		2
Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“		4
Internationales Forum: „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“		
am 1.2.2013 im Alten Rathaus		5
Einleitung, Moderation	Clemens Ronnefeldt	5
Grußwort der Landeshauptstadt München	Hep Monatzeder	7
Friedenslogik oder Sicherheitslogik	Hanne-Margret Birckenbach	9
Gewaltfreie Wege des Regimewechsels	Tomás Hirsch	15
Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne	Franz Alt	19
Diskussion		24
Bericht aus dem Diskussionsforum am 2.2.2013 mit Hanne-Margret Birckenbach und Tomás Hirsch		28
Bericht von der Aktuellen Runde Moderation Franz Alt Klima - Energie - Gerechtigkeit - Frieden		32
Grußwort des DGB	Simone Burger	32
Bericht von der Diskussion mit Sabine Bock, Frauke Liesenborghs, Jürgen Scheffran, Franz Alt und Ernst Schrimppf		34
Klimawandel und Sicherheit	Jürgen Scheffran	40
Friedensgebet der Religionen am 3.2.2013 in der Kreuzkirche, Hiltenspergerstr.		48
Workshop „Restorative Circles - Suche nach Gerechtigkeit“ am 30.1.2013 mit Sabine Geiger		50
Informationen zu den Mitwirkenden		52
Informationen zu den Trägerorganisationen		64

Musikalische Begleitung:

Gipsy Pogo mit Hans Fleischmann (Gitarre), Stefan Kalmer (Violine) und Damian Pytel (Kontrabass)

Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“

Die Münchner Friedenskonferenz ist die inhaltliche Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz.

Einschätzung der Münchner Sicherheitskonferenz

Die Münchner Sicherheitskonferenz wurde als „Wehrkundetagung“ gegründet, als die so genannte Sicherheitspolitik von einer klaren Frontstellung gegen die sozialistischen Staaten gekennzeichnet war. Abschreckung, militärische Stärke und Totrüstungen des Gegners waren die zentralen Konzepte der militärischen Machtpolitik. Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ geht es den westlichen Industriestaaten - also vorwiegend den Staaten der NATO – vorrangig um den weltweiten Zugriff auf Ressourcen und um die Absicherung der Handelswege und Absatzmärkte auch mit militärischen Mitteln. Für die Absprachen dafür spielt die Münchner Sicherheitskonferenz eine wichtige Rolle.

Ihr Sicherheitsverständnis ist auf Dominanz und Machterhalt ausgerichtet. Aus der Drohgebärde der Hochrüstung im „Kalten Krieg“ sind tatsächliche militärische Interventionen in strategisch wichtigen Regionen geworden, z.B. im Irak und in Afghanistan. Diese wurden mit hohem propagandistischem Aufwand zu „Krisengebieten“ erklärt, die „unsere Sicherheit“ bedrohen und somit Militäreinsätze rechtfertigen sollen. Diese Militärpolitik ist durch die UNO-Charta nicht gedeckt. Sie kostet in den Kriegsgebieten unzähligen Menschen das Leben, bewirkt Verarmung und Radikalisierung und verschlingt ungeheure Mittel. Diese Mittel fehlen für die zivile Konflikt- und Krisenbewältigung und für Strategien gegen die von Menschen gemachten Katastrophen.

Ein Umsteuern ist notwendig - zivil handeln statt militärisch intervenieren

Eine „Internationale Sicherheitskonferenz“, die diesen Namen verdient, muss nach unserer Ansicht militärisches Sicherheitsdenken überwinden und auf gemeinsame Sicherheit durch Interessenausgleich und Kooperation setzen. Für den Paradigmenwechsel ist eine grundlegende Umschichtung von den hohen Militärausgaben zur Finanzierung von ziviler Konflikt- und Krisenbewältigung nötig. An die Stelle des Strebens nach Überlegenheit und Gewinnmaximierung müsste eine neue Denkweise treten: Orientierung an globaler Gerechtigkeit, am Gemeinwohl für alle Menschen und an Nachhaltigkeit in der Wirtschaft und im Umgang mit den Ressourcen.

Es gibt detaillierte Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen Bereich, bei innerstaatlichen Konflikten und ermutigende Erfahrungen auf internationaler Ebene. Die UNO, zwischenstaatliche und regierungsunabhängige Organisationen haben auf diesem Gebiet durch Verhandlungen, Schlichtung und Beobachtermissionen bereits Beachtliches geleistet. Zu den wichtigsten Instrumenten zählt auch der Zivile Friedensdienst (ZFD), der mit den Konfliktparteien vor Ort an Lösungen arbeitet, die für alle tragbar sind. Die „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ beschäftigt sich seit 2003 mit diesen neuen Ansätzen und zeigt internationale Beispiele für das Gelingen auf.*

Von der Bundesregierung erwarten wir:

- Schritte zur Abrüstung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung
- Eine Stärkung der Institutionen der gemeinsamen Sicherheit wie UNO und OSZE
- Senkung der Rüstungsausgaben und eine deutliche Erhöhung der Mittel für zivile Konfliktbearbeitung
- Stopp der Waffenexporte und Unterbindung des illegalen Waffenhandels
- Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Einführung eines Zivilsteuergesetzes: Kein Steuer-Zwang zur Mitfinanzierung der Militärausgaben

Ziele und Aufgaben der Friedenskonferenz:

- Ein wesentliches Ziel der Friedenskonferenz ist es, Denkprozesse anzustoßen, die eine Kultur des Friedens beflügeln.
- Mit konkreten Beispielen aus verschiedenen Kulturen wollen wir Perspektiven aufzeigen für eine am Wohl der Menschen orientierte Sicherheit.
- Wir wollen die Menschen ermutigen, sich ins politische Geschehen einzumischen.
- Mit der Friedenskonferenz legen wir den Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit friedenspolitischen Optionen. Wir sehen sie als Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung neben den Straßenaktionen, Dialogveranstaltungen und Friedensgebeten.
- Wir setzen uns mit unserem Handeln und der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.

*) Die inhaltlichen Beiträge zu den Friedenskonferenzen sind dokumentiert unter www.friedenskonferenz.info

Internationales Forum

Frieden und Gerechtigkeit gestalten



Einleitung Clemens Ronnefeldt (Moderator)

Liebe Besucherinnen und Besucher, 2003 fand die erste Internationale Münchner Friedenskonferenz kurz vor der Irak-Invasion statt, während unserer heutigen Konferenz erleben wir eine Mali-Invasion, die schon jetzt weit über die Grenzen Malis hinaus eskaliert.

Damals wie heute wurden und werden die Gründe der jeweiligen Kriege verschleiert: War es 2003 vor allem das irakische Erdöl, geht es in Mali und Algerien - neben der Bekämpfung terroristischer Gruppen - vor allem um Uran, Gold sowie mögliche Pipelineführungen in Konkurrenz zu Russland und China.

Zur aktuellen politischen Großwet-

terlage gehört auch die Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die Europäische Union.

Angesichts mehrerer tausend toter Flüchtlinge an den Grenzen Europas, der Tatsache, dass die EU-Länder zu den größten Rüstungsexporteuren der Welt zählen - und vor dem Hintergrund der jüngsten

Unterstützung zahlreicher europäischer Staaten bei der Militärintervention Frankreichs in Nordafrika, erscheint mir die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU als skandalöse Fehlentscheidung. Im Sinne der Nobelpreis-Stifter war dies sicher nicht.



Quelle: Pax Christi Rundbrief München 1/2013, S.3



Der Krieg der Banken gegen das Volk

Alle drei Referate des heutigen Abends werden noch zeigen, dass Alternativen zu Kriegen bei der Überwindung von Gewaltsituationen durchaus möglich sind!

„Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ - so lautet das Motto unserer heutigen Veranstaltung.

Wenn die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen langen Artikel mit der Überschrift versieht: „Der Krieg der Banken gegen das Volk“, stellt sich für uns dann nicht die Frage: Wann steigen wir mit unseren Geldeinlagen aus, die Ungerechtigkeiten und Kriege bei Großbanken befördern - und bringen unser Erspartes zu Instituten, die dem Leben dienen - wie GLS-Bank, Ethikbank, Triodos oder Umweltbank?

Wäre dies nicht eine logische Konsequenz, wenn wir wirklich zu mehr Frieden und Gerechtigkeit beitragen wollen? Und wäre dies nicht auch die konsequente Entsprechung des Verzichts auf Atomstrom und unseren Stromanbieter-Wechsel zu Greenpeace, den Schönauer Stadtwerken, Naturstrom oder Lichtblick?

Dass wir, die Zivilgesellschaft, mit unserem Verhalten Frieden und Gerechtigkeit befördern können, zeigen aktuell auch Menschen auf internationaler Ebene im Konflikt zwischen Israel und Iran.

Was im März 2012 als zunächst belächelte private Botschaft aus Israel begann mit dem Satz eines Grafik-

designers: „Iraner, wir werden euer Land niemals bombardieren“ - bekam eine ungeheure Dynamik. Noch am gleichen Tag folgten mehr als 40 000 Israelis dem Aufruf und schlossen sich an. Aus Iran trafen ähnlich lautende Friedens-Botschaften in Israel in ungeahnter Zahl ein.

Inzwischen hat diese Initiative mehr

als 56 Millionen Internet-Aufrufe, das israelische Fernsehen und selbst die deutsche Tagesschau berichteten darüber, in Israel gibt es aktuell keine Umfrage-Mehrheit für einen israelischen Krieg gegen Iran, hochrangige Militärs erklärten öffentlich, sich nicht an einem Irankrieg zu beteiligen.

Lawinen fangen klein an - und auch wir können heute Abend bei uns und in unserem Umfeld damit beginnen, eine Lawine für mehr Gerechtigkeit und Frieden in Gang zu setzen!

Damit möchte ich meine Einführung beenden und Herrn Bürgermeister Hep Monatzeder bitten, als Vertreter der Stadt München ein Grußwort an uns zu richten.



Grußwort der Landeshauptstadt München

Hep Monatzeder

3. Bürgermeister der Landeshauptstadt München



es ist mir eine große Freude, Sie als Bürgermeister der Landeshauptstadt München im Rahmen der 11. Internationalen Münchner Friedenskonferenz zum heutigen Internationalen Forum „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ herzlich willkommen zu heißen.

Ganz besonders glücklich bin ich darüber, dass ich Sie endlich wieder im Alten Münchner Rathaus hier am Marienplatz begrüßen darf. In den letzten beiden Jahren mussten wir ja leider zweimal umziehen - zuerst renovierungsbedingt in das Goethe-Forum an der Dachauer Str., dann im letzten Jahr in die Kongresshalle.

Die sogenannte Münchner Sicherheitskonferenz ist in den letzten Jah-

ren zwar etwas „ziviler“ geworden – das war sicherlich auch ein Verdienst der Münchner Friedenskonferenz. Dennoch steht dort immer noch ein sehr verkürztes Verständnis von „Sicherheit“ im Mittelpunkt. Es treffen sich hauptsächlich die hohen Repräsentanten aus Militär und Rüstungsindustrie, angereichert durch Politikerinnen und Politiker sowie Vertreter der übrigen Wirtschaft.

Es überrascht deshalb nicht, dass drüben im Bayerischen Hof zumeist lediglich an den Symptomen von Krisen herumgedoktert wird und kaum an den wirklichen Konfliktursachen. Eine Reduzierung der Diskussionen auf die vordergründigen Interessenlagen von Konflikt- und Kriegsparteien, auf militärische Stra-

tegien und auf einen staatszentrierten Sicherheitsbegriff wird uns keinen nachhaltigen Frieden bringen. Wir – und auch die Teilnehmer der Sicherheitskonferenz – müssen stattdessen unseren Blick auf das größere Bild richten: Wie können wir einer für alle gerechteren und friedlicheren Welt tatsächlich näher kommen?

Ich bin deshalb froh, dass Sie – wie die Jahre zuvor – auf der Münchner Friedenskonferenz diese Frage wieder aufgreifen und mit hochkarätigen Gästen zum Thema machen. Ich darf an dieser Stelle noch ganz herzlich die heutigen Referenten Frau Prof. Hanne-Margret Birckenbach, Herrn Tomás Hirsch und Herrn Dr. Franz Alt begrüßen.

Die Friedens- und Sicherheitspolitik darf sich nicht in militärischem Säbelrasseln, gewaltsamer Einflussnahme und dem Recht des Stärkeren erschöpfen. Nein, die Schwerpunkte müssen vielmehr auf der zivilen Prävention und Bearbeitung von Konflikten, dem Dialog der Religionen und Kulturen sowie vor allem auch auf einer nachhaltigen Entwicklungspolitik und dem Schutz der Umwelt und des Klimas liegen.

Mir als Grünem liegt natürlich letzteres sehr am Herzen und ich bin dankbar, dass Sie heute und morgen das Thema „Klimawandel und Sicherheit“ diskutieren werden.

Die Folgen von globaler Umweltverschmutzung und Klimawandel treffen zuallererst die ohnehin schon

benachteiligten Regionen in der Welt. Ebenso spüren die Menschen dort die drohende Ressourcenknappheit bereits in teilweise lebensbedrohlichem Ausmaß. Der Kampf um Brennstoffe, um Wasser oder um Zugang zu fruchtbarem Land wird sich weiter verschärfen. Militärische Lösungen und das Recht des Stärkeren werden uns bei diesen Konflikten nicht mehr weiterhelfen.

Wenn wir auch als Kommune wenig Einfluss auf die große Welt der Internationalen Politik haben, so sehen wir uns als Millionenstadt dennoch in großer Verantwortung. Denn gerade die Großstädte sind auch Großverbraucher – sie konsumieren drei Viertel der weltweiten Energie und haben einen Anteil von 80% am weltweiten CO₂-Ausstoß.

Als Stadt müssen wir daher versuchen, unseren ökologischen Fußabdruck so weit zu verkleinern wie es geht. Gerade im Klimaschutz sind wir schon seit längerem sehr aktiv. Wir haben uns das Ziel gesetzt, un-

seren CO₂-Ausstoß bis 2030 um die Hälfte zu reduzieren (Vergleichsjahr 1990). In absoluten Zahlen ausgedrückt wollen wir den Pro-Kopf-Ausstoß von ca. 6 t/Einwohner auf 3 t/Einwohner reduzieren.

Um dies zu erreichen, stellen beispielsweise die Stadtwerke München auf Beschluss der LHM ihre Stromerzeugung mit großem finanziellem Aufwand auf Erneuerbare Energien um (2008 – 2025: 9 Mrd. €/ 500 Mill. € pro Jahr). Bereits 2014 werden alle 800.000 Münchner Privathaushalte mit Ökostrom versorgt werden können. Bis 2025 soll dann der gesamte Strombedarfs Münchens aus Erneuerbarer Energie abgedeckt werden können.

Im Rahmen eines Integrierten Handlungsprogramms reduzieren wir außerdem unseren täglichen Energieverbrauch, z.B. durch energetische Sanierung städtischer Gebäude oder die referatsübergreifende Optimierung der alltäglichen Verwaltungsarbeit. Wichtig ist uns

auch die Einbeziehung der Stadtgesellschaft, sei es durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft, durch Förderprogramme für Bürgerinnen und Bürger oder Aufklärungskampagnen. Schließlich tauschen wir unsere Erfahrungen auch im Rahmen zahlreicher internationaler Kooperationen aus.

Trotz aller Widerstände ist es also möglich: Wir können etwas bewirken – das hat die Münchner Friedenskonferenz mit der erwähnten Öffnung der Sicherheitskonferenz gezeigt; das zeigen auch wir Münchner beim Schutz des weltweiten Klimas. Wir können auch im Lokalen einen globalen Unterschied bewirken.

In diesem Sinne wünsche ich der 11. Internationalen Münchner Friedenskonferenz ein gutes Gelingen und Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, ertragreiche Diskussionen und einen spannenden Abend.



foto: Antje Wagner

Hanne-Margret Birckenbach

Friedenslogik oder Sicherheitslogik

Professorin Hanne-Margret Birckenbach studierte Germanistik und Philosophie in Tübingen, später Soziologie mit den Nebenfächern Politikwissenschaft, Pädagogik und Sozialpsychologie in Frankfurt am Main. Nach dem Diplom in Soziologie promovierte sie in Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Es folgte ihre Habilitation an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld.

Im Oktober 2001 begann sie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen, von 2008 bis 2010 folgte eine Professur für Internationale Integration mit dem Schwerpunkt östliches Europa, seit 2010 eine Professur für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität in Gießen. Die Liste ihrer Veröffentlichungen ist lang, in Friedensforschung und Friedensbewegung ist sie hochgeschätzt.

Wir beide kennen uns über die Zusammenarbeit mit Professor Andreas Buro im Rahmen der Schriftenreihe „Zivile Konfliktbearbeitung - Gewalt und Kriegsprävention“ und von einigen Veranstaltungen.

Liebe Hanne, Du hast das Wort.

Die Münchner Friedenskonferenz will Denkprozesse anstoßen, eine Kultur des Friedens beflügeln, Menschen zum Engagement ermutigen. Ich möchte zeigen, welche Möglichkeiten engagierter Friedensstiftung erkennbar werden, wenn wir uns auf friedenslogisches Denken einlassen und den Pfad sicherheitslogischen Denkens verlassen. Sicherheitslogik beschränkt den Horizont. Im sicherheitslogischen Denken werden tatsächlich existierende Probleme aus ihrem gesellschaftspolitischen Kontext herausgelöst und – je unlösbarer sie scheinen – nicht als Aufgabe, sondern als Bedrohung interpretiert, vor der es sich zu schützen gilt. Dieser Pfad der „Versicherheitlichung“

(L. Brock) führt – wider Willen - in eine Militarisierungsfalle. Wir leisten uns einen riesigen Gewaltapparat zum Schutz vor Bedrohungen, die aus ungelösten Konflikten entstehen, haben aber nur wenig Kraft, um gesellschafts-politische Probleme wie Energieversorgung, Umweltzerstörung und tatsächlich existierende Differenzen zu lösen, bevor sie eskalieren, und nur wenig Kraft, um der Eskalation von Konflikten, die aus ungelösten Problemen resultieren, vorzubeugen. Politisches Handeln ist heute dieser Logik der Versicherheitlichung offensichtlich ausgeliefert. Man weiß, dass Militärinterventionen eben die Sicherheitsprobleme verstärken und erzeugen, die sie lösen sollen, und gleichzeitig die Friedensressourcen im eigenen und im fremden Land zerstören. Und doch dümpeln die NATO-Staaten immer wieder in Militärinterventionen hinein.

Aus der Militarisierungsfalle kommt Politik nur dann heraus, wenn sie Frieden wieder zum Leitbegriff macht. Im Fall von Konflikten, die bereits in direkte Gewalt eskaliert sind, heißt Frieden:

1. Gewalt und ihre Bedingungen kritisieren,
2. Problemlösungen und Alternativen zur Gewalt für möglich halten und
3. Problemlösungen und Alternativen möglich machen und praktizieren.

Je mehr wir friedenslogisch denken, um so eher erkennen wir, was tatsächlich getan werden kann, um Gewalt einzudämmen, in Konflikten konstruk-



tiv zu reagieren und Friedenskräfte – wie schwach sie auch sein mögen – zu stärken.

Bei der Unterscheidung zwischen Sicherheit und Frieden handelt es sich nicht um Begriffsklauberei. Sie ist folgenreich. Friedenslogik und Sicherheitslogik unterscheiden sich in der Sicht auf Gewalt, in der Sicht auf Konflikte und in der Sicht auf Friedenskräfte. Damit es einfacher wird, die Überlegungen nachzuvollziehen, werde ich einige Punkte an einem konkreten Beispiel erläutern. Vor einem Jahr habe ich das am Beispiel des Konflikts in Syrien getan, der damals noch nicht zum Krieg eskaliert

Friedenslogik

Frieden als Leitbegriff, um Militarisierungsfällen zu entkommen,

Sichtbar machen, was getan werden kann, um:

1. Gewalt zu begegnen,
2. Konflikte konstruktiv auszutragen,
3. Friedenskräfte zu stärken

war (in W + F, 2/12), im Herbst am Beispiel des Atomkonflikts mit dem Iran (Projektzeitung „MSK verändern“ 8/2013), hier erläutere ich friedenslogisches Denken am Fall der Militärintervention in Mali. Alle drei Fälle sind gegenwärtig auch Gegenstand der Münchner Sicherheitskonferenz (MSK). Jeder Fall ist ein wenig anders, jeder Fall lässt deshalb auch neue Aspekte friedenslogischen Denkens sichtbar werden.

1. Umgang mit Gewalt

Es gibt eine Gemeinsamkeit zwischen sicherheitslogischem und friedenslogischem Denken: Es ist die

sie praktiziert, also auch die Gewalt, die von der eigenen Seite ausgeht.

Grundregeln im Umgang mit Gewalt lassen sich negativ (Folie 2, linke Spalte) und positiv (rechte Spalte) formulieren.

In der negativen Formulierung sagen wir, was aus friedenslogischer Sicht nicht getan werden soll. Im anderen Fall sagen wir, was friedenslogisch geboten scheint, was aber in sicherheitslogischer Politik eher nicht getan wird. Ganz simpel erläutere ich nur die erste Zeile: Linke Spalte, negativ formuliert: Wir sollen Gewalt weder ausüben, noch ge-

Einsatz von militärischer Gegengewalt Menschenleben retten kann. Wir wissen außerdem, dass Gewalt umso schwieriger gestoppt werden kann, je massiver die direkte Gewalt ausgeübt wird – egal ob es darum geht, dass Hände abgehakt oder Siedlungen bombardiert werden. Um der Gewalttätigkeit der islamistischen Kämpfer zu begegnen, hat es möglicherweise keine Alternative zur französischen Militärintervention gegeben. Möglicherweise ist die Einschätzung richtig. Gleichwohl bleibt die Differenz zwischen sicherheitslogischer und friedenslogischer Politik relevant. Sicherheitslogische Politik nimmt den Tatbestand der fehlenden Alternative als Rechtfertigungsgrund für einen Militäreinsatz. Anders geht friedenslogische Politik mit einem solchen „Tatbestand“ um. Wenn es tatsächlich keine Alternative gibt, dann hat Politik - friedenslogisch gesehen – versagt, eine Alternative rechtzeitig zu erarbeiten. Politik muss die Verantwortung dafür übernehmen. Daraus folgt aus friedenslogischer Sicht zweierlei:

Erstens, auch „rettende Gewalt“ hat einen hohen Preis. Menschen verlieren ihr Leben. Friedenslogisch dürfen wir die kurzfristigen und langfristigen Folgen „rettender Gewalt“ nicht ignorieren. Sie müssen genannt und – sofern möglich - behoben werden. Friedenslogische Politik übernimmt die Verantwortung dafür, bittet um Verzeihung und bemüht sich um Abhilfe.

Zweitens wird friedenslogische Politik vorausschauend tätig, um Fällen, die erneut nach „rettender Gewalt“ verlangen, vorzubeugen. Sie bemüht sich darum, ein Fundament für eine Friedenspraxis zu legen. Die Entsendung und Ausbildung von Entwicklungs- und Friedensfachkräften kann dazu nützlich sein. Aber das reicht nicht, es geht um umfassende Konfliktbearbeitung und Problemlösungen.

2. Umgang mit Konflikt

Sicherheitslogische Politik tritt in Aktion, weil Konflikte gewalttätig ausgetragen und sobald sie als Krise bewertet werden und sie eigene In-

Friedenslogische Grundregeln zum Umgang mit Gewalt	
<ul style="list-style-type: none"> • Gewalt nicht ausüben, nicht geschehen lassen, nicht rechtfertigen. • Grundbedürfnisse nicht verschärft verletzen (Erzeugung von weiterer Angst, weitere Zerstörung der Lebensgrundlagen, Entzug von Hilfe). • Die zerstörerischen Folgen „rettender Gewalt“ nicht ignorieren. 	<ul style="list-style-type: none"> • Gewaltfreiheit lernen, ausbreiten. • Eigene, auch „rettende“ Gewalt bedauern. Verantwortung übernehmen. • Um Verzeihung bitten, • Gewalt vorausschauend eindämmen: • Die Würde aller achten, auch der Täter (resozialisierende Strafen); • Gewaltverzicht belohnen, begleiten (zivile Polizeikräfte, zivilcouragierte Nachbarschaft); • Begründete Hoffnungen/Perspektiven schaffen, die Gewaltverzicht opportun machen, • Anlässe für Gewaltaktionen verringern, • Friedenspraxis etablieren • Über die (selbst-)zerstörerischen Folgen von Rüstung / Rüstungsexport aufklären

Abscheu vor direkter Gewalt. Es gibt aber auch drei wesentliche Unterschiede:

1. Im friedenslogischen Denken ist es unvernünftig, Krieg gegen Gewalt zu führen.
2. Friedenslogisches Denken kritisiert jegliche Gewalt, die direkte Gewalttat ebenso wie Gewaltstrukturen und Rechtfertigungsmuster.
3. Friedenslogisches Denken kritisiert Gewalt unabhängig davon, wer

schehen lassen, noch rechtfertigen. Rechte Spalte, positiv formuliert: Wir sollen Gewaltfreiheit lernen, üben und ausbreiten.

Ein Begriff in der Tabelle wird Sie irritieren, der Begriff der „rettenden Gewalt“. Er steht auf beiden Seiten in Anführungszeichen. Das heißt ich kann es nicht besser formulieren, nur am konkreten Fall in Mali erläutern. Ich kann nicht ausschließen, dass es Fälle gibt, in denen der

teressen und Werte in Frage stellen. „Mali, Syria, and beyond: Dealing with the current crisis“, steht daher nun für Sonntag auf der Tagesordnung der Münchner Sicherheitskonferenz.

Friedenslogische Politik dagegen erfasst Konflikte frühzeitig und nicht erst, wenn es zur gewalttätigen, bedrohlichen Krise gekommen ist. Ein Konflikt wird als Beziehung zwischen und innerhalb von Gesellschaften und Staaten verstanden, in der die Problemlösungsfähigkeit blockiert ist. Friedenslogische Politik nimmt das Eskalationspotential ernst. Aber sie nimmt auch die Chance für eine konstruktive Wende zugunsten der Bearbeitung von ursächlichen Problemen ernst – z. B. von ungelösten Interessenkonflikten in den Bereichen von Energieversorgung, Klimawandel oder Verarmung. (Alle spielen auch im Fall Mali eine Rolle - aber es gibt weitere.) Konflikttransformation im Sinne von Auflösung der Interessendivergenz und Problemlösungsunfähigkeit ist daher das Ziel friedenslogisch inspirierter Politik. Es geht darum, die gestörten Beziehungen zwischen den Beteiligten und die verfestigte Unfähigkeit zur Kooperation zu überwinden.

Wieder finden Sie auf der linken Seite von Folie 3 Stichworte zu dem, was friedenslogisch nicht geschehen und auf der rechten Seite, was aus friedenslogischer Sicht geschehen sollte.

Fehlentscheidungen und Ausstiegsstrategien

In sicherheitspolitischer Logik geht es immer um das bedrohliche, negative Verhalten der anderen. Eigene Beiträge zur Konflikteskalation werden ausgeblendet. Dagegen geht es in friedenslogischer Politik immer - zumindest auch - um die Korrektur der eigenen Seite, der Überprüfung eigener Ziele, eigenen Verhaltens

und eigener Haltungen. Das ist schwer. Aber es ist ein klein wenig einfacher, die eigene Seite zu ändern als die andere – und wenn es gelingt, ändern sich auch die Beziehungen zwischen beiden Seiten. Sicherheitslogisch erscheint ein solches Vorgehen als Schwäche, friedenslogisch gesehen ist die Fähigkeit zur Korrektur dagegen eine Stärke.

Mali:

Friedenslogisch geht es im Fall Mali um die Anerkennung, dass der Krieg in Afghanistan das Ziel nicht erreicht hat und folglich (u. a.) um einen Ausstieg aus einem – vermutlich nicht gewinnbaren, alles verschlim-

auch ein Ausstieg aus der Militarisierungsfalle einfacher, wenn man bedenkt, was an die Stelle treten kann. Ein solcher Ausstieg funktioniert vermutlich im konkreten Fall nicht -ohne eine grundsätzlich veränderte Afrikapolitik, - ohne einen intensiven Dialog mit der islamischen Welt, -ohne Gespräche mit den bisher für nicht verhandlungsfähig befundenen islamistischen Kräften, -ohne Kontrolle und Beschränkung von Rüstung und Rüstungsexporten. Kein Wegschauen, keine Simplifizierung, frühzeitige Aufmerksamkeit für komplexe Konfliktkonstellationen!

Friedenslogische Grundregeln zum Umgang mit Konflikten	
<ul style="list-style-type: none"> • Fehlentscheidungen nicht verschweigen oder fortsetzen und wiederholen • Nicht wegschauen, keine Simplifizierung • Keine Sanktionen, keine Militarisierung • Keine öffentliche Bloßstellung und andere Kommunikationsschranken • Keine weiteren Anlässe für Misstrauen • Keine Verlagerung interner Konflikte nach außen 	<ul style="list-style-type: none"> • Korrektur von Fehlentscheidungen, Ausstieg planen: Neue Afrikapolitik, Neue Politik gegenüber islamischer Welt, Konversion von Rüstungsproduktion, Ausstieg aus dem Rüstungsexport • Auf Konfliktkonstellationen achten • UN-Mali-Konferenz vorbereiten: Sanktionen aufheben, Projekte zu Entwicklung und Demokratie entkoppeln • Distanz überwinden, Transparenz von Diplomatie erhöhen, Politischen Dialog ausweiten, Voraussetzungen für Dialog schaffen • Westliche Außenpolitik an universale Ethik anpassen

mernden – Krieg gegen islamistische Gewalttäter. Schon aus Prestigegründen fällt eine Anerkennung des Scheiterns ebenso schwer wie ein Ausstieg aus der Wiederholungsfahr. Aber im Fall der Atomenergie haben wir erlebt, wie etwas über Nacht möglich wurde, das lange unmöglich schien und zwar auch deshalb, weil der Atomausstieg gedanklich vorbereitet und von sehr vielen Menschen gewünscht war. Wie im Fall der Energiewende wird

Die aktuelle Situation in Mali hat eine lange Vorgeschichte. Es gab Vorwarnungen – aber eine vorausschauende, vorbeugende Politik gab es nicht.

Mehrere Konfliktlinien überlagern sich, es geht um Territorium, Ideologie, politische Ordnung, das Zusammenleben ethnisch und kulturell heterogener Gruppen, die Verteilung von Reichtum und Armut, um Rohstoffe (wie Gold, Öl, Gas, Kalk,

Phosphat, Marmor, Diamanten und Uran), die Präsenz französischer Truppen in und rund um Mali, Kolonialismus, Neokolonialismus in Afrika und um vieles andere mehr. Viele Akteure sind direkt oder indirekt beteiligt, afrikanische, arabische und westliche Staaten, ethnische und religiöse Gruppen, Geschäftsmacher und Konzerne. Militärische Gruppen rivalisieren mit anderen militärischen Gruppen und mit der politischen Klasse. Eine komplexe, schwer zu durchschauende Konfliktkonstellation hat sich entwickelt.

Alle, die im Fall Malis in dieser komplexen Konstellation agieren, verfolgen vermutlich gleichzeitig teils legitime, teils illegitime Ziele. Trotz aller Unterschiede: Alle Akteure sind bereit, für ihre Ziele das Leben von Menschen aufs Spiel zu setzen.

Friedenslogische Politik muss den Blick für diese komplexe Konfliktkonstellation öffnen, mehrgleisig und vorausschauend handeln. Das heißt vor allem die Folgen des Handelns auf einer Konfliktlinie für alle anderen Konfliktlinien mitbedenken (Demokratisierung und Militarisierung sind vermutlich unvereinbar).

Die Strukturierung einer solchen komplexen Herangehensweise kann wahrscheinlich nur unter dem Schirm des Generalsekretariats der Vereinten Nationen, nicht im Sicherheitsrat organisiert werden. Es geht nur in einer mehrjährigen, im Rahmen der Vereinten Nationen organisierten Konferenzfolge (Mali-Prozess, in Analogie zum europäischen KSZE-Prozess), an der Regierungen und Zivilgesellschaften beteiligt sind, und in der mehrere Themen auf mehreren Ebenen nebeneinander verhandelt und zu einander in Beziehung gesetzt werden. Ein solcher Transformationsprozess muss mehrere Konfliktlinien erreichen, Ziele, Haltungen und Verhalten aller Beteiligten überprüfen und verändern - nicht nur in Mali, auch in Frankreich, in Deutschland, in der EU, in den USA und auch in der arabischen Welt.

Das ist ein sehr langfristiges Projekt,

darum aber nicht unrealistisch. Denn einiges kann unverzüglich und in Vorbereitung auf einen Mali-Prozess geschehen.

Vorbereitung auf einen UN-Mali-Prozess

Beginnen wir mit dem Ausstieg aus der Sanktionspolitik. Sicherheitslogisch orientierte Politik vertraut im Konflikt mit widerspenstigen Gegnern auf die Wirksamkeit von Drohungen und Sanktionen. Erwartet wird, dass die großen Schurken auf Kooperation sehr großen Wert legen, und man sie durch Nicht-Kooperation zu konformem Verhalten zwingen kann. Diese Rechnung geht sehr selten auf und mündet meist in Widersprüchen, die den politischen Absichten wenig zuträglich sind.

So auch im Fall von Mali. Als es im März 2012 zum Militärputsch kam, hat Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit mit Mali ausgesetzt. Fachkräfte und politische Berater konnten ihren vorgesehenen Dienst nicht mehr antreten. Da die Europäische Union ebenso verfahren ist, fehlten 650 Mio. Euro, mit denen Projektträger gerechnet hatten. Öffentliche Investitionen kamen zum Erliegen, Betriebe mussten schließen, die Arbeitslosigkeit wuchs, die Lebensmittelpreise stiegen. Ziel war es, die Staatsführung Malis zur Rückkehr zur Demokratie zu motivieren (legitim). Man wollte dies tun, ohne die Bevölkerung zu beeinträchtigen, indem man prüfte, staatsferne, menschnahe Projekte fortzuführen. Wie in anderen Fällen auch, hat das nicht geklappt. Heute geht es nur noch um die Stärkung des Militärs und um seine Ausrüstung. Tatsächlich hat man also durch die Sanktionen die Bevölkerung bestraft - und zwar insbesondere diejenigen Kräfte, auf die man doch jahrelang Hoffnungen gesetzt hatte: Die afrikanischen Frauen - zunächst mit dem Entzug von Ressourcen - dann mit der Aufwertung der für Frauen häufig bedrohlichen Soldateska.

Denn je mehr sich die Positionen auf der Konfliktlinie zwischen dem malischen Staat und den Tuareg-Rebellen verhärteten, umso wich-

tiger wurde das Militär und seine Ausrüstung. Hatte sich die Priorität zunächst von Entwicklungszusammenarbeit auf die Forderung nach Wahlen verschoben, verschob sich die Priorität nun von Wahlen auf die militärische Sicherung staatlicher Kontrolle über den Norden. Die Bestrafung gesellschaftlicher Kräfte bei gleichzeitiger Aufwertung militärischer Kräfte hält bis heute an. Wie in anderen Fällen auch, spielen Sanktionen denen in die Hände, die sie treffen sollen.

Friedenslogische Politik dagegen entkoppelt entwicklungspolitische Projekte von ordnungspolitischen Forderungen. Vernünftige Projekte - etwa im Bereich der konfliktsensiblen Modernisierung des Agrarsektors, der Wasserversorgung, der Ausweisung von Weideflächen, der ressourcenschonenden Transport-Infrastruktur und auch im Bereich der Demokratisierung - werden um der Sache willen durchgeführt.

Womit ebenfalls sofort begonnen werden kann:

Herstellung von Transparenz in der Diplomatie, Arbeit an den Voraussetzungen für einen breiten politischen Dialog.

Friedenslogisches Handeln setzt auf Dialog. Es nutzt Ressourcen, um mit möglichst vielen politischen und gesellschaftlichen Kräften Kontakte zu knüpfen, sich in einen wechselseitigen Austauschprozess zu begeben. Der deutsche Außenminister hat mehrfach erklärt, auf politischem Weg nach einer Verhandlungslösung zu suchen. Das ist friedenslogisch gesehen gut. Nicht gut ist, dass nicht erkennbar, intransparent ist, was deutsche Diplomaten gegenwärtig tun, um in die Nähe von Verhandlungslösungen zu kommen, mit wem sie sprechen und was sie sagen. Wenn etwas geschieht (was ich vermute), geschieht es im Verborgenen. Stille Diplomatie muss sein, aber bei stiller Diplomatie darf nicht alles in aller Stille verlaufen. Friedenslogisch inspirierte stille Diplomatie kann zum Beispiel öffentlich eigene Irrtümer ausräumen oder legitime Interessen von Gesprächspartnern

anerkennen. Diplomaten suchen dann geradezu nach Gelegenheiten, um der eigenen Öffentlichkeit, aber auch der anderen Seite zu signalisieren, dass auf der eigenen politischen Ebene die Bereitschaft und Fähigkeit wächst, an den gestörten Beziehungen wirklich etwas zu ändern.

Öffentlich bekundete Forderungen an die andere Seite untergraben dagegen den politischen Dialog – zumindest dann, wenn die andere Seite die Forderungen nicht erfüllen kann. Der deutsche Außenminister forderte zum Beispiel von der malischen Regierung nun - mitten im Krieg - einen Fahrplan für die Rückkehr zur Demokratie sowie einen nationalen Dialog, der auch die Bevölkerung des Nordens einschließt, aufzustellen. Ein solcher Dialog ist friedenslogisch gesehen vernünftig, aber voraussetzungsreich. Unter den Bedingungen einer humanitären Notlage mit vielen Menschen auf der Flucht, ist ein solches Projekt nur glaubwürdig, wenn es materiell mit einem umfassenden Hilfspaket unterfüttert wird.

Partizipation braucht neben vielem anderen etwas zu essen und zu trinken, Orte, an denen man zusammenkommen kann, Organisatoren, Artikulations- und Kommunikationsfähigkeiten, die geübt werden müssen, und andere Angebote, die Beteiligung lohnenswert machen. Dialoge unter und zwischen rivalisierenden Gruppen benötigen Hunderte von Vermittlern, deren Handeln sich durch Transparenz, Fairness und Empathie auszeichnet, die helfen, schlechte Erfahrungen durch gute Erfahrungen zu überlagern und die Vertrauensbildung zu erleichtern und denen dafür auch Ressourcen für begleitende Maßnahmen zur Grundversorgung und zur Arbeit mit Medien zur Verfügung stehen. Ohne eine solche Unterfütterung scheint mir die Forderung nach einem nationalen Dialog eine Worthülse (Deutschland könnte einen Teil der MediatorInnen ausbilden lassen und entsenden).

Vielleicht ist die gelegentlich zu lesende Einschätzung richtig, dass

deutsche Diplomaten eine hervor gehobene Rolle in einem Vermittlungsprozess spielen können. Aber auch deutsche Außenpolitik muss dazu große Vorbehalte ausräumen. Denn alle internationalen Akteure – nicht nur Frankreich - stehen unter dem Verdacht, nur ihren eigenen Interessen verpflichtet zu sein, sei es an Territorien, in die sie Flüchtlinge abschieben können, sei es an Regie-

politische Verhandlungslösungen setzen.

3. Umgang mit Friedenskräften

Wieder sehen Sie auf der linken Seite, was nicht und auf der rechten Seite, was geschehen soll.

Sicherheitslogik setzt auf Machthierarchien, am Ende auf militärische

Friedenslogische Grundregeln zum Umgang mit Friedenskräften	
<ul style="list-style-type: none"> • Friedenskräfte nicht ignorieren, nicht isolieren oder übergehen • Keine Unverträglichkeit produzieren • Friedensarbeit nicht erschweren 	<ul style="list-style-type: none"> • Friedenskräfte beachten, verstärken und Friedensallianzen fördern <p>durch Aufmerksamkeit,</p> <p>Öffnung von Zugängen,</p> <p>Erleichterung von Partizipation</p> <p>Konsultationen, Einladungen</p> <p>Angebot von Hilfe;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vielfalt der Stimmen hörbar machen

rungen, mit denen sie Verträge über die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen oder über Rüstungsexporte schließen können.

Solchen Vorbehalten würde man aus friedenslogischer Sicht durch Initiativen zur Zivilisierung europäischer Außenpolitik und europäischer Außenwirtschaftspolitik begegnen. Dazu wäre dann ein französisch-deutscher Friedensdialog (alternativ zu einem immer wieder vorgeschlagenen Sicherheitsdialog über eine europäische Armee) erforderlich. Initiativen für einen (Ressourcen schonenden) Fairen Handel (Fair-Trade) mit Mali, die Verpflichtung europäischer Unternehmen auf die Einhaltung der Standards des Globalpaktes (Menschenrechte, Umwelt, Korruption) und eine Entlastung Malis durch eine Humanisierung der Asyl- und Migrationspolitik würden als Vorleistungen die Glaubwürdigkeit derjenigen erhöhen, die auf

Kräfte und deren Bewaffnung – gelegentlich unter Nutzung auch von zivilen Kräften (wie im Fall des Konzepts der „Vernetzten Sicherheit“). Je mehr eine Krise sich zuspitzt, desto mehr werden zivilgesellschaftliche Kräfte, insbesondere wenn sie friedenspolitisch engagiert sind ignoriert, isoliert und übergangen und auch in Widersprüche verwickelt. Jede Militarisierung erschwert ihre Arbeit. Das gilt in Mali wie in Europa. Friedenslogisches Handeln setzt dagegen auf kluge Diplomaten und Diplomatinen, aber auch auf die Kompetenz in Netzwerken, die Hierarchie übergreifend im eigenen Land und transnational arbeiten.

Gibt es Friedenskräfte in Mali? Zur Erinnerung: 2005 wurden „1000 Frauen aus aller Welt“ für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Allein 15 dieser Frauen kamen aus Mali.

Auch heute gibt es in Mali Friedens-

bündnisse, auch im Norden des Landes. Friedens-NGOs wie Medico oder Eirene und andere Netzwerke wie Afrique-Europe-Interact arbeiten seit Jahren mit Friedenskräften in Mali zusammen, sie berichten von konfliktsensiblen Radioprojekten, Bemühungen um inter-religiösen Dialog, um Fortbildungen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung und die Schlichtung von grenzübergreifenden und ethnischen Spannungen auf lokaler Ebene.

Wie die Zivilgesellschaft insgesamt stehen diese Friedenskräfte nun unter dem Druck, die Militärintervention unter französischer Führung begrüßen zu sollen. Einige tun das vermutlich, andere nicht, sondern verfassen Aufrufe an die Frauen in Mali unter dem Motto: „Frauen in Mali, sagt NEIN zum Stellvertreterkrieg“. Wie viele andere fordert diese Gruppe eine politische Lösung des Konfliktes mit Vorrang für Interessen der malischen Bevölkerung und ein langfristiges internationales Engagement zur Lösung der tatsächlichen sozio-ökonomischen Probleme des Landes. Zu den Friedenskräften gehören auch Organisationen von und für Menschen, die als Migranten abgeschoben wurden. Sie sind Teil eines transnationalen Afrikanisch-Europäischen Netzwerkes, zu dem auch die Karawane München gehört. Ein Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen bereitet eine „Bürgerkarawane für Frieden in Mali“ durch die Wüste vor.



5.000 Menschen sollen im Februar zu einem mehrtägigen Friedensmarsch aufbrechen. Ich kann mir vorstellen, dass die Teilnehmer davon träumen, dass sich eine Bürgerinnenkarawane von Berlin nach Brüssel über Paris ebenfalls auf den Weg macht, um die Forderung nach politischen Lösungen in Mali zu unterstützen. Sie könnten davon träumen, wie einfach es sein müsste, eine so kurze Entfernung in Europa zu schaffen.

Friedenslogisch inspirierte Politik achtet diese Friedenskräfte und zollt ihnen Respekt, sucht sie auf und lässt sich von ihnen beraten, bringt sie ins Gespräch. Wer Geld hat, kann spenden, wer keins hat, kann Spenden sammeln und Informationen

und Botschaften verbreiten.

Friedenslogisches Handeln muss auch die Sinne ansprechen. 40 Musikerinnen und Musiker aus Mali haben in einem gemeinsamen Lied „Mali-Ko“ und einem Video zum Frieden aufgerufen. Nehmen wir diese kraftvollen Stimmen zur Kenntnis, man kann sie – vielleicht in der Pause oder am Abend – hören und sehen, um dann weiter zu überlegen, wie wir - unter der erstickenden Glocke sicherheitslogischer Argumentation - Friedenslogik neu anstoßen, und Menschen zu einem solchen Engagement beflügeln können.



Friedenslied Mali-Ko

„Der einzige Weg aus dieser Krise ist der Friedensweg.“

www.youtube.com/watch?v=2ViOsWbxuNk

Fatoumata Diawara

Tomás Hirsch, Chile

Gewaltfreie Wege des Regimewechsels

Übersetzung und Abschrift des Vortrages: Christina Breith

Thomas Hirsch ist Chilene und Humanist. 1999 war er Präsidentschaftskandidat der von ihm 1984 mitbegründeten Humanistischen Partei. 2005 kandidierte er als Präsidentschaftskandidat eines breiten Bündnisses linker Parteien.

Er engagierte sich gegen die Diktatur von General Pinochet und unterstützte den 1973 gestürzten Demokraten Salvador Allende.

2009 koordinierte er einen weltweiten Marsch für Frieden und Gewaltfreiheit und traf politisch und gesellschaftlich Verantwortliche aller Länder und Regionen, durch die dieser Marsch führte.

Der bolivianische Präsident Evo Morales schrieb das Vorwort zu seinem ersten Buch.

Herr Hirsch, Sie haben das Wort.

Allein der Titel meines Vortrags liefert Stoff für Diskussionen.

Zuerst einmal möchte ich eine Anmerkung machen. Diese verstehe ich nicht als Kritik sondern als Anlass zum Nachdenken. Bereits die Bitte an mich, über gewaltfreie Wege des Regimewechsels zu sprechen, zeigt, dass die Annahme besteht, es bestünde die Möglichkeit, einen Regimewechsel mittels Gewalt herbeizuführen. Ganz offensichtlich ist diese Annahme noch in vielen von uns fest verankert, wenn es darum geht, die Veränderungen nach denen wir uns sehnen, vorzunehmen. Im Gegensatz dazu erscheint die Gewaltfreiheit oft nur eine zusätzliche Option zu den bestehenden Möglichkeiten zu sein.

Über die ethische Grundhaltung hinaus, die den Einsatz von Gewalt ablehnen lässt, stellt sich die Frage: Ist es wirklich möglich, einen Wechsel mittels Gewalt herbeizuführen?

Gibt es wirklich Beispiele, wo dies tatsächlich die politische, wirtschaftliche oder soziale Situation verändert hat?



Um diese Frage zu beantworten müssen wir uns zuerst einmal einigen, was wir meinen, wenn wir von Gewalt sprechen. Sicherlich sind wir uns alle einig, dass es einen Akt von Gewalt darstellt, wenn wir einen anderen Menschen schlagen. Gar keine Frage; doch über die klaren Grenzen der physischen Gewalt hinaus ist die Essenz von Gewaltausübung, andere am Ausdruck ihrer persönlichen Freiheit zu hindern. Und dies kann sowohl mit Schlägen aber auch mit weniger auffälligen, doch nicht weniger gewalttätigen Mitteln erreicht werden.

Wenn ich einen Zaun um eine Stadt oder ein Land baue und jeden kontrolliere, der kommt oder geht, so ist dies Gewalt. Wenn ein Finanzsystem meine Rechte auf Nahrung, Unterkunft, Bildung und Gesundheit

einschränkt und mich mit Schulden, undurchsichtigen Spekulationsgeschäften und Verpflichtungen einschnürt, so ist dies Gewalt. Und wie sieht es mit psychologischer Gewalt aus? Wir sind alle vertraut mit der Manipulation von Gedanken und der Erzeugung von Angst mittels Propaganda und Kontrolle von Informationen.

Alle Arten von Freiheitseinschränkungen eines anderen Menschen oder einer ganzen Gesellschaft, sei es mittels Kraft oder durch die Kontrolle der Selbstbestimmung oder der Lebensgrundlagen, stellen stets eine Form der Gewalt dar. Denn sie schränken das grundlegendste Gut der Menschen ein: ihre Freiheit.

Im zurückliegenden Jahrhundert waren die größten Momente der Menschheit im Bezug auf Gewaltfreiheit zum Beispiel die Schaffung der Vereinten Nationen – dieser gewaltige

Prozess der Dekolonialisierung, der zur Entstehung der meisten Staaten, wie wir sie heute kennen, führte. Ein weiteres Beispiel ist die einseitige Abrüstung, die durch die Sowietunion unter Gorbatschow initiiert wurde. Ereignisse neueren Datums von großer Relevanz sind die Ankündigungen von Deutschland und Japan, dass sie die Schließung ihrer Atomkraftwerke in den nächsten 30 Jahren beabsichtigen. Es existiert eine Kraft, die zu Gunsten von Leben und gegen das Leiden wirkt. Doch leider werden diese Modelle schnell abgereichert, um ihre Durchsetzung zu verzögern und verlieren somit ihre Funktion als Vorbilder.

Wir müssen uns vorsehen, nicht in die Falle zu tappen und zu glauben, dass nur weil ein Herrscher durch einen anderen ersetzt wird, der eine

andere Richtung verfolgt, weniger grausam ist, demokratischer ist, dass nur durch diese Tatsache allein die Gewalt ausgelöscht worden ist. Dieser Herrscher mag vielleicht die physische Gewalt senken, die Brutalität der Folter, das Verschwinden von Bürgern, doch das alles heißt nicht automatisch, dass die Gewalt beendet ist.

Millionen von Menschen erfahren in ihrem täglichen Leben Gewalt, wirtschaftlich, psychisch, auf Grund von Wirtschaftsstatus, Rasse, Religion, Generation und Geschlecht. Endet eine Diktatur, so endet auch die offensichtliche und brutale Gewalt und jeder ist froh über die Veränderung, doch über die augenfälligeren Ereignisse hinaus bleibt die Tatsache, dass alle anderen Formen der Gewalt davon nicht berührt werden. In diesem Fall, wenn nicht entschieden Kurs auf strukturelle Veränderungen genommen wird, können die erreichten Fortschritte leicht verblassen und letztendlich verändert sich fast nichts.

So geschah es in Chile, wo wir 17 Jahre lang unter einer der schlimmsten Diktaturen lebten. Schließlich haben wir sie mittels einer Abstimmung in einem Referendum besiegt, das die Mächtigen selbst entworfen hatten. Ich möchte hier nicht auf diesen langen Prozess eingehen, doch lassen Sie mich Ihnen sagen, dass wir 23 Jahre nach dem Ende dieser Diktatur immer noch dieselbe demokratiefeindliche Verfassung haben, wie sie Pinochet schuf. Wir leben unter einem sehr mangelhaften demokratischen System, das sich im Ausland geschickt als erfolgreich verkauft, und doch zutiefst unfair ist.

Seit 15 Jahren reise ich um die Welt, um die Fehlschläge dieses scheinbaren Erfolgs zu erklären. Und überall treffe ich auf ein außerordentlich positives Bild der Entwicklung in Chile. Der Grund für dieses gute Image ist banal. Diejenigen, die es verbreiten, sind genau die Nutznießer des Fortbestands des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Modells, das ein Erbstück der Diktatur ist. Rentner, die mit



ansehen mussten, wie ihre Renten dahin schmolzen, sexuelle Minderheiten, die immer noch diskriminiert werden, Studenten, die unvorstellbare Kredite aufnehmen müssen, arme Frauen, die nicht von ihren armseligen Gehältern leben können, Bürger in Dörfern, die so verseucht sind, dass Krankheit und Tod herrschen, das Volk der Mapuche, denen das Land entrissen wurde, keiner von diesen Menschen hatte entweder das Geld oder die Möglichkeiten, hinaus zu gehen in die Welt und von ihrem Leiden zu erzählen, oder einen Platz in den Medien, um über ihr wirkliches Leben zu berichten. Jahrelang reiste ich durch die Länder, um die Wahrheit über das wirkliche Leben in Chile zu verbreiten und wurde als ein Eigenbrödler betrachtet, der nicht in der Lage sei, „den spektakulären Erfolg des Wandels in Chile“ zu erkennen. Dies hat sich erst letztes Jahr geändert, nachdem es derart große Studentenproteste gegeben hatte, die der Welt vor Augen führten, dass die Realität in Chile sich sehr stark von dem unterscheidet, was die Mächtigen aller Welt vorgeben wollten.

Ich komme aus einem Land, das nach fast 30 Jahren mit kontinuierlichem Wirtschaftswachstum, nun eine der weltweit schlimmsten Einkommensverteilungen hat. Das ist Gewalt.

In Chile, einem Land der Seen und Gletscher ist Wasser privatisiert und sein Besitz wird von einem Gesetz geregelt, das einzigartig ist auf der Welt. Strom, Gas und alle Arten von Energie wurden privatisiert von Regierungen, die sich selbst als Mitte-Links bezeichneten. Die Fischereiresourcen wurden erst vor ein paar Wochen ohne Ausschreibung und ausschließlich an 7 einflussreiche Familien übergeben. Kupfer, unser größter Bodenschatz und einer der einstmals dem chilenischen Volk gehörte, wird heutzutage in erster Linie von ein paar Multis abgebaut, die nahezu keine Steuern dafür zahlen, sondern lediglich einen derart niedrigen Förderzins, dass es eine Schande für die Nation ist.

Jedes Jahr verliert mein Land Milliarden von Dollar nur durch nicht eingeforderte Steuern von privaten Bergbauunternehmen. Alles ist privatisiert in Chile. Und alles bedeutet wirklich alles. Die großen Studentendemonstrationen, die sie letztes Jahr sahen, forderten etwas so Grundlegendes wie ein Recht auf Bildung. Und diese jungen Leute wurden mit einer Brutalität, die für die schlimmsten autoritären Regime charakteristisch ist, unterdrückt. In Chile ist Bildung in privaten Händen. Und das ist ein prima Geschäft für diejenigen, die sie kontrollieren. Das gleiche gilt für Gesundheit und

soziale Sicherheit. Und das Volk der Mapuche muss noch immer zusehen, wie ihr Land aus seinen Händen gerissen wird. All dies ist Gewalt.

So bietet mein Land das beste Beispiel, dass die Beendigung der Gewaltherrschaft einer Diktatur nicht



das Ende der Gewalt bedeutet. In Wirklichkeit wurden militärische Minister durch zivile Minister ersetzt, doch das gleiche System wurde beibehalten. Zivilisten sind vorzeigbarer und leichter zu vermarkten als das Militär, doch lassen sie sich nicht beirren: im Grunde genommen wollen sie ein gewaltgeprägtes System beibehalten und festigen. War die Gewalt zuvor physischer Art, so ist sie heute wirtschaftlicher Art, insbesondere durch ein spekulatives Finanzsystem, das den Einzelnen und kleine Unternehmen erstickt.

Man mag sich nun fragen. Ist all das, was sie erzählen nicht der Beweis, dass Gewaltfreiheit nicht zu einer Veränderung der sozialen Strukturen führt? Was ist noch übrig von der weltweiten Hoffnung, die erwachte, als Allende an die Macht kam, getragen von Millionen von Chilenen, die eine bessere Welt wollten? Wir gehen in Chile immer noch durch schmerzhafteste Zeiten, vielleicht weil wir die Versuchskaninchen von Milton Friedmans Finanzspekulatoren waren, vielleicht weil das System

sich weigert, das ursprüngliche Modell aufzugeben angesichts einer Welt, in der das Versagen des neoliberalen Systems laut und deutlich zu Tage tritt. Ich beobachte aber, dass gerade in diesem Lateinamerika, das von den Militärs, die aus strategischen Interessen der USA geduldet wurden, und die Bevölkerung derart erniedrigt wurde, dass heute gerade hier der Wind des Friedens, des Gemeinwohls, der Inklusion, des Gemeinschaftsgeistes und des humanistischen Fortschritts weht wie niemals zuvor in der Geschichte. Und dies ist auch das Erbe der Bewegungen der 70er Jahre, die damals erwachten und von keinem Regime jemals zum Schweigen gebracht werden konnten.

Doch nun möchte ich vom speziellen Fall Chiles weiter gehen zu einigen allgemeinen Überlegungen zu diesem Thema:

Wie wir wissen ist die derzeitige Situation überall kritisch und wird geprägt durch die weitverbreitete Armut in großen Teilen der Erde, durch einen Konflikt zwischen den Kulturen als Antwort darauf, dass sich eine Kultur anmaßt, die einzig richtige zu sein, und durch die Diskriminierung, die das tägliche Leben weiter Bevölkerungsteile verseucht. Heute sehen wir bewaffnete Konflikte in vielen Gegenden und gleichzeitig erleben wir die tiefe Krise des internationalen Finanzsystems.

Wir müssen betonen, dass das vordringlichste Problem, das wir zu lösen haben, die atomaren Waffen und andere Massenvernichtungswaffen sind, deren Zahl täglich ansteigt und die das Leben auf unserer Erde bedrohen. Wir können es nicht zulassen, dass das Leben aufs Spiel gesetzt wird durch den Wahn eines Herrschers oder einer Gruppierung, die in den Besitz nuklearer Waffen gelangt oder nur durch einen Unfall, der eine nicht zu kontrollierende Katastrophe auslöst. Die Gefährlichkeit der derzeitigen Waffen zwingt uns, ihnen größte Priorität zuzuweisen, wenn wir eine neue Welt aufbauen möchten. Das Unglück in Fukushima in Japan hat uns ein Zeichen

gegeben, welche Gefahr die Atomkraft selbst in der zivilen Nutzung birgt. Man möge sich nur einmal vorstellen, was ihr internationaler Einsatz mit dem Ziel zu zerstören für uns bedeuten würde.

Wenn es Länder gibt, die Atomwaffen besitzen, welches nachvollziehbare Argument kann man vorbringen, um dies anderen zu untersagen? Wie kann man die Forderung, dass sie nicht den Status einer Atommacht anstreben dürfen, gegenüber dem Iran oder Brasilien oder irgendeinem anderen Land stichhaltig begründen? Es gibt keinen logischen Grund, einigen Ländern das Recht zuzusprechen, Atomwaffen zu entwickeln, anderen jedoch nicht. Der Ansatz, dass der Besitz dieser Waffen zur atomaren Abschreckung diene, versagte in dem Moment, in dem die Technologie jeder Gruppierung mit minimalem organisatorischen Geschick offen stand.

Während die Mächte zwischen den Kontinenten und Regionen sich zähnefleischend gegenüber stehen, leidet die Bevölkerung in allen Breitengraden, selbst in Europa, wo man bereits davon ausging, dass es keinen Kampf mehr ums Überleben geben würde.

Es ist von größter Dringlichkeit, das öffentliche Bewusstsein für Frieden und Abrüstung zu stärken. Es besteht der dringende Bedarf, all unsere Mittel einzusetzen, um die Rahmenbedingungen zu schaffen und unsere Forderungen darzulegen:

- Weltweite atomare Abrüstung
- Den sofortigen Abzug aller Truppen aus besetzten Gebieten
- Eine fortschreitende und proportionale Reduzierung von Waffen
- Die Unterzeichnung von Nichtangriffspakten zwischen den Ländern und
- Eine Verzichtserklärung zum Einsatz von Krieg als Mittel zur Konfliktlösung durch die Regierungen.

Jedoch ist die Abschaffung der Gewalt nicht mit sozialen Veränderungen allein zu erzielen. Ihre Wurzeln liegen nicht im sozialen System sondern in unserer eigenen

Psyche und jeder einzelne von uns muss Anstrengungen unternehmen, um sie in uns selbst zu bezwingen. Es ist eine gleichzeitige Veränderung erforderlich, wobei wir, während wir das soziale System verbessern, gleichzeitig die Wurzel der Gewalt in uns verstehen und sie zu überwinden lernen müssen. Dies ist keine einfache Aufgabe, sie führt uns auf das Essentielle im Menschen zurück und rührt an unsere tiefsten Überzeugungen. Sie hat damit zu tun, wie wir mit anderen und mit uns selbst kommunizieren.

Schließlich führt dieser Weg zu den grundlegendsten Fragen zum Sinn unseres Lebens, wer wir sind und wohin wir gehen.

Und gäbe es jemanden, der den Standpunkt vertreten würde, dass gewaltfreie Veränderungen nur ein ferner, unerreichbarer Traum sind, so würde ich ihm raten, seine Perspektive anzupassen und die Hinweise auf eine neue Welt, die bereits sichtbar sind - überall um uns herum - zu erkennen.

Im letzten Jahr konnten wir die Zeichen eines neuen Empfindens, das entsteht, erkennen.

Wir müssen über dieses neue Empfinden, das sich beginnend in der arabischen Welt auf allen Breitengraden manifestiert hat, sprechen. Eine neue Generation ist auf der sozialen Bildfläche aufgetaucht mit einem neuen Stil, einer neuen Sprache und neuen Organisationsformen. Wie sahen es bei den 15 M der Bewegungen und Spanien und Europa, Occupy Wall Street in den Vereinigten Staaten und bei den hundert tausenden von Studenten, die in Chile marschieren sind. In Russland, China und im Westen sind sie mit der Forderung nach mehr Demokratie aufgetreten. Dieses neue Empfinden ist vorgedrungen und lebt immer noch auf den Plätzen und in den Straßen. Es hasst Gewalt, weist vertikale Strukturen zurück, verabscheut Diskriminierung und steht bereit zur Mobilisierung von Massen, in der ganzen Welt und zur selben Zeit. Zu Beginn war das

System überrascht und nicht in der Lage auf dieses neue Empfinden zu antworten, das wie ein frischer Wind blies, doch dann unterdrückte das Establishment das Neue mit äußerster Brutalität. Doch nur die Unterdrückung war nicht genug, an einigen Orten beschuldigte man die Bewegung auf bössartige Weise, mit bewaffneten Gruppierungen in Verbindung zu stehen, die einen Bürgerkrieg anstrebten, mit Interessen, die fern von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit lägen. Doch trotz dieser Unterdrückung und Disqualifizierung existiert dieses Empfinden immer noch und wird weiterhin Zeichen eines neuen Denkens setzen, das integrativ, nicht diskriminierend und das gewaltfrei ist.

In diesem sozialen Szenario möchte ich die Rolle unterstreichen, die derzeit der universelle Humanismus einnehmen kann. Lassen Sie es mich mit den Worten von Silos, dem Begründer dieser Bewegung sagen: Wir suchen einen Humanismus, der zur Verbesserung des Lebens beiträgt, der gemeinsame Sache macht mit denen, die sich gegen Diskriminierung, Fanatismus, Ausbeutung und Gewalt erheben. In einer Welt, die sich schnell globalisiert und verschiedenste Völker vermischt, während sie immer kleiner wird – sehen wir immer mehr Symptome einer Konfrontation zwischen Kulturen, ethnischen Gruppen und Regionen. Eine solche Welt benötigt einen universellen Humanismus – einen Humanismus, der pluralistisch, konvergierend, vielschichtig und einigend ist. Eine Welt, in der sich Länder, Institutionen und menschliche Beziehungen auflösen, muss einen Humanismus haben, der in der Lage ist, einen Aufbau sozialer Kräfte voranzutreiben. Eine Welt, in der die Bedeutung und Ausrichtung des Lebens verloren gegangen ist, benötigt einen Humanismus, der eine neue Atmosphäre des Nachdenkens schaffen kann, in der die persönlichen Belange nicht länger unnachgiebig in Konflikt mit den sozialen Belangen stehen und umgekehrt. Wir suchen einen Humanismus, der kreativ ist nicht repressiv – einen neuen

Humanismus, der die Widersprüche unseres Zeitalters aufgreift und doch antritt, diese zu lösen.

Abschließend etwas zum Besinnen: Wann werden die Menschen aufhören, Gewalt anzuwenden? Wir glauben dies wird nur dann geschehen, wenn wir die Gewalt aus unserem tiefsten Inneren verabscheuen; wenn unser Körper sie als etwas Giftiges und Lebensbedrohliches zurückweist. Dies ist noch nicht geschehen und es ist ein psychologischer Wandel, der noch lange dauern kann.

Die Frage, die wir uns nun stellen lautet: Was können wir tun, um diesen Prozess zu beschleunigen? Genau das ist der Zweck aller der gewaltfreien Aktionen, die wir Tag für Tag unterstützen.

Wir leisten einen bescheidenen, doch wichtigen Beitrag zu diesem historischen Prozess, in dem die Menschen den Entwicklungssprung aus der Vorgeschichte machen, wo Gewalt zum Tagesablauf gehörte, hin zu Menschen, die sich an Gewalt als ein Relikt aus früheren Zeiten erinnern.

Wir, die Humanisten aus verschiedensten Regionen, leisten einen Beitrag in diese Richtung ohne auch nur zu wissen, ob wir jemals diesen großen Wandel, nach dem wir uns sehnen, erleben werden.

Und dies ist wohl der größte Ansporn für unser Handeln; dieses Handeln endet nicht mit uns. Wir stehen nicht für Gewaltfreiheit als persönliche Angelegenheit ein; wir setzen uns für die Schaffung einer gewaltfreien Gesellschaft ein, um sicherzustellen, dass künftige Generationen in Würde leben können. Wir tun dies auch im Gedenken all jener, die sich vor uns auf diesen langen Weg für die Menschheit gemacht haben.

In erster Linie tun wir dies, um sicherzustellen, dass die Menschheit sich weiterhin auf den Weg macht zu einer offenen, freien und strahlenden Zukunft.

Vielen Dank

Franz Alt

Krieg um Öl - oder Frieden durch die Sonne

Abschrift des Referates: Gudrun Haas

Dr. Franz Alt ist Journalist, Fernsehmoderator und Buchautor. Von 1972 bis 1992 war er Leiter und Moderator der Fernsehsendung „Report“, von 1992 bis 2003 leitete er die Zukunftsredaktion „Zeitsprung“ im Südwestrundfunk. Seit 1997 ist er für das Magazin „Querdenker“ und seit dem Jahr 2000 für das Magazin „Grenzenlos“ in 3sat verantwortlich.

Seine Bücher sind in 12 Sprachen übersetzt und haben die Auflagenhöhe von 2 Millionen Exemplaren erreicht.

Seine Themenschwerpunkte sind Solarenergie, Umweltschutz, Wirtschaft und aktuelle Weltpolitik.

Herr Dr. Alt, Sie haben das Wort.

Warum wurde der Irakkrieg geführt? Irak hat Öl! Warum greift die NATO in Syrien nicht ein? Syrien hat kein Öl! Wir haben vorhin gehört, in Mali wird Krieg geführt, sicherlich nicht nur, aber auch deshalb, weil Mali Uran hat. Frankreich braucht für seine militärische wie auch zivile Atommacht Uran. Warum wird der Iran mit Krieg bedroht? Iran hat Öl! Warum bedroht die NATO niemals Tibet? Obwohl Tibet brutalst unterdrückt wird und die Menschenrechte verletzt werden. Tibet hat kein Öl. Es ist offensichtlich: alle Kriege sind heute Ressourcenkriege. Deshalb ist auf der Internationalen Münchner Friedenskonferenz eine der Fragen des Abends zurecht: Weitere Kriege um Öl oder Frieden durch die Sonne? Ich zeige Ihnen dieses Bild als erstes deshalb, weil um die Sonne niemals Kriege geführt werden können. Sie ist die große Alternative. Wenn wir die Energiewende hinkriegen, haben wir eine friedlichere und gerechtere Welt. Und

Frieden und Gerechtigkeit gehören immer zusammen. Es gibt keine friedliche Welt ohne mehr Gerechtigkeit. Wir haben heute weltweit eine Situation, dass die vier reichsten amerikanischen Männer über mehr Geld verfügen als die eine Milliarde der Ärmsten. Keine gute Voraussetzung für eine friedliche Welt. Neben den sozialen Konflikten, die immer den Kriegen zugrunde liegen, gibt es mehr und mehr ökologische Konflikte, die den Kriegen zugrunde liegen. Den künftigen Kriegen. Der Klimawandel führt zu Kriegen um Wasser. In Europa weiß kein Mensch, dass die Inder ihr Land bereits mit einer Mauer, die viertausendvierhundert Kilometer lang ist, vor den Klimaflüchtlingen aus Bangladesch schützen. An dieser Mauer sind bereits tausend Tote zu beklagen. Übrigens an der Berliner Mauer über 30 Jahre lang 165 Tote. Ich will nur auf die Dimension hinweisen, die da auf uns zukommt. In Bangladesch leben auf einer Größe von etwa Bayern 164 Millionen Menschen. Auf einem Land, das zwei Meter über dem Meeresspiegel liegt. Durch den Anstieg des Meeresspiegels durch den Klimawandel haben Millionen von Bangladeschis keine Überlebenschancen. Aber sie sind bereits eingemauert von Indien, damit sie nicht nach Indien fliehen können. Vor dem, was wir, die reichen Industrieländer durch den Klimawandel ihnen antun. Die Bangladeschis haben nicht den Klimawandel produziert. Das haben wir gemacht, die Reichen durch unsere Autos und durch unsere Ölheizung.



Die Afrikaner, die Nacht für Nacht nach Europa fliehen wollen, müssen doch nicht deshalb fliehen, weil sie, die Afrikaner, den Klimawandel verursacht hätten. Das waren die Reichen! Das waren Wir! Wir alle aber leben unter einem geistigen Gesetz. Und dieses geistige Gesetz heißt: Du kannst nur ernten, was Du säst. Wer 10-Liter-Autos fährt, muss mit dem Klimawandel rechnen. Wer Atomwerke baut, muss, wenn er Realist ist, mit Atomunfällen rechnen. Andernfalls ist er ein Idiot. Wer Kohlekraftwerke baut, wer noch auf Braunkohle setzt im Jahr 2013, muss wissen: Er produziert und provoziert weiterhin den Klimawandel.

Was müsste denn eine ökologisch realistische Tagesschau heute Abend bei uns in der ARD ihren Zuschauern sagen? Wenn es dies gäbe! Wir alle wissen, das gibt es nicht. Aber nehmen wir an, an diesem heutigen 1. Februar 2013 gäbe es bei uns in der ARD eine ökologisch realistische Tagesschau. Erste Meldung: Auch heute wieder haben wir weltweit

durch den Klimawandel 150 Tier- und Pflanzenarten ein für alle Mal ausgerottet. Die Natur braucht 30.000 Jahre, um eine Spezies zu schaffen, und wir rotten pro Tag 150 Tier- und Pflanzenarten aus. Wir sind die erste Generation, die dem lieben Gott gnadenlos ins Handwerk pfuscht. Wir spielen die Evolution rückwärts durch den Klimawandel. Das ist der dritte Weltkrieg gegen die Natur und damit gegen uns selbst. Wir sind ein Teil der Natur. Zweite Meldung. Auch heute wieder haben wir etwa 50.000 Hektar Wüste zusätzlich produziert durch den Klimawandel. Täglich mehr Wüsten. Unser Planet wird aber nicht größer. Dritte Meldung: Auch heute haben wir wieder 86 Millionen Tonnen fruchtbaren Boden verloren. Täglich! Weniger Böden, aber täglich mehr Menschen. Täglich eine viertel Million mehr Menschen. Das heißt, dass es Kriege und Verteilungskämpfe um die letzten Ressourcen gibt.

Wenn wir so weiter machen. Müssen wir aber nicht! Die Alternative heißt: Frieden durch die Sonne. Deshalb ist die deutsche Energiewende so wichtig. Übrigens: ich sage deshalb die deutsche, denn wenn wir es vormachen, machen es die anderen nach. Kein Industrieland will technologisch zurück fallen. Deshalb ist es so wichtig, dass die hier beschlossene Energiewende auch gelingt und nicht durch die Regierung verstopft wird. Vielleicht begreift sogar der Herr Rösler eines Tages, dass die Sonne keine Rechnung schickt und deshalb nicht Ursache für die steigenden Strompreise sein kann. Sondern dass die erneuerbaren Energien immer preiswerter und die alten Energien immer teurer werden, weil sie zu Ende gehen. Ich darf doch Ursache und Wirkung nicht verwechseln, Herr Bundeswirtschaftsminister!

Die letzte Meldung einer ökologisch realistischen Tagesschau heute Abend müsste heißen: Auch heute haben wir wieder 150 Millionen Tonnen Treibhausgase in die Luft geblasen. Das machen wir jeden Tag. 150 Millionen Tonnen Treibhausgase. Das kann dieser Planet einfach

nicht aushalten. Die Alternative steht am Himmel. Die Sonne: etwa eine Million mal größer als unsere Erde. Der schwarze Punkt ist unsere Erde und der Riesenfeuerball ist unsere Energiequelle. Diese Sonne schickt uns jede Sekunde unseres Hierseins 15.000 x mehr Energie auf diese Erde als alle Menschen brauchen. Es gibt von Natur aus kein Energieproblem. Der liebe Gott war nicht doof und die Evolution war nicht blöd. Alle Menschen aller Zeiten haben auf allen Kontinenten alles was sie brauchen, wenn wir es ein bisschen intelligenter machen als bisher. Keine Kriege um Öl! Sondern Frieden durch die Sonne! Organisieren.

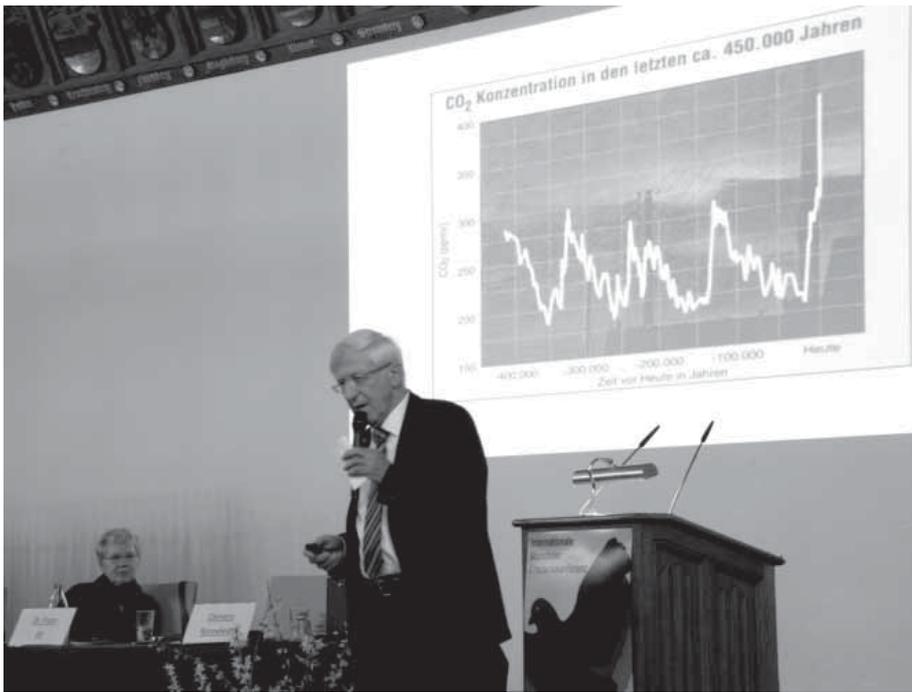
Es gibt Wissenschaftler, die sagen uns, wenn dieser Planet kaputt ist, entweder durch den Klimawandel oder durch den Atomkrieg, dann müssen wir halt auswandern. Das sei die Alternative. Auswandern. Meine schlichte Frage heißt: Wohin denn? Haben Sie einen Vorschlag? Eine Idee? Manche sagen, am besten auf den Mars, da hätten wir viel Platz. Da haben wir zwar viel Platz, aber es hat minus 270 Grad. Viel Spaß! Andere sagen, dann gehen wir halt auf die Venus, da ist es warm. Richtig! Plus 400 Grad!

Es gibt in unserem Sonnensystem zu dieser Erde keine Alternative. Wir müssen uns anständig benehmen lernen. Das ist unser Schicksal. Weg vom Öl, hin zu den erneuerbaren Energiequellen. Erneuerbare Energiequellen sind die Sonne einerseits. Aber auch die Geschwister der Sonnenenergie: die Windkraft, die vom Sonnenstand abhängt. Die Wasserkreisläufe, die mit der Sonne zusammen hängen. Biomasse ist gespeicherte Sonnenenergie. Erdwärme und die gesamte Palette der Erneuerbaren: Geothermie, Bioenergie, Wellenströmungsenergie im Ozean, solar erzeugter Wasserstoff. Also die ganze Palette der erneuerbaren Energien, die heute bekannt sind. Und wir könnten in vielleicht zwanzig, dreißig Jahren in Deutschland und Europa den hundertprozentigen Umstieg auf erneuerbare Energien organisieren. Wir hätten dann noch

nicht eine friedliche Welt, aber die Voraussetzung wäre viel größer für eine friedliche Welt und für eine gerechtere Welt. Denn die Sonne – es gibt keine RWE-Sonne, es gibt keine eon-Sonne, es gibt nur unser aller Sonne. Die Sonne ist ein Geschenk des Himmels! Welch eine Chance für eine demokratische, von unten organisierte Energieversorgung.

Auch in München scheint die Sonne auf jedes Dach. Und ich werde als Publizist, lieber Herr Bürgermeister, sehr intensiv verfolgen, ob die Ziele, die Sie vorhin genannt haben für die Münchner Stadtwerke, auch erreicht werden. Erreichbar sind sie. Die Technik ist da. Und wir als Bürgerinnen und Bürger dieser schönen Stadt erst recht werden das verfolgen. Richtig ist: München ist die erste Millionenstadt der Welt mit diesen ehrgeizigen Zielen. Jetzt müssen sie nur noch umgesetzt werden. Das Aufschreiben der Ziele allein reicht nicht. Viel wichtiger ist das Umsetzen.

Die Situation ist dramatisch, in der wir sind. Für diese Kurve hat der Weltklimarat den Friedensnobelpreis bekommen. Schauen Sie: In den letzten 450.000 Jahren gab es immer wieder Klimaveränderungen. Das ist nicht neu. Da haben die Skeptiker recht. Aber die Kurve rechts außen: Das ist einmalig und erstmalig. Seit den letzten hundert Jahren, seit wir im großen Stil auf Kohle, Gas und Öl setzen, haben wir plötzlich diese CO₂-Konzentration und damit diese Klimaveränderung. Der Zusammenhang zwischen CO₂-Ausstoß und Klimaerwärmung ist offensichtlich. Wissenschaftlich einfach seriöserweise nicht mehr zu bestreiten. Die rote Kurve zeigt den Anstieg des CO₂, also des Treibhausgases der letzten hundert Jahre. Und die blaue Parallelkurve zeigt, wie die Temperatur nahezu parallel nach oben geht. Warum diese Parallelität, wenn es keinen Klimawandel oder keinen von Menschen gemachten Klimawandel gäbe? Wenn wir alles verbrennen, sagt der Weltklimarat, was jetzt noch im Boden ist an Kohle, Gas und Öl, dann müssen wir bis zum Ende dieses Jahrhunderts mit



einer globalen Erwärmung von bis zu acht Grad rechnen. Ich möchte nicht mein Enkel sein und auf dieser Erde dann leben müssen!

Wo kann man den Klimawandel am deutlichsten erkennen? An den Polen: dem Süd- und dem Nord-Pol. Ich war voriges Jahr am Nordpol und vor zwei Jahren am Südpol. Ich bin ja Journalist und kein Klimaforscher. Aber ich habe mir von Klimaforschern einfach mal vor Ort, wo der Klimawandel am deutlichsten ist, die Auswirkungen zeigen lassen. Die Klimaforscher sagen uns, dass die Risse im Eis die Vorboten sind. Da fällt ständig das Eis von den Gletschern ins Meer und das ist der Anstieg des Meeresspiegels. Die Bangladeschi sind die ersten, die das ausbaden haben, weil sie auf ganz flachem Land leben. Aber auch in Europa: Holland wird als erstes getroffen. Hamburg, Bremen. Die Städte werden alle direkt betroffen. Alle großen Millionenstädte dieser Welt, die am Meer liegen und die meisten liegen am Meer. Weit über eine Milliarde Einwohner in diesen Städten am Meer sind direkt und als erste betroffen. Das sieht dann so aus, wenn das Eis vom Gletscher ins Meer stürzt.

Man kann bereits mit bloßem Auge zu nahezu jeder Jahreszeit das

Schmelzen des Eises erkennen. Die Wissenschaftler sagen uns: Diesen Wasserfall gab es überhaupt noch nicht vor sechs Jahren. So schnell schmilzt heute das Eis und stürzt ins Meer. Das ist der größte Fjord in Nordgrönland. 1850 ging das Eis noch so weit in den Fjord hinein. Und dann begann es mit der Industrialisierung, das heißt Kohle, Gas und Öl, sich zurückzuziehen. 1875. 1902. 1911. 1964. 2003. 2006. So dramatisch schnell zieht sich hier das Eis zurück. Wir sind dabei, aus dieser Erde ein Treibhaus zu machen. Im Treibhaus lebt es sich nicht gut. Ich erinnere nur an das Jahr 2003 in Westeuropa. Wir hatten 44 Grad in München. Jetzt nehmen Sie nochmal acht Grad dazu = 52 Grad. Wir hatten im Hitzesommer 2003 nach den Berechnungen der EU in Westeuropa 60.000 Hitzetote. Vorboten der Dinge, die auf uns zukommen. Auch hier in Mitteleuropa. Das heißt langfristig: Afrika wird unbewohnbar. Europa wird Afrika.

Mit Hilfe der Sonne haben wir aber die Chance, zumindest noch das Schlimmste zu verhindern. Schauen Sie sich dieses Szenario an: Die Europäische Kommission hat für eine meiner Fernsehsendungen schon in den 90ern des letzten Jahrhunderts dieses Szenario zur Verfügung gestellt. Also 1990 in Europa dieses Grünblaue da: drei Prozent erneuer-

bare Energien. Damals. 97 Prozent atomare, konventionelle Energie, fossile Energie. Bis 2000 hat sich daran wenig geändert. Nur drei Prozent erneuerbar. Aber jetzt ab 2000 plötzlich ein signifikanter Anstieg der Erneuerbaren und erstmals ein Rückgang der alten Energieträger in Europa. Was ist passiert? Der deutsche Bundestag hat im Jahr 2000 das Erneuerbare Energiegesetz verabschiedet. Das heißt, Du bekommst einen ökonomischen Anreiz, wenn Du dich ökologisch verhältst. Und schon machen die Deutschen mit. Übrigens: sechzehn EU-Staaten haben das deutsche Gesetz übernommen.

Und nicht nur da, sondern auf der ganzen Welt haben Regierungen und Parlamente dieses deutsche Gesetz übernommen. Indien, China, die Supermächte von morgen, arbeiten mit dem deutschen Erneuerbaren Energiegesetz. Welch eine Chance! Wenn wir auf diesem Weg weiter machen, wird eines Tages selbst der deutsche Wirtschaftsminister begreifen, was für ein tolles Gesetz wir haben.

Wir haben einen signifikanten Anstieg der erneuerbaren Energien! Wenn wir diesen Anstieg beibehalten und den Ausstieg aus den alten Energieträgern weiter verfolgen, können wir in zwanzig, dreißig, vierzig Jahren den Umstieg auf erneuerbare Energien organisiert haben. Es reicht allerdings nicht, nur von alter auf neue Energie umzusteigen. Wir müssen genauso lernen, effizienter, sparsamer, intelligenter mit Energie umzugehen. Zum Beispiel so: Betrachten Sie mal diese beiden Haushälften. 90 Prozent unserer Häuser sind Altbauten in Deutschland. Da verplempern wir wahnsinnig viel, vor allem Heizenergie. Die rechte Haushälfte: viel Rot, das heißt, das Dach, Fenster, Türen sind schlecht gedämmt. Die grüne und gelbe Farbe heißt: etwas besser gedämmt, aber auch noch nicht gut. Auf der linken Haushälfte gibt es blaue Farbe: das bedeutet gut gedämmt. Aber das Dach noch schlecht. Aber immerhin durch die bessere Dämmung der Fassade vierzig Prozent Heizenergie eingespart.

Schauen Sie hierhin: 60 Prozent, das Dach noch gut gedämmt, also blau. 80 Prozent eingespart. Ich will mit praktischen Beispielen sagen, was es heißt: weg vom Öl, hin zur Sonne. Hin zur erneuerbaren Energie. Wenn wir das alles umsetzen, was die EU vorgeschlagen hat, dann hätten wir in der Zukunft etwa vierzig Prozent Energie über die Sonne, dreißig Prozent über Biomasse, Energie vom Acker, Energie vom Wald, fünfzehn Prozent Windkraft ist auch in Bayern lässig möglich. Zehn Prozent Wasserkraft, da ist Bayern heute schon weiter. Und zur Beruhigung der alten Energiewirtschaft sind noch fünf Prozent Erdöl vorgesehen. Das war's dann mit der alten Energie.

Der hundertprozentige Umstieg ist möglich. Bioenergie spielt eine wichtige Rolle dabei. Ich weiß, wenn man in Deutschland Bioenergie sagt, sagen die Ökofundis sofort: Vorsicht, wir brauchen doch zunächst mal Lebensmittel. Das ist solange kein Argument, solange die Deutschen die Hälfte ihrer Lebensmittel schlicht wegschmeißen. Wir haben noch genug Fläche. Solange der Fleischkonsum in Deutschland so hoch ist, wie er heute ist, hätten wir immer noch die Möglichkeit, durch reduzierten Fleischkonsum viel Fläche für Bioenergie freizuhalten. Wer mit weniger Fleisch auskommt oder sich vegetarisch ernährt, leistet einen Beitrag zum Klimaschutz und damit zum Frieden auf dieser Welt. Man muss die Zusammenhänge sehen, um zu begreifen, worum es heute geht, und um zu sehen, was jede und jeder persönlich beitragen kann. Der Frieden beginnt immer in uns, wenn er um uns wirksam werden soll. Das geht über die Mobilität, den eigenen Energieverbrauch bis hin zur Ernährung. Grünes Gold!

Sogar die Amerikaner wachen auf. Bild. Obama hat gerade gesagt: Klimaschutz wird in der zweiten Legislaturperiode ein Schwerpunktthema sein. Unter George Bush wären solche Bilder undenkbar gewesen. George Bush hat einmal Angela Merkel gesagt: Das Wort Klimaschutz könne er nicht mal buchstabieren. Ich fürchte, der Kerl hatte recht.

Obama ist ein gescheiter Junge, aber er bekommt leider keine Mehrheiten für seine Politik. Das ist die Tragik dieses Präsidenten. Aber immerhin. Solche Bilder erscheinen jetzt auch in den USA. Die Medien greifen das Thema auf.

Wir leben auf einer sehr reichen Erde. Auf dieser Erde sagt die UNO, können wir dreizehn Milliarden Menschen problemlos ernähren. Dass jeden Tag 30.000 Menschen verhungern ist weder ein Beitrag zum Frieden noch spricht es für die menschliche Intelligenz, dass der Mensch das zulässt. Intelligenz ist gefragt. Es geht überhaupt nicht um Verzicht oder Opfer oder Askese. Es geht um ein ganz kleines bisschen mehr Intelligenz. Albert Einstein hatte am Schluss seines Lebens folgende Erkenntnis, er hat gesagt: Wir heutigen Menschen nutzen höchstens zehn Prozent der uns innewohnenden Intelligenz. Wenn es unserer Intelligenz gelingt, von zehn auf elf Prozent Intelligenznutzung zu kommen, ist das ganze Problem mit der Energie erledigt, und wir können Frieden organisieren. Wir brauchen keine Kriege mehr um Öl. Was heißt, nachwachsende Rohstoffe intelligent nutzen? Raps in Deutschland: nicht eine besonders intelligent angebaute Energiepflanze. Schilfgras bringt fünfzehnmal mehr Biomasse als der Raps. Auch Landwirte müssen es intelligenter machen als es heute geschieht. Wir haben jetzt inzwischen etwa in Deutschland 170, 180 Bioenergieregionen. Da leben bereits zwanzig Millionen Menschen und wir haben beschlossen, ähnlich wie Ihre Stadtwerke, Herr Bürgermeister, bis 2030 spätestens, manche auch wie Sie bis 2025, zu hundert Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen. Vorteile für die Region: Das Geld bleibt in der Region, das Geld muss nicht zu den Ölscheichs oder den Gasbaronen. Das Geld bleibt hier. Die Arbeitsplätze entstehen hier und die Energie kommt aus heimischen Rohstoffen. So wie der alte Raiffeisen vor 150 Jahren gesagt hat, das Geld des Dorfes bleibt im Dorf. Parallel dazu gilt jetzt, die Energie für die Region kommt aus der Region. Wir können von denen, die

vor 150 Jahren gelebt haben, heute sehr viel lernen.

Das erste Flugzeug, das mit Bioäthanol fliegt. In Deutschland haben die Autofahrer Angst E 10 zu tanken. Übrigens: Der ADAC musste ganz kleinlaut begeben, nach zwei Jahren E 10 an der Tankstelle ist kein einziger Motor kaputt gegangen. Ich war vor kurzem in Rio de Janeiro. Mein Taxifahrer hat mir voller Stolz erzählt: Er fährt seit dreißig Jahren E 100. Ich sage: Um Gottes Willen, Ihr Motor! Er: ich fahre ein deutsches Auto, kein Problem! Es geht kein Motor kaputt. Wieso soll ein Motor durch Natur kaputt gehen? Was ist das denn für eine komische Philosophie? Man kann es intelligenter machen. British Airways hat bekannt gegeben: ab 2050 in England sämtliche Inlandflugzeuge ausschließlich mit Biogas. Wir haben Alternativen zum Öl. Das Öl geht zu Ende. Es ist sowieso Unsinn, noch Kriege zu führen um einen Stoff, der sowieso bald zu Ende geht. Das spricht nicht für menschliche Intelligenz. Hier das hiesige Bölkow-Institut hat ausgerechnet: 2006 hatten wir weltweit den Höhepunkt der Ölförderung. Die Ölförderung geht zurück. Weltweit. Aber die Nachfrage steigt. Indien, China wollen alle so Auto fahren wie wir. Wenn Sie diese beiden auseinandergehenden Kurven sehen, wissen Sie, wie steil der Ölpreis und Benzinpreis in den nächsten Jahren steigen wird.

Elektroautos sind weit billiger. Was macht die alte Energiewirtschaft? BP macht grüne Propaganda. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Sie haben noch nicht begriffen, welche Chance die Energiewende auch für die alte Energiewirtschaft hätte. Die Zukunft sieht so aus: Du hast ein Elektroauto. Um den Sprit muss kein Krieg geführt werden. Den bekommst Du über die Sonne. Die Sonne scheint auf jedes Dach. Auch in München. Und die Sonne schickt keine Rechnung. Das bedeutet: Wenn ich das so mache in Zukunft, habe ich eine Fortbewegung, die um 80 Prozent billiger ist als das heutige Benzin. Um 80 Prozent billiger! Weil die Sonne keine Rechnung schickt.

Wer unbedingt einen Sportwagen braucht, soll ihn haben. Aber er soll ihn ökologisch fahren. Manche Kerle brauchen ihn. Manchen hilft es ja.

Kennen Sie diesen jungen Mann noch? Er ist vor einem viertel Jahr gestorben. Am letzten Dienstag ist er wieder auferstanden bei RTL in Dallas. Kurz vor seinem Tod hat er eine neue Serie gedreht. Ich habe ihn in München getroffen noch letzten Sommer. In den 80ern des letzten Jahrhunderts hatten wir in der ARD folgendes Programm: Montagabends 20.15 der Talk mit Franz Alt, anschließend Dallas mit JR. Ich war ihm damals etwas böse, denn er hatte höhere Einschaltquoten als ich. Inzwischen waren wir ganz gut befreundet, weil er ein Freund der Sonne geworden ist! JR, der große Ölbösewicht aus Dallas hat am Schluss seines Lebens gesagt: Forget oil! Vergessen Sie das Öl, die Sonne ist die Energie des 21. Jahrhunderts. Welch eine Bekehrung. Vom Öl-Saulus zum Solar-Paulus. Ich mag Menschen, die umdenken.

Wir haben inzwischen Häuser in Deutschland, die dreimal soviel Strom mit der Sonne erzeugen, wie die Menschen verbrauchen. Wir müssen keine Kriege führen um Öl. Ganze Siedlungen entstehen so. Herkömmlich gebaute Häuser hier links brauchen soviel Energie. Niedrigenergiehäuser günstiger. Passivhäuser viel günstiger. Damit sparen Sie viel Geld und schützen die Umwelt. Aber Solar plus - das ist immer ein Gewinn. Sie sind auf der Gewinnerseite. Bitte: Wer umsteigt wird gewinnen. Dieses Haus dreht sich mit der Sonne. Produziert sechsmal soviel Strom und sämtliche Wärme mit der Sonne.

Überlegen Sie einmal, was Sie sparen dabei! Ein Dreh-Haus hat nur ein kleines Problem: beim Rausgehen muss man aufpassen, aber sonst gibt es keine Probleme. Dieses Gebäude steht fest, aber das Dach dreht sich mit der Sonne. Macht zwölfmal mehr Energie, in diesem Fall Strom, wie die Menschen brauchen.

Dieser junge Mann steht am Südpol vor einem Sonnenkollektor. Bei vierzig Grad minus macht dieser Kollektor siebzig Grad heißes Wasser. Wenn das am Südpol geht, Herr Bürgermeister, geht es auch in München.

Auf unserem Hausdach machen wir seit zwanzig Jahren Strom und Wärme mit der Sonne und ich kann Ihnen versichern: In zwanzig Jahren hat uns die Sonne noch nie eine Rechnung geschickt. Welch eine Chance! Auch ökonomisch, wenn wir ökologisch Energie erzeugen.

In meinem Buch „Der ökologische Jesus“ habe ich den Menschen und Kirchen empfohlen, Solaranlagen an die Kirchen zu bauen, damit der Heilige Geist endlich mal Ladefläche findet bei den Kirchen. Er will, wir lassen ihn nicht. Wir haben ein Brett vor der Sonne. Das ist unser Problem: Ein Brett vor der Sonne. Viele Kirchen haben es gemacht: etwa 800. Sieht doch schön aus! Und jetzt hat sogar der bayerische Papst in Rom das begriffen. Himmlische Energie für den bayerischen Papst. Das hat was, nicht? Energie von ganz, ganz oben. Energie vom Chef selbst.

Stellen Sie sich mal vor: Ein deutscher Denkmalschützer müsste so

etwas genehmigen. Was der für Probleme finden wird, wo es gar keine gibt! Wo sollte da ein Problem sein? Moderne Technik und altherwürdige Gebäude kann doch gut zusammen passen. Wieso müssen unsere Bedenkenträger Probleme daraus machen? Der Audienzsaal des Papstes komplett mit Solarzellen bedeckt macht Strom für dreihundert Menschen. Im Vatikan leben gerade mal dreihundert. Sie sollen keine Kinder kriegen, also ist es eine Lösung für alle Zeit.

Wir haben Lösungen! Wir müssen nicht so wie bisher unsere Energie organisieren. Die Amis geben zur Zeit 100 Milliarden Dollar pro Jahr aus, um ihre Ölquellen im Nahen Osten militärisch abzusichern. Wir können das Ölzeitalter beenden und dann haben wir die Chance, nicht die Sicherheit, aber die Chance, wirklich eine neue, eine friedlichere Welt zu organisieren. Die große, politische Frage des 21. Jahrhunderts wird in der Tat heißen: Kriege um Öl oder Frieden durch die Sonne?

Beim Umsetzen dieser Alternative wünsche ich Ihnen viel Freude, viel Erfolg und vor allen Dingen Lust auf Zukunft.

Herzlichen Dank.



Fragen aus dem Publikum

Abschrift vom Tonträger von Gudrun Haas

Clemens Ronnefeldt: *Frage an Frau Birckenbach: Welche Methoden, Fähigkeiten sollten Ihrer Ansicht nach zukünftige Generationen lernen, um Frieden verwirklichen zu können? Was sind die Grundmethoden zur Friedensverwirklichung? Wie könnte Friedenslogik im Kleinen aussehen? Bitte ein Beispiel aus der Praxis.*

Hanne-Margret Birckenbach: Ich habe heute für uns „zu denken“ als Hauptmethode empfohlen. Zu denken! Das was gedacht wird, zu wagen. Auch etwas zu kritisieren. Auch Utopien zu haben: gegen die Gewalt eine andere Praxis zu setzen. Das ist eine Methode für den Kreis, der hier zusammen ist. Man wird nicht überall diese Methode verwenden können. Es gibt unterschiedliche Methoden und sie hängt ab von der Art und Weise, welches, wo und für wen, sich das Problem stellt. Grundsätzlich kann man sagen, überall, wo der Dialog abbricht, wo die Kommunikation gestört ist, geht es mit dem Frieden nicht weiter. Überall, wo Dialog versucht wird, geht es weiter. Aber ich kann fünf Methoden für den Frieden denken.

Clemens Ronnefeldt: *Ich beziehe unseren Gast aus Chile mit ein: Sind Sie als Gründer der Humanistischen Partei Chiles Repressionen seitens der Regierung ausgesetzt? Was denken Sie über Regimewechsel heute? Ist Gewaltfreiheit in Chile heute genauso notwendig wie unter der Zeit der Diktatur? Beispiel für konkretes Handeln.*

Tomas Hirsch: Wie ich vorhin schon sagte, leide ich immer noch unter Repressionen. Anders als unter der Diktatur. In dieser Zeit war ich einige Male im Gefängnis. Dieser

Art von Repression bin ich zur Zeit nicht mehr ausgesetzt. Aber wir versuchen uns zu mobilisieren, wir gehen auf die Straßen. Und dort erfahren wir die polizeilichen Repressionen. Wir leben unter einer demokratischen Regierung, wo wir frei sein sollten, unsere Meinung zu sagen. Eine Zeit lang erlauben sie uns, unsere Meinung zu sagen und dann unterdrücken sie sie wieder. Ich persönlich leide nicht so sehr unter der Unterdrückung. Aber die Studenten leiden sehr, besonders seit den letzten zwei Jahren. Die Mapuches leiden sehr. In den vergangenen fünf Jahren starben viele Mapuche durch polizeiliche Waffen. Sie haben sie einfach erschossen. Ja, es gibt Repression: Jedes Mal, wenn die Leute für Änderungen im Land eintreten.

Clemens Ronnefeldt: *Fragen an Franz Alt: Kennen Sie umweltfreundlich produzierte Photovoltaik-Anlagen? Wird für Biosprit Regenwald abgeholzt? Ihre Meinung zu Desertec?*

Franz Alt: Wenn Sie vorhaben, eine Photovoltaik-Anlage zu kaufen, dann müssen Sie sehr genau nachfragen, welche Produkte da drin sind. Ich kenne Hersteller, nicht in Deutschland, aber zum Beispiel in Amerika oder in China, die nutzen heute noch Quecksilber. Ich würde mir nie eine solche Anlage aufs Dach machen. Das ist in Deutschland verboten. Wenn Sie eine normale deutsche Solarzelle heute kaufen, können Sie



davon ausgehen, da sind zwei Produkte drin: Glas und Silicium. Siliciumsand. Da kann nichts passieren. Können Sie problemlos recyceln. Sie können eine nach heutigen deutschen Normen hergestellte Photovoltaik-Anlage fünfmal recyceln. Sie hat eine normale Lebensdauer von dreißig, vierzig Jahren und das ganze mal fünf. Das heißt sie läuft bis zu 200 Jahren. Das kann man guten Gewissens empfehlen. Allerdings: man muss genau darauf achten, was da verarbeitet ist. Man kann nicht blind kaufen. Wie immer! Man muss auch hier genau hinschauen.

Zweitens: Werden für den Biosprit-anbau Regenwälder abgeholzt? Ich war die letzten Jahre einige Male in Brasilien. Es wird in der deutschen Umweltszene immer wieder behauptet: in Brasilien werden Regenwälder abgeholzt für deut-

sche Autos. Diese Frage habe ich der brasilianischen Umweltministerin gestellt. Die sagte mir: Nein. Es werden Regenwälder abgeholzt, für den deutschen Fleischkonsum, aber nicht für den deutschen Biosprit. Ich kann nicht ausschließen, dass das gelegentlich geschieht. Ich kenne ein deutsches Stadtwerk im

fallen 9.000 Tonnen Trockenschnitt, Biotrockenschnitt, an pro Jahr, nur über die Abfälle. Das ist intelligente Biomassenutzung. Wenn Regenwald abgeholzt wird, ich kann es nicht ganz ausschließen, dann ist das eine Schweinerei und keine Lösung. Das schafft neue Probleme. In den meisten Fällen aber wird Regenwald

3.000 Kilometer Leitung. Alles, was über die Regionen hinaus produziert wird, ist Unsinn. Das ist doppelt so teuer. Die Italiener, Spanier und Griechen würden sich sehr bedanken, wenn wir Riesenleitungen auf ihrem Grund bauen. Die EU bräuchte 90 riesige Fernleitungen aus Nordafrika nach Europa, um



Europa mit 15 Prozent Wüstenstrom, Desertec-Strom, zu versorgen. In Deutschland wird gegen jedes Windrad protestiert. Aber wir wollen den Südeuropäern zumuten, dass wir unseren Strom künftig aus Afrika über diese südeuropäischen Länder nach Mitteleuropa holen. Das ist nicht in deren Sinn. Wenn wir gegen jedes Windrad protestieren, müssen wir erst recht Verständnis haben, dass wir Deutschen unseren Strom hier produzieren, hier scheint ja auch die Sonne. Desertec halte ich für falsch. In München scheint die Sonne auf jedes Dach. Wir haben so effiziente Solaranlagen in Deutschland, dass es sich lohnt,

schwedischen Konzern, die haben Palmöl aus Malaysia hergeholt. Das ist nicht besonders intelligent. Dort sind Regenwälder abgeholzt worden. Nachdem es einen publizistischen Aufschrei gab, hat das entsprechende Stadtwerk, es war in Schwäbisch-Hall, den Unsinn wieder eingestellt. Da kann ich gleich beim Erdöl bleiben und es um die ganze Welt karren. Wenn ich Bioenergie sage, meine ich zwei Typen: erstens Reststoffe nutzen. Positives Beispiel aus Baden Baden: Wir haben vor zwei Jahren das modernste Biomasseheizkraftwerk auf der ganzen Welt gebaut. Wissen Sie, was da eingesetzt wird? Der Grasschnitt vom Wegesrand. Und der Grünschnitt der Gärten Baden Badens, der ohnehin anfällt. In einer Kleinstadt mit 50.000 Einwohnern

abgeholzt zum Beispiel in Brasilien für unseren oder der Amerikaner Fleischkonsum. Viel mehr auf jeden Fall. Das kann ich guten Gewissens sagen. Viel mehr als für Biosprit. Wenn Biosprit, dann möglichst aus der Region und nicht über viele tausend Kilometer hergefahren. Die Dänen haben ein intelligentes Gesetz gemacht. Die Dänen sagen, wenn Biomasse eingesetzt wird, dann darf die Biomasse nur dreißig Kilometer transportiert werden. Weiter nicht, das ist gesetzlich verboten. Wenn wir das so ähnlich auch in Deutschland regeln, dann macht Biomasse Sinn.

Zu Desertec: Vielleicht wissen es einige nicht: Desertec ist Wüstenstrom aus der Sahara nach Deutschland holen. Das bedeutet, sie brauchen

vor Ort zu produzieren. Die Sonne schickt uns nicht nur das, was wir brauchen, sondern weit mehr als wir brauchen. 15.000 mal mehr als wir brauchen schickt die Sonne, theoretisch auch mehr. Praktisch haben wir vor Ort, wenn wir den ganzen Mix der Erneuerbaren nehmen, alles, was ich brauche. Wenn die Sonne nicht scheint, weht häufig der Wind. Wenn der Wind nicht weht, scheint häufig die Sonne. Biomasse gibt es direkt vor der Haustüre. Für Erdwärme haben wir in Unterhaching ein Beispiel: 24.000 Menschen werden mit Strom und Wärme aus Geothermie versorgt. Und dann kommt die Wasserkraft dazu. München, Bayern, Deutschland, Europa hat alles, was es braucht. Wir müssen nicht über tausende von Kilometern sehr teuer und aufwändig die Energie herholen.

Dafür hat die Natur gesorgt. Jede Region und jedes Land hat alles, was es braucht, zu hundert Prozent und das ist günstiger, als wenn ich Energie von Afrika nach Deutschland schicke.

Clemens Ronnefeldt: *Frage an Hanne-Margret Birckenbach: Wie würden Sie vor dem Hintergrund der Friedenslogik auf die verfahrenere Situation im Iran reagieren?*

Hanne-Margret Birckenbach: Auch hier haben wir es mit einem komplexen Problem zu tun und ich versetze mich in die Rolle der Amerikaner (die ja auch gerade in München sind). Ich würde eine Botschaft wieder eröffnen im Iran, um Gelegenheit zu haben, jeden Tag mit Iranern und iranischen Verantwortlichen zu reden. Das ist das Dialogprinzip. Zweitens würde ich im NATO-Bündnis alle Beteiligten dazu auffordern, die Sanktionen gegen den Iran, die in Wirklichkeit eine Sanktion gegenüber der Bevölkerung sind, zu beenden. Drittens würde ich jedem Politiker empfehlen, noch einmal das alte Buch „Falschspiel mit der Abrüstung“ von Alva Myrdal zu lesen, das war die erste Abrüstungsministerin in Schweden. Und ich würde entsprechend den Atomwaffenversuchen den Atomwaffen-sperrvertrag so korrigieren, dass die Verpflichtung der Atomwelt verstärkt und überprüfbar wird. Viertens, wenn ich Frau Merkel wäre, würde ich in den Iran reisen und sagen: Ist es nicht schön. Wir steigen jetzt aus der Atomenergie aus, wollen Sie das nicht vielleicht auch versuchen?

Clemens Ronnefeldt: *Die letzte Frage des heutigen Abends geht an Tomas Hirsch: Welche politischen Erfolgsschritte könnten zu einer gewaltfreieren Gesellschaft führen und eine Entwicklung hin zu mehr Gewaltfreiheit fördern? Was wäre das erste, das zu tun ist? Konkretes Beispiel?*

Tomas Hirsch: Ich denke, dass viel getan werden kann. Zuerst brauchen wir Gesellschaften, an denen die Leute teilhaben. Das heißt direkte Demokratie. Das bedeutet, dass die Menschen gefragt



werden. Wir wissen, was zu tun ist. Wir kennen die Technik, um das umzusetzen. Gesellschaften, wo die Menschen immer gefragt werden zu den Themen, die sie betreffen. Nicht nur, aber vor allem zu den Themen wie Haushalt, Gesundheit, Bildung, Energie, Umweltschutz. Verwendung der Gelder für die Auslandspolitik: zum Beispiel Kriegführen oder nicht Kriegführen. Die Regierungen sollten die Menschen repräsentieren, also warum fragen sie sie nicht? Das ist für mich die Hauptaufgabe.

Zweitens: Aus meiner Sicht müssen wir eine umfassende wirtschaftliche Veränderung anstreben. Wir werden von großen Multinationals des Finanzsystems kontrolliert. Sie kontrollieren alles. Die Länder scheinen frei zu sein, aber sie sind absolut nicht frei. Die Weltbank und die Europäische Bank und ihre Kollegen – sie entscheiden sogar, wer an die Macht kommt und wem die Macht genommen wird. Sie haben Monty in Italien eingesetzt und sie haben den Premierminister von Griechenland abgesetzt. Sie tun das in Europa, sie haben es in der Vergangenheit in Lateinamerika getan.

Vielleicht sagen die EuropäerInnen, das ist aber in Lateinamerika, so weit weg. Nein, es geschieht genauso hier! Sie kontrollieren alles. Wir brauchen mehr Macht in den Händen der Menschen. Wir müssen die Macht dieser großen multinationalen

Finanzsysteme brechen. Sie sagen vielleicht, dass das sehr kompliziert ist und schwer umzusetzen. Okay, aber wir müssen damit beginnen. Das ist eine der Hauptaufgaben.

Besonders im Fall von Lateinamerika müssen wir die Bodenschätze für die Menschen in ihren Ländern zurück gewinnen. Es kann nicht sein, dass die riesigen Ressourcen, die wir haben (Kupfer, Eisen, und was es in den einzelnen Ländern sonst noch gibt) in der Hand von Leuten sind, die alles zerstören, nur um Gewinne für sich abzuschöpfen. Wir sind ein sehr reicher Kontinent. Aber eigentlich sind wir arm, weil alles weggebracht wird. Es gibt also viel zu tun. Und eines ist positiv, dass viele Länder Lateinamerikas schon was tun. Bolivien hat seine Mineralien, das Öl, das Gas, zurück geholt, auch das Wasser. Der Krieg um Wasser war sehr interessant und wichtig für die Veränderungen, die dadurch passiert sind. Argentinien macht das selbe. Venezuela. Wir haben immer noch einige dunkle Flecken: Chile, Peru, Kolumbien. Aber immerhin beginnen in Lateinamerika wichtige Veränderungen.

Clemens Ronnefeldt: *Das war doch schon ein abschließendes Statement. Ich möchte die beiden anderen Referentinnen noch einladen zu ihrem kurzen abschließenden Statement, um uns das mitzuteilen, was ihnen für diesen heutigen Abend wichtig ist.*

Franz Alt: Meine Frage des Abends hieß: Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne? Man muss sich einfach klar machen, dass jeder von uns aufgerufen ist, eine Antwort auf die Frage zu finden. Jede Solaranlage auf Ihrem Dach ist ein Zeichen des Friedens. Ein Zeichen, dass es intelligenter geht als es bisher organisiert worden ist. Jedes Windrad, für das Sie stimmen oder an dem Sie sich beteiligen, ist ein Zeichen des Friedens. Wir müssen keine Kriege um die alten Ressourcen führen und wir können das Klima schützen. Jedes Wasserkraftwerk, das wir reaktivieren, ist ein Zeichen des Friedens und schafft mehr Unabhängigkeit auch von internationalen Verflechtungen. Wir können uns auch unabhängiger machen von den großen Energieversorgern. Je größer die Strukturen, desto undurchsichtiger, desto korrupter, desto mehr Abhängigkeit. Wir sind heute noch abhängig in Deutschland von den vier großen Besatzungsmächten, die wir haben: also RWE, e-on, Vattenfall und EnBW. Von denen sind wir total abhängig. Das muss doch nicht so sein! Unter dieser Sonne steht jedes Dach. Und nochmal: Die Sonne scheint auf jedes Dach.

Frau Birckenbach, mir ist ein Beispiel eingefallen für einen privaten, kleinen Beitrag. Ich habe zurück gedacht, wo hatte ich Probleme und wie habe ich einen kleinen Beitrag leisten können zur Konfliktlösung und für ein bisschen mehr Frieden im Kleinen? Meine Frau und ich waren vor dreißig Jahren in unserer Midlifecrisis und ich habe so einen typischen Männergedanken gehabt: Warum ändert sich meine Frau nicht? Wenn sie sich änderte, wäre alles

okay. Und irgendwann habe ich das gemacht, was uns Frau Birckenbach vorhin vorgeschlagen hat und überlegt, ob es nicht bei mir selber liegt, statt am anderen. Und ich habe eine Psychotherapie angefangen. Mir ist dabei klar geworden, dass die Probleme, die ich auf meine Frau projiziert habe, nichts anderes waren als meine eigenen verdrängten Probleme und Projektionen. Und als mir das klar wurde, hatte es Klick gemacht. Und wir hatten sofort ein neues, besseres Verhältnis. Meistens geht das gut. Es kann auch über Jahrzehnte halten! Ein kleiner Beitrag zum Frieden.

Hanne-Margret Birckenbach: Meine Hochachtung vor diesem persönlichen Beispiel! Mir ging es darum, Denkprozesse anzustoßen, auch vor dem Hintergrund, dass wir zwar Friedensforschung haben und auch in der Friedensbewegung sehr viel sagen und kritisieren. Wir sind aber zu wenig präsent mit Vorschlägen, wie es anders aussehen könnte. Wie es anders ausgehen könnte. Dass wir ein bisschen kreativer sind, es braucht gar nicht sehr viel

kreativer zu sein als nebenan. Ich wollte auch vermitteln, dass es sehr viel Spaß machen kann, wenn man eine Methode hat und ein Problem durchspielen kann: Was können wir denn als Friedensbewegung Positives sagen? Positives motiviert zum Mitstreiten und kann gerade auch jüngere Leute gewinnen. Abschließend möchte ich auch noch einen kurzen Punkt erwähnen, auf den ich in der Pause angesprochen worden bin. Einige haben kritisiert, dass ich sehr pauschal vom Islam und Islamismus gesprochen habe. Diese Kritik ist richtig. Was ich nicht wollte ist, etwas gegen den Islam zu sagen. Der Begriff ist einfach nicht gut. Mein Ziel war, den Begriff des Terrorismus oder des Terrors zu vermeiden. Aus meinen Forschungen heraus ist dieser Begriff auch nicht gut, also muss ich darüber nachdenken.

Clemens Ronnefeldt: *Herzlichen Dank für die persönlichen Einlassungen und die Aufforderung, unsere Schattenseiten als Beginn einer Friedensarbeit zu integrieren. Ich denke, das steht der Friedensbewegung gut.*



Auszüge aus dem Diskussionsforum

Zusammenfassung des Gesprächsforums von Gertrud Scherer

Von den Referenten des Vorabends beteiligten sich an dem Gesprächsforum Hanne-Margret Birckenbach und Tomás Hirsch.

Eingangsstatements dieser beiden ReferentInnen:

Hanne-Margret Birckenbach:

Ich will mit etwas beginnen, was ich gestern nicht gesagt habe. Es beleuchtet den Hintergrund, weshalb ich mich intensiver in das friedenslogische Denken hinein gearbeitet habe.



Zum einen ist mir aufgefallen, dass der

Friedensbegriff aus der politischen Diskussion verschwindet. Schlägt man eine Zeitung auf, kommt immer wieder der Begriff „Sicherheit“ vor, aber nur ganz selten der „Friede“. Mir scheint, es gibt eine Scheu, diesen Begriff zu verwenden.

Zum anderen beobachtete ich, dass wir sowohl in der Friedensbewegung wie in der Friedensforschung hervorragende Fähigkeiten haben zu kritisieren. Wir können niederträchtige Motive für Kriege, die Interessen der Rüstungsindustrie oder die an Rohstoffmärkten wunderbar analysieren. Aber wir sind so schwach, etwas dagegen zu setzen. Zum Beispiel auf unseren Flugblättern steht „Kein Krieg für Öl“, kein Dies, kein Das, kein Jenes. Da kann man sich eigentlich nicht besonders angesprochen und motiviert fühlen zu einem „Ja, da mache ich mit!“ Und das löst Ohnmachtgefühle aus – so als gäbe es wirklich keine Alternativen. So geht es auch mir als Friedenswissenschaftlerin.

Einen Ausweg aus dieser Ohnmacht kann es nur geben, wenn wir dem, was in den Nachrichten kommt, einen eigenen Gedanken entgegen setzen.



Wie kann man die eigenen Gedanken, das Alternative begründen? Das ist eigentlich der Hintergrund der Rede von „Friedenslogik“. Man muss nicht Wissenschaftler sein, um das zu betreiben. Dieser Denkansatz ist wichtig für Journalisten, für Jeden, der an Frieden interessiert ist. Die Form des Denkens und die entsprechende Ausdrucksweise sind auch ein Stück Kultur.

Grundmerkmale von friedenslogischem Denken – das habe ich gestern am Beispiel von Mali zu zeigen versucht – ist eine Haltung gegenüber Gewalt, eine Haltung gegenüber Konflikten, eine Haltung gegenüber Friedenskräften, also gegenüber Denjenigen, die die Gewalt einzudämmen versuchen.

Die friedenslogische Haltung gegenüber Gewalt unterscheidet sich von der sicherheitslogischen darin, dass wir Krieg gegen Gewalt als unvernünftig betrachten und dass wir jede Gewalt kritisieren, auch die strukturelle Gewalt. Zu der gehört z.B. auch das Arm-Machen, dass Leute nichts zu essen haben. Wir sind auch kritisch gegenüber der Gewalt, die von uns selber ausgeht, gleich ob

dies absichtlich oder unabsichtlich geschieht.

Der Kernpunkt friedenslogischen Denkens ist die Sichtweise von Konflikten. Konflikte gibt es ständig und sie sind an sich noch keine Bedrohung. Sie ergeben sich aus unterschiedlichen Ansichten und Interessen von Konflikt-Parteien, die miteinander in Beziehung stehen. Zum gewalttätigen Austrag von Konflikten kommt es, wenn diese Beziehungen so gestört sind, dass die Menschen nicht in der Lage sind, kooperativ miteinander zu verhandeln und deshalb auch keine Problemlösung finden können.

Die Haltung gegenüber Friedenskräften ist die: Die Friedenskräfte bzw. wir sind zwar eine kleine Minderheit, aber wir stärken uns gegenseitig und konsultieren einander. Politik muss mit den Friedenskräften in Kontakt sein, auch wenn sie nicht „wichtig“ sind, auch wenn sie nichts in der Welt zu sagen haben. Denn hier finden sich am ehesten Ideen, wie sich die Welt ändern kann.

Wenn man so ein friedenslogisches Denkgebäude entwickelt – etwas sys-

tematischer als ich das jetzt in der Kürze tun konnte – dann kann man auch kreative Listen erstellen und sich klarer werden darüber: Regierung – Was sollst du tun? Journalist – Was sollst du tun? Lehrerin – Was sollst du tun? Schauspieler – Was sollst du spielen? --- Was Kann Ich Tun?

Das wird einfach sichtbar, wenn wir selbstkritisch gegenüber der Gewalt sind, die von uns ausgeht. Wenn wir die Angst vor Konflikten verlieren und in den gestörten Beziehungen auch immer die Chance sehen, dass sich etwas ändern kann. Und wenn wir auf die Schwachen achten, die nämlich etwas zu sagen haben.

Tomás Hirsch:

Ich versuche, das was ich gestern gesagt habe, ganz kurz für Sie zusammen zu fassen.



Ein Hauptproblem liegt darin, dass wir immer noch in diesem Denken von gewaltvoller Veränderung gefangen sind. Das zeigt sich schon

darin, dass wir von „Gewaltfreiheit“ als einer neuen Option sprechen und somit immer noch darin festgefahren sind, dass der Wandel über Gewalt geschafft wird.

Wir müssen erst einmal verstehen, dass dieser Glaube an die Gewalt tief in uns verwurzelt ist. Das kommt ja aus unserer Geschichte, wo ganz selbstverständlich versucht wurde uns zu lehren, dass Wechsel über Gewalt möglich ist. Wenn wir aber die Veränderungen genauer betrachten, die über Gewalt erzielt wurden, dann können wir feststellen, dass

zwar ein König durch einen anderen ersetzt wurde oder ein Diktator durch einen anderen Diktator. Dadurch sind aber niemals tiefe strukturelle Veränderungen des wirtschaftlichen, des sozialen, des kulturellen Systems erreicht worden und so ist Alles beim Alten geblieben.

Ich war letztes Jahr in Palästina, wo wir versuchten Menschen darin zu trainieren, gewaltfrei auf einen Wandel hin zu wirken. In diesem Training wurde mir klar, dass diese Menschen zwar für gewaltfreien Widerstand ausgebildet wurden und hier viel für den Frieden arbeiteten, aber in sich selbst noch zerrissen waren. Denn sie zeigten in ihrem Alltag immer noch Gewaltbereitschaft gegenüber ihren Frauen und Kindern.

Es ist so wichtig, dass uns erst einmal klar wird: Es bringt nichts, nur soziale Arbeit für Frieden zu leisten, wenn wir im Kleinen nach wie vor zur Gewalt neigen. Wir müssen selber auch unsere eigene Gewaltbereitschaft abbauen, wenn wir in unserer Friedensarbeit effektiv sein wollen.

Es ist von großer Bedeutung, dass dieser Wandel sowohl auf persönlicher Basis als auch im sozialen Umfeld geschieht. Man sieht immer wieder die zwei Paradoxe, dass einerseits Leute unheimlich viel für das soziale Umfeld, für das System tun, um hier einen Wandel zur Gewaltfreiheit herbei zu führen, aber in ihrem persönlichen Leben in sich noch diese Gewaltbereitschaft tragen. Und man sieht Andere, z.B. in Indien, die mit sich sehr im Reinen sind, die von sich aus friedfertig sind, aber gleichzeitig nicht an einer Änderung in ihrem Umfeld, am sozi-

alen System mitarbeiten.

Deshalb ist es für mich so wichtig, dass man sowohl im privaten Bereich wie auch als soziales Wesen versucht, zu dieser Gewaltfreiheit zu kommen und damit auch das Ziel verfolgt, mit sich selbst ins Reine zu kommen.

Aus der Diskussion

Publikum: In der Zeit der 68er Bewegung gab es den Spruch „Macht kaputt, was euch kaputt macht.“ Es war damals nicht unwichtig zu realisieren, dass es etwas gab, was einen kaputt macht. Wie würden Sie das in die heutige Zeit einordnen?

Birckenbach: Den Spruch gab es, aber ich habe mich damals als eine Andere erlebt. Es war nicht ganz einfach zu sagen: Ich bin Pazifistin. Man verlor damit auch Freunde. Aber damit konnte ich leben. Man kann inzwischen nachweisen, dass wir in der Friedensbewegung sehr viel verändert haben. Ich habe mit Verwunderung gelesen, dass am Ende der Sowjetunion der KGB ausgeschiedt wurde, um in der europäischen Friedensbewegung nach Ideen zu suchen. Die KGB-Leute sollten Manuskripte der Friedensforschung und Friedensbewegung hier abgreifen, noch bevor sie bei uns veröffentlicht wurden. Das gibt eine gewisse Erklärung dafür, dass Gorbatschow – den wir ja alle noch nicht kannten – plötzlich etwas machte, was hier in der Friedensbewegung diskutiert wurde und was hier als ganz irre galt. Ja, und dass Politik sich darauf eingelassen hat - diese Erfahrung denke ich ist sehr wichtig.



Ich würde sogar noch eins weiter gehen: Unsere heutige Gesellschaft ist so weit, dass sie solche Sprüche „Macht kaputt, was uns kaputt macht.“ nicht mehr akzeptiert. Die jungen Leute wollen das nicht. Sie sind überfüttert mit Gewalt. Meine Studierenden sind sicher weniger engagiert als wir damals, aber sie haben auch eine Abscheu gegen die ritualisierten Kämpfe, dass Parteien nur Meinung gegen Meinung stellen. Sie haben eine Sehnsucht nach Dialog – auch in der politischen Praxis, aber sie wissen nicht, wie wir das machen sollen. Das ist meine Analyse und mein Ziel ist es unter anderem, dieses Bedürfnis ein bisschen zu koppeln mit der internationalen Welt. Ich denke, so hoffnungslos ausgeliefert sind wir der Propagandamaschinerie von Politik und Wirtschaft nicht. Wir können uns zumindest im Kopf wehren gegen die Ohnmacht der Alternativlosigkeit.

Ich würde gerne noch einen Punkt zu Tomás ergänzen. Ich stimme ihm zu, dass durch Gewalt keine gesellschaftlichen Veränderungen erreicht werden. Aber mehr noch: Das, was an gesellschaftlichen Veränderungen erreicht worden ist, wird durch Gewalteinsetze wieder rückgängig gemacht. Ich glaube, wir sind in der BRD momentan in so einer Situation. Da hat es durch die große Friedensbewegung einen kulturellen Aufbruch gegeben. Und jetzt haben wir eine Militärintervention nach der anderen. Da werden wir auch geistig ein wenig zurück gebombt. Das passiert wahrscheinlich in anderen Gesellschaften auch so.

Tomás Hirsch beobachtet heute auch eine ganz andere Stimmung als bei den 68ern, die den Eliten mit diesem Spruch vom Kaputt-Machen begegneten. Die heutige junge Generation – ob in Ägypten, in der 15-M-Bewegung in Spanien oder bei Occupy in den westlichen Industrieländern - sie hat den tiefen Wunsch nach einer Veränderung. Man kommt zusammen auf den Straßen, um diesem Wunsch Ausdruck zu verleihen.

Publikum: Wo steht die Friedenslogik zwischen den Theorien und

Praktiken von Johan Galtung und Marshall Rosenbergs Gewaltfreier Kommunikation?

Birckenbach: Von Johan Galtung, dem großen Geist der Friedensbewegung, sind wir alle inspiriert. Er macht neben Friedensforschung auch politische Analysen und zeigt, was man politisch tun müsste. Seine Theorien versteht man aber oft nicht, weil sie zu komplex sind. Aber man muss ihn immer wieder und wieder lesen und findet dabei auch etwas für das eigene Verstehen und Handeln in gegebenen Konfliktsituationen. Auf diese Weise wirkt er. Frau Birckenbach meint, dass auch wir als Friedensbewegung nicht immer gleich verstanden werden, aber trotzdem mögen wir woanders wirken.

Clemens Ronnefeldt ergänzt dazu: Das Institut von Johan Galtung heißt TRANSCEND. Er „übersteigt“ oft das Black-Box-Denken derer, die gefangen sind in Schablonen. Er versteht es, mit Kreativität Lösungen zu finden, die nicht in unserem Blick sind.

Für Tomás Hirsch ist die Kommunikation ein ganz essentieller Faktor für die Gewaltfreiheit. Wir müssen oft noch lernen, richtig zu kommunizieren. Entscheidend dabei ist, den Partner oder die Partnerin richtig zu verstehen, bevor wir selbst etwas antworten: Was will mir der oder die Andere sagen? Welche Gefühle hat er oder sie?

Zu der Position von Tomás Hirsch, der Kern sei für ihn die gewaltfreie Kommunikation, ergänzt Hanne Birckenbach, dass bei Galtung das Kernproblem dieser Welt die mangelnde Kreativität sei, was dazu



führe, dass die Konfliktparteien keine Lösungen finden. Deshalb entwickelt Galtung immer Lösungen, Alternativen. Diese Kreativität kann aber auch als Bedrohung empfunden werden, nämlich dann, wenn sie verbunden ist mit der Aufforderung „Du musst das jetzt tun: Du musst das nachvollziehen können und du musst mit dieser Lösung umgehen!“ Vielleicht ist es die Kunst und auch die Aufgabe für uns, den Gedanken der zivilen Konfliktbearbeitung so zu kommunizieren, dass er nicht als Bedrohung empfunden werden kann.

Publikum: Eine kritische Hinterfragung des Begriffs Konflikt-„lösung“

Birckenbach: Bei der Bearbeitung eines Konfliktes ist es sinnvoll, sich eine Lösung als Zielvorgabe vorzustellen. Das heißt noch nicht, dass die anfangs angedachte Lösung am Ende heraus kommen muss. Aber solche Überlegungen, die man vielleicht nur im eigenen Kopf hat und noch nicht diskutiert, fördern die Kreativität – und die ist wichtig. Man muss sich vorstellen können, dass unvereinbare Interessen vereinbar gemacht werden können – ohne Gewalt. Denn bei Gewalt verlieren beide Seiten, auch die siegende Partei.



Sie sieht die Gefahr – auch in der Friedensforschung – dass Konflikte schön geredet werden. Wir müssen im Bewusstsein behalten, wie schwierig es ist, Konflikte konstruktiv auszutragen. Vielleicht müssen wir einfach lernen, auf Fehlverhalten in Konflikten humorvoll zu reagieren, Missgriffe zu verzeihen und Scheitern zuzulassen.

Hirsch: Wenn wir Veränderungen erreichen wollen, werden wir immer auf Konflikte stoßen. Ein Konflikt an sich ist ja noch nichts Schlimmes. Es kommt immer darauf an, wie man mit ihm umgeht. Es wird bei den Konfliktparteien immer unterschiedliche Meinungen und Sichtweisen geben, und die müssen auch nicht vereinheitlicht werden. Ich meine auch, dass es wichtig ist, Fehler machen zu dürfen. Sie müssen zugelassen und akzeptiert werden nach dem Motto: Aus Fehlern können wir lernen. Fehler machen zu dürfen ist das erste Menschenrecht.

Publikum: Frage nach der Rolle des oft angesprochenen Humors und nach der unterschiedlichen Entwicklung in den Ländern Lateinamerikas

Hirsch: In Chile war zur Zeit der Gründung der Humanistischen Partei die Unterdrückung jeder Opposition massiv. Bei den Regimekritikern gab es zwei Richtungen. Die Einen diskutierten, fragten nach Legitimation und versuchten auf herkömmliche Weise einen Regimewechsel zu erreichen. Die Anderen setzten auf Gewalt, v.a. die Kommunisten und die Linken. Und dann gab es viele Anfang-20-Jährige an den Hochschulen und bei der Arbeiterschaft, die diese beiden Wege für ziemlich aussichtslos hielten, und sie setzten nun Ironie und Humor ein. Gerade die Linken in der Gesellschaft empörten sich darüber: Wie kann man angesichts der Grausamkeiten der Regierung einfach nur lachen? Hier ein Beispiel für unsere Vorgehensweise: Wir schrieben Kettenbriefe an Präsident Pinochet, in denen wir ihn in höflicher Form aufforderten, von allen seinen Ämtern zurück zu treten. Den Kettenbriefschreibern drohten wir an, dass wir Zustände wie auf den Philippinen unter der Marcos-Diktatur bekämen, wenn sie diesen Brief nicht an mindestens 10 weitere Leute schicken würden. In drei Monaten bekam die Regierung eine Million dieser Briefe! Wir

unternahmen noch viele andere ähnliche Aktivitäten, die uns große Zustimmung in der Bevölkerung einbrachten. Schließlich kam es so weit, dass die Regierung ein Referendum erließ und wir sie auf diese Weise mit ihren eigenen Waffen schlagen konnten.

Warum war der Humor so wirkungsvoll? Die Regierung und die Polizisten waren so überrascht und hilflos. Sie waren bewaffnete Opposition gewöhnt und hatten diese erwartet. Aber sie wussten nicht, wie sie mit Humor umgehen sollten. Das zeigt, was für eine effektive Waffe der Humor ist.

In anderen lateinamerikanischen Ländern verlief der Wandlungsprozess ganz anders.

In Bolivien z.B. hat die jetzige Regierung ihre Wurzeln in sozialen Basisbewegungen. Die heutigen Regierungsmitglieder hatten einst für Menschenrechte gekämpft, etwa als Frauenrechtlerinnen oder als Gewerkschafter_innen; selbst der Präsident kommt aus einer Gewerkschaft.

In Ecuador besteht die Regierung dagegen eher aus Technokraten, geschulten Leuten, die an renommierten Hochschulen studiert haben. Deren Ziel waren grundlegende strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft, im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Technologie und in der Bildung.

In Venezuela versuchte die Regierung eher Veränderungen von oben nach unten durchzudrücken.

Gleichzeitig sehen wir in Lateinamerika einen Integrationsprozess, aber nicht wie in den 60er, 70er und 80er Jahren im Wirtschaftsbereich. Vielmehr geht es bei dieser Integration um soziale Gerechtigkeit, um Menschenrechte und um den Umweltschutz. In den Ländern hat man erkannt, wie wichtig es ist, aufeinander zuzugehen und Probleme gemeinsam zu lösen.

Aktuelle Runde

Klima - Energie - Gerechtigkeit - Frieden

Konzepte und Konflikte

Grußwort von Simone Burger DGB-Region München

Jedes Jahr treffen wir uns hier – um einen Kontrapunkt zu setzen zu der Konferenz, die im Bayerischen Hof tagt. Damit die dort diskutierte Politik nicht unwidersprochen bleibt. Seit 1962 geht es auf dieser Konferenz nicht um Frieden, sondern um Sicherheit – und man sollte auf jeden Fall fragen – Sicherheit für wen?

Und wir sind hier, um deutlich zu machen, dass Frieden viel mehr ist als Sicherheit. Dass Frieden kein Konzept von gestern ist, unrealistisch, sondern dass Frieden notwendig ist.

In diesem Sinne möchte ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie heute hier sind.

Denn die Sicherheitskonferenz ist keine Friedenskonferenz!

Wer wollte, konnte am Donnerstag in der Welt lesen:

Ein Botschafter spricht Klartext: Wolfgang Ischinger über wild gewordene Fundamentalisten in Nordafrika, ...

Und auf die Frage der Welt: In Mali geht es um deutsche Interessen?

Ischinger: Natürlich. Wenn Nordafrika – also ein Gebiet vor unserer Haustür – zum Hort wild gewordener Fundamentalisten wird, dann gute Nacht!

Die Welt: Deutschlands Sicherheit wird also nicht nur am Hindukusch, sondern auch in Timbuktu verteidigt?

Ischinger: Man kann über den Spruch von Peter Struck lange streiten, aber in Mali gilt er mindestens genauso wie in Afghanistan. Solche Zuspitzungen sind hilfreich, um den Bürgern deutsche Sicherheitsinteressen zu erläutern. Und die Schlussfolgerung daraus, nämlich als Ultima Ratio auch den Einsatz militärischer Mittel.

Wolfgang Ischinger ist der Vorsitzende der Sicherheitskonferenz, der Gastgeber!

Kein Diplomat der Gastgeber der Konferenz, die offiziell als Motto immer „Frieden durch Dialog“ proklamierte und bis 2008 sogar ihren Preis so nannte. Allein dieser kurze Ausschnitt aus einem Interview genügt, um das in Zweifel zu ziehen.

Als DGB werden wir die Militarisierung der Politik nicht hinnehmen. Eine Politik, bei der zwar in den Reden noch von „ultima ratio“ gesprochen wird, in der Praxis spielt diese Einschränkung der Militäreinsätze aber kaum eine Rolle.

Auch dagegen wollen wir heute ein Zeichen setzen.



Das Thema der heutigen Konferenz ist: Klima – Energie – Gerechtigkeit – Frieden.

Auf der Sicherheitskonferenz war das Thema Energie schon am Freitag auf der Tagesordnung – mit dem Titel „American Oil + Gas Bonanza (= Goldgrube): the changing geophysics of energy = Energiepolitik wird hier auf den Blickwinkel verengt: „Was passiert, wenn die USA energieunabhängig wird?“

Dabei birgt das Thema Energiewende aus friedenspolitischer Sicht viel Sprengstoff und viele Hoffnungen:

Sehr komprimiert zusammengefasst wird immer folgende These in die Diskussion gebracht: in Zukunft wird die Konkurrenz um Erdöl und Erdgas zunehmen, die Abhängigkeiten einzelner Staaten nehmen zu, dies schürt Verteilungskonflikte und kann ein Auslöser für Krieg sein. Mit der Energiewende gibt es mehr Energiequellen, die nicht geopolitisch gebunden sind und allen offen stehen (wie die Sonne), was die Situation drastisch entschärft.

Doch an diese These sollte man ein paar Fragezeichen anfügen. Denn es bleiben Fragen offen: Als Alternative zu Erdöl und Erdgas sieht sich auch das Projekt „desertec“. Das Projekt wirbt offen mit friedenspolitischen Ideen, der Handel mit Strom in der Region soll zu mehr Stabilität und

Frieden führen. Frieden durch wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Und doch glaube ich beim Namen desertec kommt keine große Freude hier im Saal auf! Hinter desertec stehen 12 große Industrieunternehmen, die Hohlspiegelkraftwerke in der Sahara planen.

Solche Großprojekte zeigen einem, dass es wichtig ist zu fragen: Schafft die Energiewende neue Monopole?

Neue politische Abhängigkeiten? Wer entscheidet, ob der Strom und wie viel von desertec ins südliche Afrika fließt und wie viel nach Europa? Wer kontrolliert die großen Energiekonzerne? Die UN? Die WTO?

Aber auf der anderen Seite müssen wir ehrlich die Frage beantworten:

Ist eine dezentrale Versorgung mit erneuerbarer Energie möglich? Und zu welchem umweltpolitischen Preis? (Wasserkraft). Was sind wir bereit dafür zu zahlen? Und ist die Energieautarkie als Ziel friedensfördernd? Und wie kämpfen wir gegen lokale Verteilungskonflikte, die bei erneuerbaren Energien entstehen (Anbau Biotreibstoffe, Wasserkraft,..)

Nach all diesen nur kurz skizzierten Fragen möchte ich mich bei den Veranstaltern bedanken, dass sie ein Thema ausgesucht haben, das dringend diskutiert werden muss.



Bericht von der Podiumsdiskussion

Prof. Jürgen Scheffran, Sabine Bock,
Dr. Franz Alt, Frauke Liesenborghs und
Prof. Ernst Schimpff (vrrnl)

Bericht von Getrud Scherer

Jürgen Scheffran stellte sein Statement unter das Thema Klimawandel und Frieden. Ein ausführlicher Artikel von ihm dazu auf Seite 38. Zu Anfang ein Zitat von Carl Friedrich von Weizsäcker „Es gibt keinen Frieden zwischen den Menschen ohne Frieden mit der Natur. Und es gibt keinen Frieden mit der Natur, ohne Frieden zwischen den Menschen.“ Darin bringt von Weizsäcker auf den Punkt, dass wir das Verhältnis sowohl zu den Menschen wie auch zur Natur friedlich gestalten müssen.

Kausalkette

Wenn man die Probleme des Klimawandels in den Blick nimmt, kommt man immer wieder auf diese Kausalkette, dass die Energieversorgung CO₂-Emissionen frei setzt – alle fossilen Energieträger tun das – und diese häufen sich in der Atmosphäre an und verändern die globale Mitteltemperatur. Der Anstieg der Temperatur beeinflusst das Klima und die natürlichen Ressourcen. Da Menschen von natürlichen Ressourcen abhängen, hat das Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit und die gesellschaftliche Stabilität bis zu der Möglichkeit von Gewaltausbrüchen.



Wenn diese Kausalkette irgendwie unterbrochen wird, könnte man versuchen, zumindest die nächsten Folgen abzuschwächen. Aber es ist natürlich am besten, das am Anfang zu machen, indem man das Energiesystem umgestaltet, so dass es eben keine CO₂-Emissionen mehr frei setzt.

Klimaerwärmung und CO₂-Emissionen

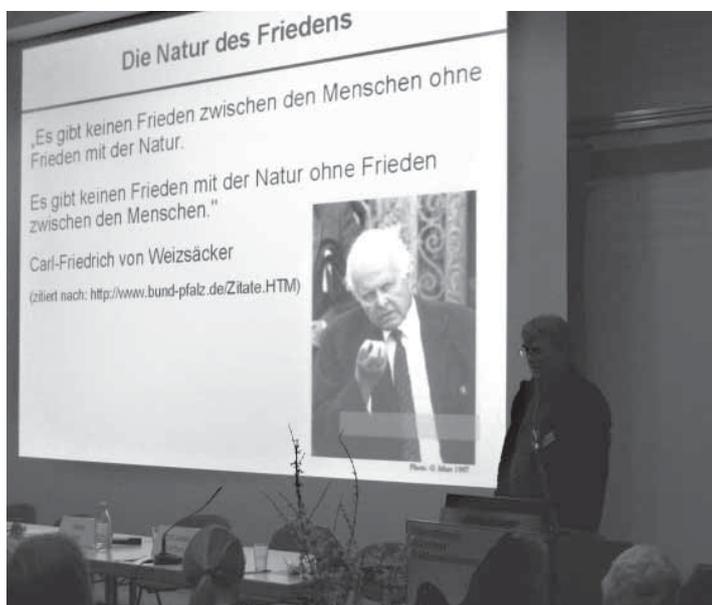
Die Frage ist natürlich, ob eine Veränderung der Gesellschaft letztlich Auswirkungen auf das Klima hat und die Gesellschaft die Kurve kriegt und CO₂-Emissionen vermeidet. In letzter Zeit sieht es nicht danach aus, denn es gab Rekordzuwächse bei den CO₂-Emissionen – trotz der Klimaverhandlungen. Es ist zu befürchten, dass das 2-Grad-Ziel nicht mehr einzuhalten ist, das von der Völkergemeinschaft vereinbart worden ist. Der Tempe-

raturzuwachs wird am Ende dieses Jahrhunderts eher bei 4 Grad Celsius oder mehr liegen.

Bisher hatten die Industrieländer die höchsten CO₂-Emissionen. China hat jetzt aufgrund seiner hohen Bevölkerungszahl etwa mit den USA gleich gezogen, sie sogar übertroffen – bezogen auf die Gesamt-, nicht auf die Pro-Kopf-Menge. Bei der Pro-Kopf-Emission liegen die USA immer noch 5 mal so hoch und Europa etwa 2 mal so hoch wie China.

Man muss bei dem ganzen Prozess berücksichtigen, dass Industrieländer bezüglich Entwicklung und Wirtschaftswachstum verständlicherweise einen Nachholbedarf haben. Aber die Industrieländer tragen natürlich die Hauptverantwortung für das Klimaproblem.

Die Projektionen für die Zukunft sind beunruhigend. Im letzten Jahrhundert betrug die globale Temperaturerwärmung etwa 0,7 Grad. Bis zum Ende unseres Jahrhunderts liegen die Prognosen zwischen 2 und 6 Grad. Für das bestmögliche Szenario, den Temperaturanstieg auf 2 Grad zu begrenzen, müssten sehr viele Faktoren zusammen kommen. Die Energiewirtschaft spielt da natürlich eine sehr große Rolle.



Konfliktpfad oder ...?

Wie wird die Menschheit auf dieses Klimaproblem reagieren? Es gibt da zwei mögliche Reaktionsmuster. Das eine nenne ich mal den Konfliktpfad: Es kommt zu mehr Sicherheitsrisiken, zu mehr Instabilitäten in den Gesellschaften und zu mehr Gewaltkonflikten um knappere Ressourcen. Das zweite Reaktionsmuster nenne ich den kooperativen Pfad, bei dem die Menschheit zusammen arbeitet, um das Klimaproblem zu bewältigen und die Folgen abzuschwächen. Dazu ist Konfliktlösung wichtig.

Zum Konfliktpfad: Seit 2007 hat es eine ganze Reihe von Studien zum Sicherheitsrisiko des Klimawandels gegeben, z.B. eine Studie des US-Militärs von 2007, die den Klimawandel als „Bedrohungsvervielfacher“ bezeichnet, d.h. dass der Klimawandel zu den bestehenden Problemfeldern und Bedrohungen der Welt noch dazu kommt und verstärkend wirkt. Eine ähnliche Sichtweise hat auch der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen“ (WBGU) 2007 angenommen, der besagt: Wenn die Klimapolitik scheitert, droht eine internationale Destabilisierung und eine Ausbreitung von Konflikten in besonders betroffenen Regionen. Dort werden die politischen Strukturen von den Problemen überfordert. Das kann auch dazu führen, dass die Militärs hier ein Handlungsfeld sehen. Ein Beispiel dafür ist die jüngste Studie der Bundeswehr „Klimafolgen im Kontext – Implikationen für Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten und in Nordafrika“, in der sie in verschiedenen Regionen Destabilisierungspotentiale und damit auch ein Handlungsfeld für die Bundeswehr sieht.

Mögliche Wechselwirkungen

Der Strahlungshaushalt der Erde wird verändert durch den Treibhauseffekt. Das hat Auswirkungen auf die natürlichen Ressourcen, etwa auf die Austrocknung der Böden und damit auf die Anbaumöglichkeiten in der Landwirtschaft. Eine Verknappung kann zu gesellschaftlichen Problemen führen. Es können aber auch Gewaltkonflikte die Ernährungslage

beeinträchtigen, so dass hier die Möglichkeit einer gegenseitigen negativen Koppelung entsteht. Wenn man einmal auf diesem Konfliktpfad ist, ist es schwer, da wieder heraus zu kommen. Wir haben diese Zusammenhänge empirisch untersucht und auch von theoretischen Aspekten her in einem Buch und in einer Fernsehsendung dargelegt, die im letzten Jahr ausgestrahlt worden ist. Dabei zeigt sich für die letzten Jahrhunderte schon ein gewisser Einfluss des Klimawandels in Konfliktsituationen. In der sog. Kleinen Eiszeit hat sich die Temperatur in Europa um 0,5 Grad gesenkt und gleichzeitig hat die Zahl der Gewaltkonflikte zugenommen. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Gewaltkonflikte durch die Temperaturveränderung alleine verursacht wurden. Wenn es aber in Europa durch die Abkühlung massive Ernteausfälle gab, hat das natürlich auch Auswirkungen auf die Existenz der Menschen.

Für die jüngere Zeit kann man das empirisch nicht so ohne weiteres sagen. Denn die Zahl der Gewaltkonflikte hat bis Ende des Kalten Krieges zugenommen – eben durch den Krieg – aber seit 1990 auch wieder abgenommen, obwohl die Temperatur in der gleichen Zeit gestiegen ist. Es gibt also keinen einfachen kausalen Zusammenhang zwischen Temperaturen und Konflikten, weil Konflikte eben viele Ursachen haben.

Gefährdungen durch den Klimawandel

Der WBGU hat vier Konfliktkonstellationen identifiziert, die zu Instabilitäten beitragen:

- Die Beeinträchtigung der Wasserversorgung durch den Klimawandel
- Die Bedrohung der Ernährungssicherheit
- Stürme und Flutkatastrophen
- Umweltbedingte Migration

Gefährdet sind vor allem afrikanische Staaten, insbesondere mit Wasser-, Ernährungs- und Migrationsproblemen. Der Mittelmeerraum und das nördliche Afrika leiden ohnehin schon unter Wassermangel;

das würde dann deutlich zunehmen, gerade bei Konflikten zwischen Nomaden und Bauern in der gesamten Sahelzone. Auch Süd-, Ost- und Zentralasien wären betroffen, vor allem an den großen Flusssystemen, die sich durch abschmelzende Himalaya-Gletscher speisen. An den Küsten in Ost- und Südostasien und in Zentralamerika kann die Zunahme von Stürmen (Hurikans, Taifune) eine Rolle spielen. Ein grundsätzliches Problem ist an allen Küsten mit den vielen großen Städten der Anstieg des Meeresspiegels. Hunderte Millionen Menschen sind davon betroffen. Germanwatch untersucht in jährlichen Berichten die Auswirkungen von Naturkatastrophen in verschiedenen Weltregionen. Die von Stürmen am meisten betroffenen Staaten liegen in Zentralasien und Südamerika. Bangladesch gehört bekanntlich zu den am meisten gefährdeten Ländern. Die Zahl der Menschen, die infolge des Klimawandels ihre Heimat verlassen, schwankt in den Untersuchungen zwischen 38 Millionen und einer Milliarde. Aber wo gehen die Flüchtlinge hin? Die wenigsten kommen in die Industrieländer; die meisten bleiben in ihren Heimatländern oder in Nachbarstaaten. Die Europäische Union benutzt Fluchtbilder, um ihre Imigrationsgesetze zu verschärfen und Abwehrinstitutionen wie FRONTEX zu errichten. Damit behandelt die EU das Fluchtproblem als eine militärische Aufgabe. Aber gerade davor muss gewarnt werden, dass der Klimawandel als ein mit Militär zu lösendes Problem angesehen wird. Man muss die Ursachen der wachsenden Migration bekämpfen, nicht die Folgen.

Wir haben die Ursachen und Folgen von Migration in der Sahelzone untersucht und zwar in den Ländern Mali, Senegal und Mauretanien. Dabei hat sich gezeigt, dass viele Menschen, die auswandern, Rücküberweisungen an zurückgelassene Familien tätigen, und die machen etwa 10 % des Einkommens dieser Länder aus. Das ist teilweise ein höherer Betrag als die Entwicklungshilfe. So zeigt sich hier auch ein positiver Aspekt der Migration.

Zusammenfassung

Der Klimawandel verursacht meist keine großen zwischenstaatlichen Kriege, sondern mehr innerstaatliche Konflikte. Ob es infolge des Klimawandels zu Gewaltkonflikten kommt, hängt davon ab, wie die Menschen mit der veränderten Situation umgehen. Das heißt wie anfällig die Gesellschaften gegenüber dem Klimawandel sind und wie sie zusammenarbeiten, ob sie kooperieren. Es gibt meist keine Daten über innerstaatliche Konflikte, sondern immer nur über zwischenstaatliche. Grundsätzlich muss man die komplexen Zusammenhänge sehen und man kann nicht nur einfach sagen: Klimawandel führt zu Krieg. Das wäre viel zu einfach. Denn die gesamte Kette, die ich am Anfang gezeigt habe, kann ja durch Politik beeinflusst werden. Auf jeder Stufe können politische Maßnahmen ergriffen werden.

Natürlich müsste zunächst einmal an der Quelle eine nachhaltige Energieversorgung Priorität haben. Allerdings gibt es auch da umstrittene Varianten wie die Bioenergie mit ihren negativen Folgen für Umwelt und Gesellschaft, die Atomenergie, die wohl die meisten von Ihnen ablehnen, oder DESERTEC. Mir ist der Hinweis wichtig, dass nicht alle erneuerbaren Energien konfliktfrei sind.

Bei der Vermeidungstechnologie geht es einerseits um mehr Effizienz, andererseits um eine schlichte Verringerung des Energieverbrauchs. Wenn der Klimawandel nicht vermieden werden kann, ist natürlich die Anpassungsfrage wichtig. Aber



36 - FK 2013

auch hier geht es um das Wie. Wer bezahlt denn z.B. die höheren Deiche? Wer schützt die Menschen vor den Folgen? Wer macht und bezahlt Katastrophenschutz? Deshalb ist auch hier zunehmend die Konfliktlösung, die Kooperation eine angemessene Strategie zur Friedenssicherung – wenn der Klimawandel nicht verhindert wird!

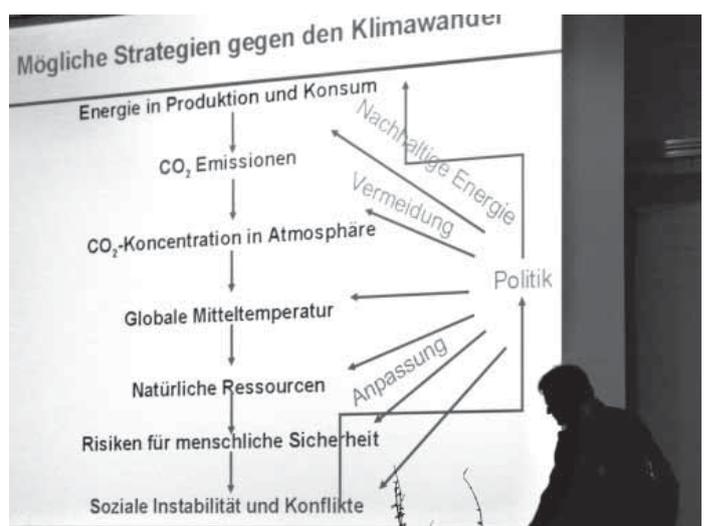
Besonders umstritten sind Strategien, die ich hier nicht unerwähnt lassen will. Es geht um ingenieurtechnische Eingriffe in das Klimasystem, etwa durch das Entfernen von CO₂ aus der Atmosphäre, indem man dieses unterirdisch speichert oder mit CO₂ Ozeane düngt. Eine andere Technik ist der Versuch, den Treibhauseffekt zu verringern, indem man Aerosole in die Atmosphäre pumpt oder Spiegel installiert. Mit solchen Maßnahmen will man in der Mitte der oben erwähnten Kausalkette eine Barriere einbauen. Je mehr der Klimawandel ungebremst weiter geht, desto mehr kommen solche ingenieurtechnischen Ideen auf. Diese sind aber selbst konfliktär und bergen Risiken in sich. Und wer bezahlt das Ganze? Welche Folgen haben solche Maßnahmen?

Deshalb ist es weit besser, das Problem an der Quelle zu lösen, nämlich den Umbau zu einer nachhaltigen Energieversorgung voran zu treiben.

Sabine Bock von Woman in Europe for a Common Future (WECF)

Eine Zusammenfassung ihres Statements:

Auf die etwas provozierende Eingangsfrage des Moderators Franz Alt „Sind Frauen die besseren Klimaschützer?“ hob Sabine Bock die unterschiedliche Einstellung hervor: Frauen äßen weniger Fleisch, seien wesentlich vorsichtiger gegenüber Hochrisikotechnologie bei Lösungen



wie Kohlenstoffspeicherung und allgemein seien sie weniger technikgläubig als Männer. Denn sie hätten durch die Rollenverteilung einen anderen Alltag. Sie seien die großen Leidtragenden der globalisierten Welt und hätten weniger Zugang zu Geld. Nach Bocks Angaben sind 70 % der Armen in dieser Welt weiblich. Sie leiden mehr unter dem Klimawandel als Männer. Wenn man zu einem nachhaltigen Klimaschutz kommen will, müsse in diesem Bereich auch die Genderfrage mehr erforscht werden.

Die WECF arbeiten sehr viel zusammen mit Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsorganisationen und dabei zeigt sich, wie sehr die verschiedenen Gruppierungen das Thema Gerechtigkeit verbindet. Sabine Bock betonte, dass wir ganz wichtige Jahre vor uns hätten, denn wir hätten nicht mehr allzu viel Zeit, wenn wir die Klimaerwärmung doch noch unter 2 Grad halten wollen - und das sei ja unser Ziel. Die WECF hoffen sogar, nicht über 1,5 Grad hinaus zu kommen, eine Marge, die vor allem von den Pazifikländern gefordert wird. Denn diese leiden schon jetzt wahnsinnig unter dem Klimawandel. Diese Begrenzung des Klimawandels geschehe aber nicht nur so von alleine, sondern bedarf großer Anstrengungen von allen Seiten. Sie sprach von der Verantwortung der Industrieländer für den Klimawandel wegen des Jahrzehnte langen Verbrauchs fossiler Brennstoffe und von der erforderlichen Klimagerechtigkeit bei den Klimaverhandlungen mit den Nicht-Industriestaaten. Die-

se Länder bräuchten Unterstützung bei der Finanzierung, der technologischen Entwicklung und für die Bildung in der eigenen Bevölkerung, damit alle gemeinsam an einer Welt arbeiten können, in der alle Menschen Zugang zu atom- und fossilfreier Energie haben können.

Die eigene Arbeit erläuterte Sabine Bock anhand von Bildern. WECF ist besonders in Osteuropa, Asien und im Kaukasus tätig. Damit hängt auch die extreme Ablehnung der Kernenergie zusammen. Ein Bild zeigt die großen Flächen radioaktiv verseuchten Waldes im Ural rund um den Ort des großen Atomunglücks von Majak. In dieser Gegend gibt es sehr viele Menschen mit Behinderungen. Deshalb tritt WECF bei den internationalen Klimakonferenzen dafür ein, dass für die Atomenergie keinerlei Unterstützung und Förderung beschlossen werden darf. Weitere Bilder gaben einen Einblick in häusliche Konflikte in Familien, die keinen Zugang zu Geld und Einkaufsmöglichkeiten haben und für den Lebensunterhalt ganz auf ihre kleine Landwirtschaft angewiesen sind. Wenn allerdings die Ernte durch Dürre oder Überschwemmungen verdorben ist, dann ist Hunger und Leid in der Familie vorprogrammiert. Ein weiteres Bild zeigt eine Demonstration der „Klimaallianz“ in Deutschland unter Teilnahme verschiedener für die Umwelt aktive Gruppen. Es verweist auf die Notwendigkeit, dass unterschiedlich engagierte Menschen überall gemeinsam und vernehmbar eine nachhaltige Umweltpolitik fordern. Der Ausbau der Solarenergie v.a. in Bayern zeigt, wie erfolgreich bürgerliches Engagement sein kann.

In den Partnerprojekten von WECF in Georgien, Kirgisistan und der Ukraine spielt der Solarstrom eine wichtige Rolle. Eine deutsche Firma hat einen Solarkollektor entwickelt, bei dem die Leute vor Ort mit lokalen Mitteln eine Solaranlage für Heizung und Warmwasser bauen können. Solche Projekte mit einer Verknüpfung der lokalen und der internationalen Ebene sind nicht zuletzt ein Signal für die Politik für globale Zusammenarbeit. Zum Schluss ermutigte Sabine Bock die

Anwesenden, in ihrem eigenen Engagement nicht nachzulassen, weil auch wir, die Zivilgesellschaft, Teil des Wandels sind.

Frauke Liesenborghs: Global Challenges Network (GCN)

„GCN sieht in der Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppierungen eine notwendige Voraussetzung für lösungsorientiertes Handeln. Das heißt, idealerweise arbeiten Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Initiativen und engagierte Bürgerinnen und Bürger in ausgewählten Projekten interdisziplinär. Allen Institutionen und Projekten gemeinsam ist die Absicht, einen konkreten Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Lebens(um)welt zu leisten.“

So stellt sich GCN auf seiner Internetseite vor.

GCN wurde 1987 von Hans Peter Dürr gegründet. Frau Liesenborghs arbeitet dort seit 20 Jahren mit. Dürr und seinen MitarbeiterInnen geht es um die Frage: „Wie wollen wir einfach leben? Was brauchen wir zum Leben?“ Es geht also weniger um die Energieeinsparung als um die Energieeffizienz.

Um zu ermitteln, wie viel wir tatsächlich verbrauchen, wurde bei GCN ein Fragebogen erstellt. Da hieß es zum Beispiel: Esse ich Tiefgekühltes? Welche Getränke konsumiere ich? Gehe ich oft ins Restaurant? Den Lebensbereich der Ernährung nach allen möglichen Fassetten abzuklopfen, war für Frau Liesenborghs vor 20 Jahren ein Erlebnis.

Am Beispiel des „Wasserburger EnergieDialogs 20 50“, bei dem sie selbst mitarbeitet, zeigte sie das fruchtbare Zusammenspiel von engagierten BürgerInnen, Fachleuten und PolitikerInnen bei dem Bemühen, den CO₂-Ausstoß auf lokaler Ebene zu senken.

Als eine kleine Gruppe namens „Rio konkret“ mit der Idee an den Wasserburger Bürgermeister herantrat, erlebte sie offene Ohren. Es gelang, engagierte Menschen zu

gewinnen, die das Projekt-Komitee gründeten: einen Vertreter aus dem Bürgermeister-Büro, den Umweltbeauftragten einer Schule, zwei Ingenieure der „Rio-konkret-Gruppe“ mit Frau Liesenborghs als Moderatorin. Sie betonte, wie wichtig es für eine erfolgreiche regionale Arbeit von Bürgerinitiativen sei, mit der kommunalen Politik zusammen zu arbeiten. So wurden viele verschiedene Einzelprojekte auf den Weg gebracht, etwa zu den Themen Regenerative Energieerzeugung, Licht- und Stromsparen, Heizung und Gebäude, Lebensstil und Lebensmittel mit dem Schwerpunkt Lebensqualität.

Zwei Punkte nannte Frauke Liesenborghs, die den Wasserburger Energiedialog 20-50 begünstigten: die überschaubare Größe der Stadt und die Tatsache, dass dort auch Bürger mit Geld lebten. Sie meinte allerdings, dass in Münchner Stadtvierteln ähnliche Strukturen zu finden seien.

Zum Schluss ein Ausblick von Hans Peter Dürr auf der Website von GCN:

„In unserer Welt ist alles mit allem in einer nichtvollständig erfassbaren Komplexität miteinander verbunden. Der Mensch ist Teil dieser vernetzten Welt, in der sich sein individuelles Verhalten auf die Gesamtsituation auswirkt.“

Durch Kooperation, Vernetzung und Informationsaustausch der Zivilgesellschaft können vorhandene Potentiale und damit die Zukunftsfähigkeit der Menschheit und der Ökosysteme gesichert werden.

Dafür ist es notwendig, dass Menschen selbständig denken, persönliche Verantwortung übernehmen und Institutionen schaffen, welche die Zukunftsfähigkeit kontrollieren und sich innerhalb der Zivilgesellschaft vernetzen.“

Ernst Schrimppf von der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Solarinitiativen

Die AG bayerischer Solarinitiativen begann 1990 mit 3 Bürgerinitiativen; inzwischen zählt diese AG mehr als 120. Das sind im Einzelnen

Vereine, Agenda 21-Gruppen, solche vom Bund Naturschutz und verschiedene Energie-Gruppen, die nun seit 23 Jahren zusammen arbeiten und Strategien entwickeln, wie die Energiewende voran zu bringen ist. In den letzten zwei Jahren kam als neuer Schwerpunkt die Windenergie dazu. Auch Bioenergie und die anderen erneuerbaren Energien sind Thema. Bei der Einführung des Erneuerbaren Energie Gesetzes (EEG) im Jahr 2000 standen bereits 40 % der deutschen Solaranlagen auf bayerischen Dächern. Die Hauptträger dieser positiven Entwicklung waren die einzelnen Solarinitiativen. Die AG bildet dabei einen losen Verband, in dem die Einzelinitiativen kooperieren und sich gegenseitig befruchten.

1997/98 arbeitete die AG schon an einem EEG für Bayern. Sie wollte dieses zunächst als Volksbegehren durchsetzen. Stattdessen wurde dieses Gesetzeswerk aber zu einer ersten Vorlage für das bundesweite EEG. „Insgesamt haben wir die Energiewende in Bayern und auch in Deutschland relativ gut voran bringen können“ resümierte Herr Schrimppff sein Eingangsstatement.

Zur Frage nach den Chancen der Windenergie in Bayern meinte er, dass sie – wenn von Politik und Bevölkerung akzeptiert – technisch und rein rechnerisch den gesamten bayerischen Strombedarf alleine abdecken könnte. Das heißt Offshore-Strom, der Bau von großen Stromtrassen, also der Energietransport von der Nordsee nach Bayern wäre völlig überflüssig. Zur Akzeptanz von Windrädern legt er Wert auf eine ästhetische Gestaltung, verwies aber auch auf den großen Widerstand seinerzeit gegen die holländischen Windmühlen, die wir heute so nostalgisch betrachten. Unsere Bevölkerung, die seit 100 Jahren keinen Bau von Windanlagen erlebt hat, müsse für die neue Technologie mitgenommen werden. Als wesentliches Element dabei bezeichnet er die „Bürger-Windanlagen“, bei denen sich die Menschen an der Planung und Finanzierung selbst beteiligen können. Mit Beispielen aus dem Landkreis Freising und dem

Raum um Hof belegte er den Umschwung in der Akzeptanz bei der Bevölkerung, auch bei traditionellen CSU-Wählern. Von der Gemeinde Wilpoldsried wusste er zu berichten, dass diese 550% ihres eigenen Strombedarfs mit Windkraft produziert und den Überschuss verkauft.

Frau Liesenborghs griff das Beispiel Wilpoldsried auf. Der Wasserburger Energie-Dialog hatte einen Ausflug dorthin gemacht und sie schilderte nun die Erfahrungen, die ihre Gruppe mit dem Exportkonzept dieser Gemeinde gemacht hat. Die Wilpoldsrieder spekulieren nach ihren Informationen mit ihrem „sauberen“ Strom an der Börse und fragen dabei verständlicherweise nicht nach einer ethischen Anlage von Spekulationsgewinnen. Eine gefügte Bereicherung am kapitalistischen Wirtschaftssystem?

Herr Schrimppff gab Frau Liesenborghs recht. Es werde übertrieben in der Frage der Kommerzialisierung, des Gewinnstrebens und auch der Gier. Auch mit regenerativer Energie könne man Unsinn anstellen. Das Thema „Genügsamkeit“ sei dort noch nicht angekommen.

Die Gier ist nach Schrimppff eine allgegenwärtige Antriebsfeder unseres heutigen Wirtschaftens und Gier treibe uns auch in Kriege. Mit der Aussage verknüpft er auch eine ethische Frage: Das Problem Krieg oder Frieden sei nicht nur bei der Sicherheitskonferenz anzusiedeln, sondern genau so bei uns selbst. Wie leben wir? Mit welcher Suffizienz, mit welcher Genügsamkeit? Wer aber kann sagen, was „genug“ ist? Sicher nicht der Wirtschaftswissenschaftler oder die Politik, bei der das stete Wachstum der höchste Wert ist. Wo findet sich in einer reichen Welt der Sinn für das „Wir haben genug“? Es ist aber eine andere Orientierung möglich. Dafür nannte Schrimppff den Staat Butan, in dem das Glück der Menschen im Vordergrund stehe, nicht eine wachsende Wirtschaft.

Anschließend kam Schrimppff zu der Frage, wie jeder von uns auf den bedrohlichen Klimawandel reagieren kann. Dazu vier Handlungsfelder:

1- die Suffizienz mit der Frage: „Brauche ich das, was so selbstverständlich erscheint, wirklich – einen Fernseher, ein Handy, ein eigenes Haus?“ Jeder und Jede von uns muss sich solche Fragen immer wieder stellen. Wenn wir dabei ehrlich sind, können wir zu einem viel niedrigeren Anspruchsdenken kommen.

2- Die Effizienz heißt im Alltag praktisch: Mit Energie sparsam umgehen. Durch die sprudelnden Erdölquellen haben wir eine gigantische Verschwendung von Energie gelernt. Da müssen wir umdenken.

3- Eine für Schrimppff besonders wichtige Forderung ist der Weg von der zentralen zur dezentralen Energieversorgung. Den Ansatz von DESERTEC hält er für völlig falsch. Das ist für ihn ein neokoloniales Projekt, bei dem wir Flächen in afrikanischen Ländern für uns in Anspruch nehmen. Dazu kommt der Bau neuer breiter Trassen. Stattdessen muss die lokale, regionale Energieversorgung gefördert werden, Solaranlagen auf dem eigenen Haus, Windanlagen in der Region, bei denen die BürgerInnen mitgestalten und mitbestimmen können.

4- Für Schrimppff steht von der Bedeutung her an zweiter Stelle eine neue Landwirtschaft – weg von der Agro-Industrie, von der Massentierhaltung, von Mineraldünger und Spritzmitteln, die tödlich wirken. Hin zu einem naturnahen Landbau, bei dem all das nicht nötig ist. Wir müssen uns aus dem Druck der Industrie, die ja durch Kohle und Erdöl forciert worden ist, langsam lösen und ein neues Industriedenken entwickeln mit angepassten Technologien.

Abschließend skizzierte Schrimppff zwei Strategien zur Lösung des Klimaproblems: Den vollständigen Stopp der CO₂-Emissionen und das Zurückholen des Kohlestoffs aus der Atmosphäre.

Zum einen die Null-Emissions-Technologie, zum Beispiel Elektromobile. Oder nicht nur Abschied von der fossilen und atomaren Energie, sondern auch von der fossilen Chemie, also Kohle-Chemie. Oder die Verringerung des Fleischkonsums. Könnten

wir den in Deutschland halbieren, würden wir 30 % des Bodens für Futtermittelanbau frei bekommen.

Zum anderen das Herausholen des Kohlestoffs aus der Atmosphäre. Ein Weg dazu wäre die großflächige Aufforstung oder gleich die natürliche Wiederbewaldung zuzulassen. Ein anderer Anbau von tiefwurzelnder Mischfrucht – also weg von den Monokulturen in der Landwirtschaft. Oder den Humusaufbau im Boden stärken durch naturnahen Landbau ohne Mineralien. All das sind machbare Begrenzungswege für den Temperaturanstieg ohne Risikotechnologien.

Ergänzungen aus der Diskussion

In der Diskussion wurde **Ernst Schripff** nach den aktuellen Möglichkeiten der Energiespeicherung gefragt. Er sieht hier zwei Wege:

- Die Überschüsse bei der Stromerzeugung durch Sonne und Wind können durch Elektrolyse in Wasserstoff verwandelt werden, und dieser Wasserstoff wiederum mit Hilfe von Kohlendioxid z.B. aus Biogasanlagen kann in Methan verwandelt werden, welches sich ins Erdgas-Netz einspeisen lässt. Das Gas kann dann beliebig für Strom, Wärme oder Mobilität verwendet werden. Dieses System wird „Power to Gas“ genannt, also „Strom in Gas“. Auf diese Weise entsteht ein sehr großer Langzeitspeicher. Das deutsche Erdgas-Netz könnte uns vier Monate lang mit der erforderlichen Energie versorgen. Die Kurzzeitspeicher werden Batterien und Akus sein, die kurzzeitige Tagesschwankungen in der Energieversorgung überbrücken können.

- Daneben haben wir aber einen riesigen natürlichen Energiespeicher in der Photosynthese der Pflanzen. Wenn wir mit einem kleinen Teil von riesigen Energiemengen vorsichtig und maßvoll umgehen, gewinnen wir z.B. in Blockheizkraftwerken sowohl Strom wie auch Wärme für die Zeiten, in denen Sonne und Wind nicht genügend Energie zur Verfügung stellen. In Deutschland stehen Blockheizkraftwerke, die 70 Megawatt Strom liefern könnten,

still. Herr Schripff ist überzeugt, dass diese zukunftsfähigen Systeme kommen werden.

Er ging des Weiteren auf die Frage nach der Konkurrenz zwischen Energiepflanzen und Nahrungsmittelpflanzen ein und meinte zunächst einmal, dass die Teller-Tank-Diskussion von den Gegnern der erneuerbaren Energie brillant in die Debatte gebracht worden sei, diese Konkurrenz aber tatsächlich nicht bestehe.

Er betonte, dass in Deutschland auf 60 % der Ackerfläche Futtermittelanbau betrieben werde. Wenn wir uns an die Hälfte unseres durchschnittlichen Fleischkonsums gewöhnen könnten, seien 30 % der Ackerfläche frei. Da könnte Bioenergie produziert werden.

In Afrika lägen 2/3 der Ackerfläche brach, weil die einheimische Landwirtschaft mit den bei uns subventionierten und nach Afrika exportierten billigen Nahrungsmitteln nicht konkurrieren könne. Die afrikanischen Bauern produzieren so nur für ihren Eigenbedarf und nicht für den Markt – weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Schripff schlussfolgerte daraus, dass für die Landwirtschaft tatsächlich noch große Flächen zur Verfügung stünden, wenn anders, wenn nachhaltig gewirtschaftet und konsumiert würde.

Zur Wasserversorgung wies Schripff auf die gut handbaren technischen Möglichkeiten hin, Salzwasser in Trinkwasser umzuwandeln, was die künftige Bewirtschaftung großer Flächen – selbst in Wüstenregionen – ermöglichen könnte.

Schripff betonte, dass wir von dem Knappheitsdenken, das die fossile Wirtschaft uns angewöhnt habe, wegkommen und in ein Denken in Fülle umsteigen müssen. Die Solarenergiewirtschaft wird „Fülle“ sein, meint er.

Auch einige Ergänzungen von **Jürgen Scheffran** in der Diskussionsrunde seien hier noch erwähnt. Er ging auf den Zusammenhang zwischen Frieden und Zufriedenheit

ein. Dass Zufriedenheit eine wichtige Voraussetzung von Frieden ist, habe zwei Gründe:

- Erstens wenn jemand zu wenig zum Leben habe, also unter dem Existenzminimum leben müsse, will er/ sie diese Situation ändern. Wenn dies nicht über eine Verständigung bzw. über Verhandlungen läuft, kann es zum Konflikt kommen.

- Zweitens die Gier, d.h. jemand hat eigentlich schon genug, will aber immer mehr haben, immer mehr Ressourcen in Anspruch nehmen. Das führt zu permanenter Unzufriedenheit.

In der Forschung über Ressourcenkonflikte sind das zwei wichtige Faktoren. Der Ressourcenmangel führt zum Verbrauch der letzten vorhandenen Ressourcen, was die Umwelt belastet. Ressourcenüberschuss dagegen bedeutet, dass immer mehr Reichtum erzeugt wird, der von immer weniger Menschen beherrscht wird.

Dies führte zu dem Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Frieden. Nachhaltige Politik will einen vernünftigen Umgang mit Ressourcen. Die Produktionsrate muss also die natürlichen Ressourcen berücksichtigen. Überschreitet man diese Rate, zerstört man die Ressourcen. Nachhaltige Entwicklung und Friedenssicherung gehen also in die gleiche Richtung. Womit sich der Kreis schließt zum Eingangszitat von Carl Friedrich von Weizsäcker : Zufriedenheit zwischen den Menschen und Zufriedenheit mit der Natur gehören eng zusammen.

In seinem Schlusswort beleuchtete Scheffran den Politik-Begriff. Zu einem erweiterten Politik-Begriff gehörten für ihn auch die Entscheidungen an der Basis. Die Partizipation an demokratischen Entscheidungsprozessen beschränke sich nicht auf die Stimmabgabe bei Wahlen, sondern beinhalte auch die Beteiligung an lokalen Entscheidungsprozessen, die Teilnahme an Demonstrationen und den Widerstand gegen ungerechte Entscheidungen. Auch das sei Politik.

Konflikt und Kooperation im Klimawandel

Jürgen Scheffran



Dieser Beitrag wurde veröffentlicht in: D. von Quistorp (Hg.), Kirche schützt Klima, Wiesbaden/Berlin, fenestra Verlag, S. 51-60

Konfliktpotenziale des Klimawandels

Die menschengemachte globale Erwärmung ist eine der großen Herausforderungen für die Zukunft der Menschheit. Der vierte Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change von 2007 und der jüngste Sonderbericht von 2012 zu Extremwetterereignissen haben die Risiken aufgezeigt. Während die naturwissenschaftlichen Aspekte des Klimawandels vergleichsweise gut untersucht wurden, bestehen noch größere Forschungsdefizite hinsichtlich der sozialen Auswirkungen. Seit einigen Jahren sind die Sicherheitsrisiken und Konfliktpotenziale des Klimawandels in den Blickpunkt gerückt, sind bislang aber noch wenig verstanden. Da die globale Erwärmung erst im Frühstadium ist und die Folgen schwer nachzuweisen sind, ist vieles noch spekulativ. In jüngster Zeit gab es eine Reihe von empirischen und theoretischen Untersuchungen, um die Zusammenhänge besser zu verstehen (siehe die Literaturangaben). Der Schlüssel ist dabei die Frage, wie Mensch und Gesellschaft auf den Klimawandel reagieren.

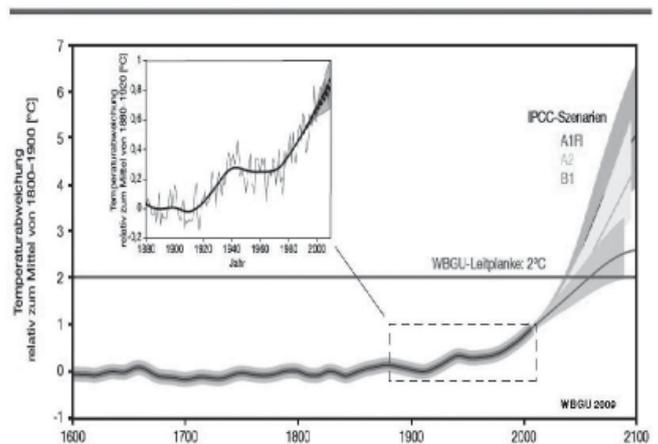
Wenn die globale Erwärmung nicht verhindert werden kann und zur Beeinträchtigung natürlicher Ressourcen führt, die für die Existenz und die Bedürfnisbefriedigung von Menschen von elementarer Bedeutung sind, so zwingt dies die betroffenen Menschen dazu, zu handeln und

ihre Lebensumstände zu ändern bzw. anzupassen. Das Spektrum möglicher Handlungen reicht von Flucht oder Gewalteininsatz bis zur Zusammenarbeit der Betroffenen. Umgekehrt können Konflikte die Verfügbarkeit und Nutzung natürlichen Ressourcen beeinträchtigen, was zu einem Teufelskreis mit sich gegenseitig verstärkenden Rückkopplungen führen kann.

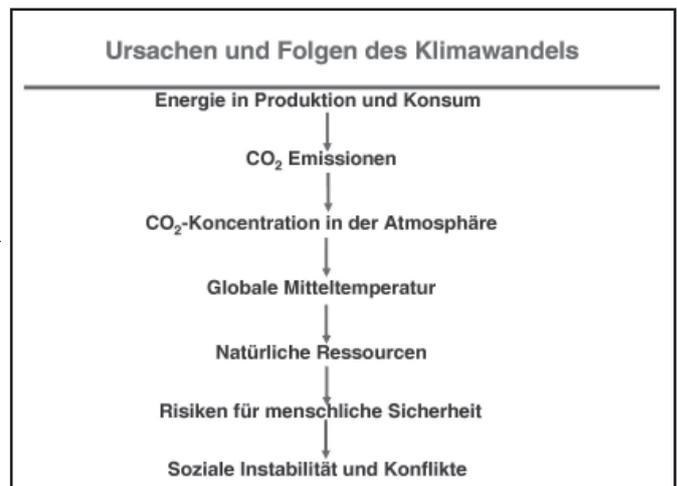
Verschiedene Konfliktfelder sind im Kontext des Klimawandels möglich, die ein unterschiedliches Ausmaß an Konfliktintensität aufweisen. In der Anfangsphase der Klimadebatte stand der Streit um die naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels im Vordergrund, der mit der Veröffentlichung von Emails britischer Klimaforscher 2009 neue Nahrung erhielt. Am anderen Ende des Spektrums stehen durch Klimafolgen ausgelöste oder verstärkte Gewaltkonflikte, bei denen die Lebensgrundlagen

der Menschen auf dem Spiel stehen. Im Zwischenbereich mittlerer Konfliktintensität gibt es Konflikte um die Frage, wie Klimawandel verhindert

Entwicklung der globalen Mitteltemperatur



und was dagegen getan werden kann. Die Fundamentalopposition der Republikaner in den USA und das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen 2009



zeigen, welche Widerstände es gegen konkrete klimapolitische Maßnahmen gibt. Dass diese selbst zum Konfliktgegenstand werden können, zeigt sich an der Auseinandersetzung um den Einsatz der Kernenergie zur Vermeidung des Klimawandels oder an der Debatte um die Folgen der Bioenergie für Landnutzung, Ernährung und Ökosysteme. Besonders konfliktträchtig erscheinen ingenieurtechnische Eingriffe in das Klimasystem (Geoengineering oder Climate Engineering), um die Wirkung von CO₂-Emissionen abzuschwächen. Beispiele sind das Entfernen von CO₂ aus der Atmosphäre und die unterirdische Speicherung oder die Beeinflussung des Strahlungshaushalts der Erde durch das Ausbringen von Aerosolen.

Wenn der Klimawandel bereits eingetreten ist, können Konflikte darüber ausgetragen werden, wie Schäden begrenzt und welche Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, wer sie finanziert und wem geholfen werden soll. Beispiele betreffen etwa den Bau von Deichen und das Katastrophenmanagement. Damit verbunden sind Fragen, wie die Kosten und Risiken des Klimawandels oder des Klimaschutzes verteilt werden und wie damit verbundene Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen gelöst werden. Diese strittigen Themen bestimmen die internationalen Klimaverhandlungen. Angesichts der verschiedenen Konfliktfelder wäre es angemessen, Konfliktlösungskonzepte in die Klimaverhandlungen zu integrieren.

Klimawandel als Sicherheitsrisiko?

Seit dem Jahr 2007 gibt es eine wachsende Zahl von Studien über den Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheit. Eine Studie von ehemaligen Generälen und Admirälen der USA im April 2007 bezeichnet den Klimawandel als einen Bedrohungsverstärker, der ohnehin schon bestehende Risiken weiter verschärft. In besonders fragilen Regionen könne dies zum Scheitern von Staaten führen und die Voraussetzungen von Gewalt schüren.

Eine entsprechende Sichtweise wird auch in einem Bericht von EU-Hochkommissar Javier Solana für die europäische Kommission vertreten. Klimawandel gilt hier ebenfalls als Bedrohungsverstärker, der Staaten in ihrer Problemlösungsfähigkeit überfordert. US-Präsident Obama

del zu mehr Dürren, Hungersnöten und Flüchtlingen führe, die über Jahrzehnte mehr Konflikte schüren werden. Allerdings gibt es durchaus einen intensiven wissenschaftlichen Disput über die Frage, ob Klimawandel zu mehr Konflikten führt.



äußerte in seiner Nobelpreisrede von 2009, es sei wissenschaftlich kaum zu bestreiten, dass der Klimawandel

Die bislang ausführlichste Untersuchung zu den Sicherheitsrisiken des Klimawandels wurde 2007 vom

Zusammenhänge von Klimawandel und Gewaltkonflikten

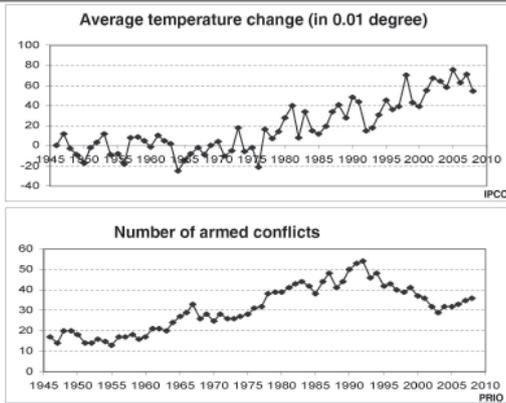
- In historischen Zeiträumen Konflikthanfälligkeit gegen Klimavariabilität
- Jüngere Daten zeigen widersprüchliche Verbindungen
- Wahrscheinlicher als zwischenstaatliche Kriege sind lokale Gewaltkonflikte zwischen substaatlichen Gruppen.
- Konflikthäufigkeit und –intensität hängen ab von Verwundbarkeit, Anpassungsfähigkeit und Strategien in jeder Region ab.
- Klimawandel kann nicht nur mehr Konflikte auslösen, sondern auch mehr Kooperation.
- Die Datenlage ist unzureichend und muss verbessert werden, auch mit Blick auf konkrete Fallstudien.
- Fokus auf konkrete Konfliktpfade und komplexe Zusammenhänge

wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung globale Umweltveränderungen (WBGU) durchgeführt. Gegründet auf einer Risikoanalyse,

es dabei nicht um Kriege zwischen Staaten, sondern um Bürgerkriege, in denen substaatliche Gruppen Hauptakteure sind.

Menschen das Leben gekostet haben. Wenn Menschen aufgrund von dramatischen Umweltveränderungen und Katastrophen in andere Regionen flüchten, kann es dort zu Konflikten mit der heimischen Bevölkerung kommen.

Temperaturveränderungen und bewaffnete Konflikte seit 1945



Ausgehend von dieser Analyse früherer Konflikte, hat der WBGU vier verschiedene Konfliktkonstellationen identifiziert: Wasserkrise, Bedrohung der Ernährungsicherheit, Stürme und Überschwemmungen, umweltbedingte Migration. In vielen Erdteilen sind Wasserressourcen knapp, und mehr als 1 Milliarde Menschen verfügen über zu wenig

Trinkwasser. Durch den Klimawandel würde die Wasserkrise weiter verschärft, Dürrezonen können sich ausbreiten. Fast eine Milliarde Menschen leiden an Ernährungsproblemen, und die Zahl stieg in den letzten Jahren. Steigende Lebensmittelpreise verstärkten in Teilen der Welt soziale Unruhen, insbesondere in arabischen Ländern. Bemerkenswert ist die Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen, die zahlreiche

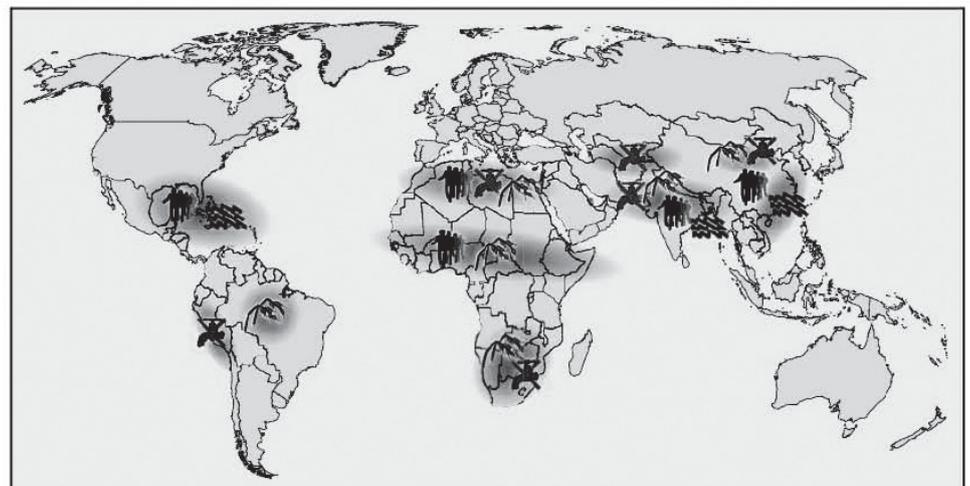
kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass ohne ein Gegensteuern der Klimawandel zu Gewalt und Destabilisierung von Gesellschaften beitragen könne. Zu den ohnehin schon bestehenden Konfliktfeldern in der Welt komme der Klimawandel noch hinzu und könnte sie in negativer Weise verstärken, besonders in den Weltregionen, in denen heute schon Konflikte besonders virulent sind. Hierzu gehören Zentral- und Ostafrika, und die Region vom Nahen Osten bis Südostasien, sowie Latein- und Zentralamerika.

Weniger klar ist, inwieweit diese Risiken, die die Sicherheit von Menschen unmittelbar berühren, auch zu Konflikten führen. Eine Ende 2009 erschienene Untersuchung von Wissenschaftlern in den USA leitet aus der statistischen Analyse von Daten zu Temperatur, Niederschlägen und Konflikthäufigkeit für den Zeitraum 1980 bis 2002 ab, dass aufgrund

Eine Weltkarte des WBGU zeigt mögliche Klima-Brennpunkte (Hot Spots) in verschiedenen Regionen, die wahrscheinlich von diesen Konfliktkonstellationen betroffen sein werden. In einigen Hot Spots können mehrere Konfliktfelder zusammen treffen und sich verstärken, so in großen Teilen Afrikas, wo Konflikte um Wasser, Land und Migration erwartet werden. In Südasien können Stürme und Flutkatastrophen zusammen mit Ernährungsproblemen und Umweltmigration als Konfliktfaktoren wirken.

Sicherheitsrisiken und Konfliktkonstellationen in Klima-Hotspots

Bei einigen dieser Konflikte sind Umweltveränderungen und natürliche Ressourcen relevante Konfliktfaktoren. Eine Studie von Adelphi Research in Berlin identifizierte 73 Konflikte für den Zeitraum 1980 bis 2005, in denen Wasser, Landnutzung und Ernährung, Fischerei und Biodiversität Konfliktfaktoren waren. In Afrika etwa geht es bei vielen Konflikten um Wasser und Land als knappe Ressource, während in Latein- und Zentralamerika Land und Biodiversität im Brennpunkt stehen. Meist geht



Konfliktkonstellationen in ausgewählten Brennpunkten:



Klimabedingte Degradation von Süßwasserressourcen



Klimabedingter Rückgang der Nahrungsmittelproduktion



Brennpunkt



Klimabedingte Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen



Umweltbedingte Migration

Source: WBGU 2007

der Erwärmung in Afrika südlich der Sahara bis 2030 rund 50% mehr bewaffnete Konflikte auftreten könnten. Eine kritische Betrachtung der Daten zeigt allerdings, dass das Ergebnis ganz anders ausgefallen wäre, wenn die Datenbasis bis 2008 verlängert worden wäre. Aufsehen erreichte eine Veröffentlichung in der Fachzeitschrift Nature im August 2011, die belegt, dass in Jahren des El Nino in der südlichen Hemisphäre statistisch signifikant mehr bewaffnete Konflikte auftraten. Andere Untersuchungen zeigen widersprüchliche Ergebnisse, was darauf hinweist, dass die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Konflikten komplex sind.

Auch wenn die kausalen Zusammenhänge bislang noch nicht hinreichend verstanden sind, wird zunehmend deutlich, dass menschliche Gesellschaften empfindlich gegenüber Klimaschwankungen sind. Die Folgen könnten dann dramatisch werden, wenn kritische Umkipppunkte im Klimasystem erreicht werden. Ein abrupter Klimawandel könnte auch die Fähigkeit der stärksten Staaten und Gesellschaften überfordern, die Probleme zu bewältigen.

Regionale Brennpunkte u. Konfliktkonstellationen

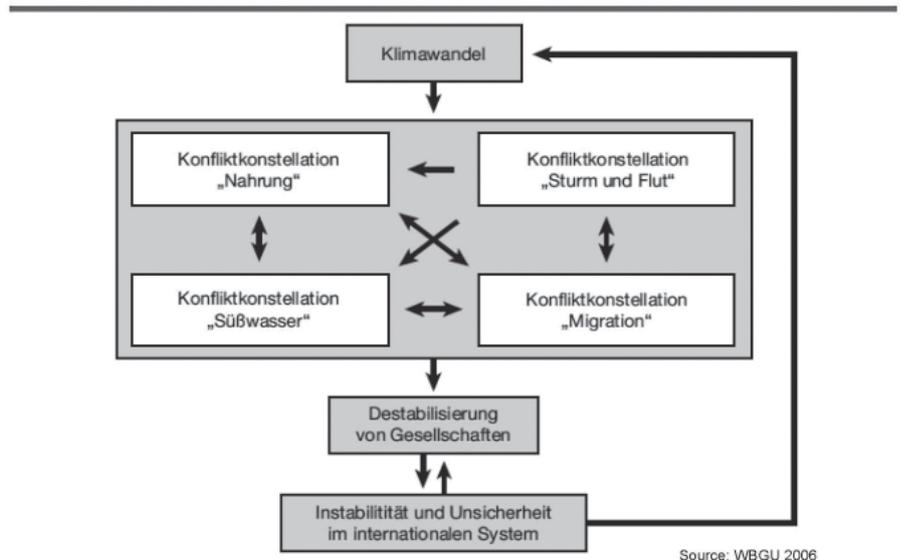
Neben der Untersuchung einer großen Zahl von Ereignissen kann die Analyse einzelner Fälle dazu beitragen, die verschiedenen Kausalfaktoren von Konflikten und ihre komplexe Wechselwirkung in den Blick zu nehmen. Ein Beispiel sind Landnutzungskonflikte in Afrika aufgrund von klimabedingten Niederschlagsänderungen, die die Bodenqualität beeinträchtigen und zu einer Zunahme von Dürren führen können. Dies verschärft in Teilen Afrikas den Konflikt zwischen Hirtenvölkern und Bauern. Ein Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen etwa sieht in Darfur ein tragisches Beispiel für den Zusammenbruch einer Gesellschaft als Folge von Umweltveränderungen. Wie stark der Einfluss des Klimawandels in Darfur ist, bleibt allerdings umstritten, denn hier kommen viele andere Faktoren zusammen, und es ist schwer, die

Bedeutung des Umweltfaktors zu isolieren.

Dies zeigt sich auch bei Wasserkonflikten in Nahost. Einige Klimamodelle und -szenarien sagen voraus, dass die Wasserversorgung der Flüsse Jordan, Euphrat und Nil durch die Klimaveränderung be-

In einigen Regionen ist eine große Zahl von Menschen potentiellen Katastrophenrisiken ausgesetzt. So ist als Folge des Temperaturanstiegs mit heftigeren und häufigeren Stürmen zu rechnen, vor allem in Küstenregionen in Südasien, Ostasien, Zentral- und Lateinamerika. Bangladesch war in der Vergangenheit häu-

Klimakonflikte als Treiber internationaler Destabilisierung



Source: WBGU 2006

einträchtigt wird, was wiederum die dortige Konfliktlage zwischen den Staaten verschlimmern könnte. Dies betrifft insbesondere den Krieg zwischen Israel und den arabischen Nachbarn. Die israelischen Siedler haben einen deutlich höheren Wasserverbrauch als die Palästinenser, was durch die militärische Stärke Israels abgesichert wird. Beim Nil beansprucht Ägypten historische Wasserrechte und verfügt über mehr Machtmittel, um seine Ansprüche gegenüber Staaten am Oberlauf des Nils durchzusetzen, die einen wachsenden Wasserverbrauch haben. Angesichts eines hohen Wirtschaftswachstums und eines starken Bevölkerungswachstums in der Region, nimmt die Wassernachfrage deutlich zu, wodurch besonders Ägypten unter starkem Problemdruck steht. Wenn der Klimawandel noch dazu kommt, könnte es einerseits die Konfliktlage verschärfen, aber andererseits auch den Druck erhöhen, um im Rahmen der Nile Basin Initiative zu einer kooperativen Lösung zu kommen.

fig von tropischen Zyklonen bedroht, die weit ins Land hineinreichen. Dabei kamen hunderttausende von Menschen ums Leben, andere flohen ins Landesinnere oder in Nachbarstaaten, wo sie zur Konfliktlage beigetragen haben.

Solche Risiken werden bei einem Anstieg des Meeresspiegels noch an Bedeutung gewinnen. Viele große Städte der Erde liegen an Meeresküsten, viele davon in den Mündungsgebieten großer Flüsse. Käme es zu einem Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter, was bis Ende des Jahrhunderts durchaus möglich ist, so wären davon Millionen von Menschen betroffen, wenn nicht entsprechende Schutzmaßnahmen getroffen werden. Diese verursachen allerdings gewaltige Kosten und sind von ärmeren Ländern kaum alleine aufzubringen.

Bei Betrachtung der Weltkarte des WBGU zu Klimakonflikten fällt auf, dass die Industrieländer weitgehend ausgespart sind. Die Differenzen

zwischen den USA, Kanada, Russland und nordeuropäischen Staaten über die klimabedingte Veränderung der Ressourcenverfügbarkeit in der Arktis zeigen jedoch, dass hier ein relevantes Konfliktpotential vorliegt. In Europa kostete die Hitzewelle des Jahres 2003 mehr als 50.000 Menschen das Leben, mehrere Überschwemmungen von Flüssen trafen die Anwohner unvorbereitet. Katastrophal waren auch die Folgen von Hitzewellen und Waldbränden in Russland und Australien im Jahr 2011.

Vor allem der Wirbelsturm Katrina zeigte, dass auch Industriestaaten für solche Katastrophen schlecht gewappnet sind. Das mächtigste Land der Erde stand den Folgen des tropischen Wirbelsturms an der Golfküste der USA hilflos gegenüber. Als New Orleans überflutet wurde, verloren etwa 1800 Menschen ihr Leben, über eine Million Menschen mussten fluchtartig die Stadt verlassen, unter chaotischen Umständen. Bei Eintreffen des Sturms galt die Devise „Rette sich wer kann“, viele schafften es jedoch nicht mehr und nahmen im Sportstadion der Stadt Zuflucht, unter unwürdigen Bedingungen. Die Behörden verloren die Kontrolle, die Polizei konnte die Ordnung nicht aufrecht erhalten und musste durch die Nationalgarde unterstützt werden. Einige Menschen sind bis heute nicht in die Stadt zurückgekehrt.

Angesichts der Massenflucht aus New Orleans erhielt die Diskussion über Klimaflüchtlinge neue Nahrung. Wie stark der Anteil des Klimawandels an der Migration tatsächlich ist, lässt sich nur schwer nachprüfen angesichts einer Vielzahl möglicher Fluchtgründe, die auch zur Ursache von Konflikten werden können. In den neunziger Jahren hatte Norman Myers eine große Zahl von Umweltflüchtlingen vorausgesagt, die bis Mitte dieses Jahrhunderts auf mehrere hundert Millionen Menschen ansteigen könnten. Auch wenn diese Zahlen viel zitiert wurden, basieren sie mehr auf groben Schätzungen als auf zuverlässigen Daten. Statt Menschen in Not als eine Bedrohung anzusehen, gegen die Abwehrmaßnahmen

ergriffen werden müssen, ist es angemessener, sie mit Hilfsmaßnahmen zu unterstützen und ihre Abwehrkräfte zu stärken. Am wirksamsten ist es aber, die Ursachen des Klimawandels zu vermeiden, die die natürlichen Lebensgrundlagen von Menschen untergraben und sie zur Flucht zwingen. Wenn dies nicht verhindert werden kann, ist es wichtig, zugewanderte Menschen in die Gesellschaften der Zielländer zu integrieren. Oftmals werden durch Migrationsnetzwerke stabile Strukturen zwischen Herkunfts- und Zielländern geschaffen, die zur Problemlösung und Klimaanpassung beitragen können.

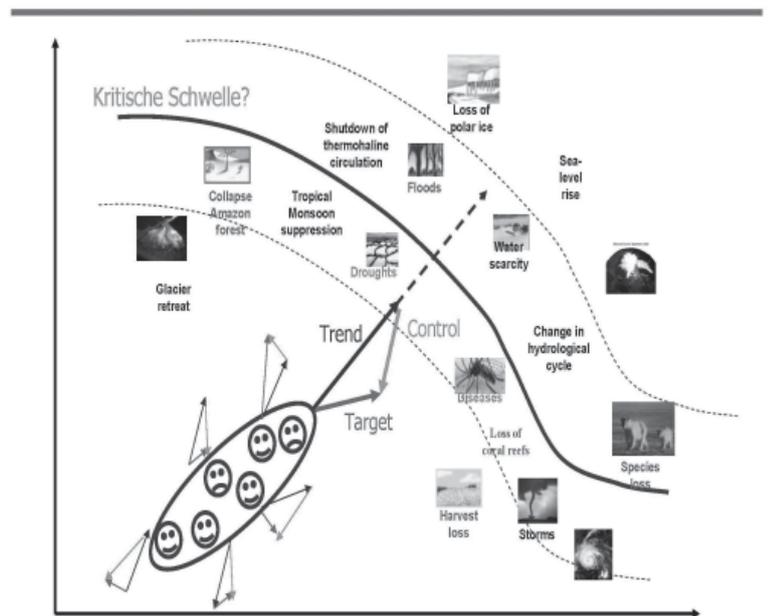
Klimagerechtigkeit, Kooperation und nachhaltige Friedenssicherung

Diese Beispiele zeigen, dass die Klimaproblematik in vielfacher Weise die Ungerechtigkeit in der Welt verstärkt. Die These, dass im Angesicht des Klimawandels alle Menschen in einem Boot sitzen, wird so fraglich. Wohin sich das Boot bewegt, hängt vom Verhalten der Insassen ab, ihrem Verständnis der Problems, ihren Fähigkeiten und Kräften das Boot zu lenken und zu rudern, aber auch ihren Interessen und der Verwundbarkeit gegenüber den Gefahren. Um das Boot in sicheren Gewässern zu halten, ans rettende Ufer zu steuern oder gar umzukehren, bedarf es einer erheblichen gemeinsamen Kraftanstrengung. Erfolgt das Handeln unkoordiniert oder gar gegeneinander gerichtet, droht das Boot zu kentern oder zu zerschellen. Um dies zu vermeiden, ist gemeinsames Handeln

der Menschheit unabdingbar.

Einige dieser Aspekte werden in der Klimarahmen-Konvention von 1992 festgelegt, die von den meisten Staaten ratifiziert wurde, einschließlich der USA. Im Artikel 2 der Konvention wird das Ziel festgelegt, dass der gefährliche anthropogene Klimawandel verhindert werden soll, indem die CO₂-Emissionen in der Atmosphäre auf einem nicht gefährlichen Niveau stabilisiert werden. Die Verwendung des Wortes „gefährlich“ verweist darauf, dass es hier um werteprege Beurteilungen darüber geht, was als „gefährlich“ eingeschätzt wird. Bisher haben die UNO und auch der IPCC die Konkretisierung des Begriffs „Gefahr“ vermieden, was eine Implementierung erschwert. Auf Dauer kann der Frage jedoch nicht ausgewichen werden, Sie betrifft direkt das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Einen Anhaltspunkt gibt die

Alle in einem Boot?



Konvention selbst mit der Formulierung von drei Teilzielen: der Klimawandel soll so begrenzt werden, - dass Ökosysteme sich anpassen können, - die Ernährungssicherheit nicht gefährdet wird und - wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig ist.

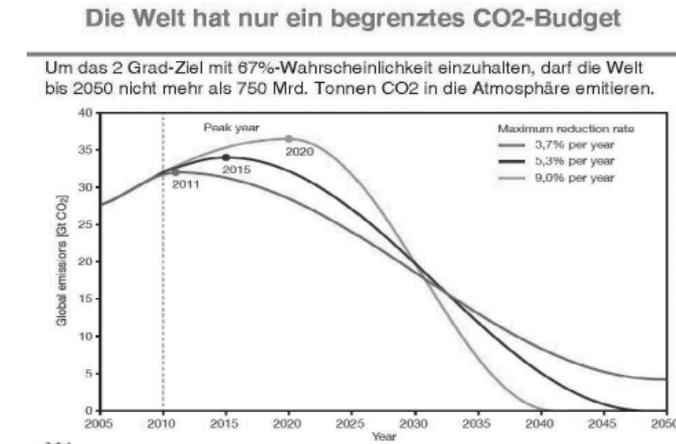
Um diese Ziele zu erreichen, verpflichten sich die Staaten in Art. 3 der Konvention zur internationalen Zusammenarbeit.

Bislang ist die Klimarahmenkonvention nur in geringem Umfang implementiert worden. Im Kyoto-Protokoll haben die Industriestaaten eine Emissionsreduktion von etwa 5% vereinbart und drei Instrumente der Klimapolitik eingeführt. Mit Clean Development Mechanism und Joint Implementation werden gemeinsame Projekte zur Emissionsminderung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ermöglicht. Das dritte Instrument, die Schaffung eines Emissionshandelsmarkts, wurde in Europa realisiert, wobei hier aus Fehlern zu lernen ist. Um wirksam zu sein, bedarf es der Ausweitung auf die globale Ebene, was eine Einigung auf globale Minderungsziele erfordert und eine Verteilung auf die einzelnen Regionen. Hier spielen Fragen der „gerechten“ Zuweisung von Emissionsrechten eine maßgebliche Rolle. Da es für die Klimawirkung keine Rolle spielt, wann und wo die CO₂-Emissionen emittiert werden, können alle Emissionen zu einem Gesamtbudget der Menschheit zusammengefasst werden, das in den nächsten Jahrzehnten maximal freigesetzt werden darf, ohne das Temperaturziel von 2°C zu überschreiten. Der wissenschaftliche Beirat schlägt ein Gesamtbudget von 750 Milliarden Tonnen CO₂ vor, das die Menschheit bis Mitte des Jahrhunderts nicht überschreiten darf.

Zu klären ist, auf welchem Weg das Ziel realisiert werden kann. Um bis Mitte des Jahrhunderts die Emissionen auf ein Fünftel des heutigen Wertes zu bringen, müsste schon in den nächsten 10 Jahren das Maximum der Emissionen erreicht werden, um danach drastisch gesenkt zu werden. Je länger man jetzt wartet, desto rascher müssen die Emissionen später verringert werden. Dies ist eine gewaltige Aufgabe, die enorme Anstrengungen erfordert. Wie dieses Budget auf die einzelnen Staaten verteilt werden soll, bedarf der Konkretisierung.

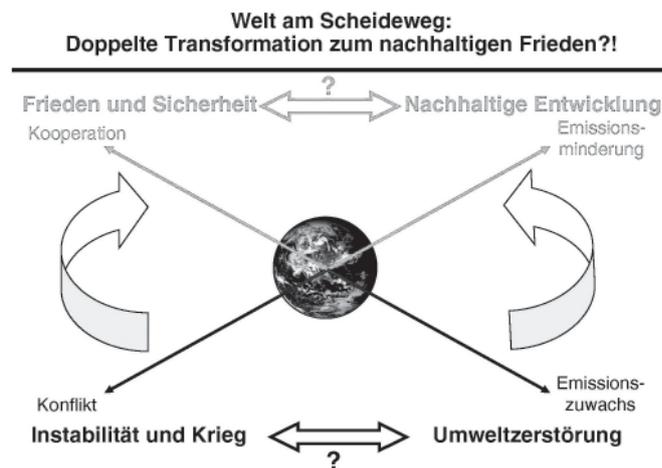
Um eine solch umfassende Verringerung zu erreichen, dazu gibt es verschiedene Vorschläge, Der größte

Chance, doch trotz einer beispiellosen Teilnahme von zehntausenden Vertretern von Regierungen und Nicht-Regierungs-Organisationen wurde diese Chance verpasst. Zu den wenigen konkreten Ergebnissen gehört die Festlegung auf das 2-Grad-Ziel und die Bereitstellung von Finanzmitteln von 100 Mrd. Dollar zur Unterstützung von Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern.



Teil kann durch Effizienzverbesserungen in der Energieproduktion (insbesondere in der Elektrizitätsversorgung), in Industrie, Transportwesen und in den Haushalten erreicht werden. Jeweils ein weiteres Fünftel an Emissionsreduktion kann durch erneuerbare Energien erreicht werden sowie durch die Abtrennung und Speicherung von Kohlenstoff (etwa in Pflanzen oder Böden). Um diese 80-prozentige Reduzierung hinzubekommen, bedarf es eines Umbaus der Industriegesellschaft.

Dass mehr nicht erreicht wurde, liegt an den unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Staaten- und Wirtschaftsgruppen. Industrieländer wollen ihr Wirtschaftswachstum nicht aufgeben und sind nur zögerlich zur Emissionsminderung bereit, Entwicklungsländer pochen auf mehr Entwicklung. Unter diesen Bedingungen ist es schwer eine Einigung hinzubekommen. Auch bei Nicht-Regierungs-Organisationen (Firmen, Konsumenten, Medien, Wissenschaftlern)

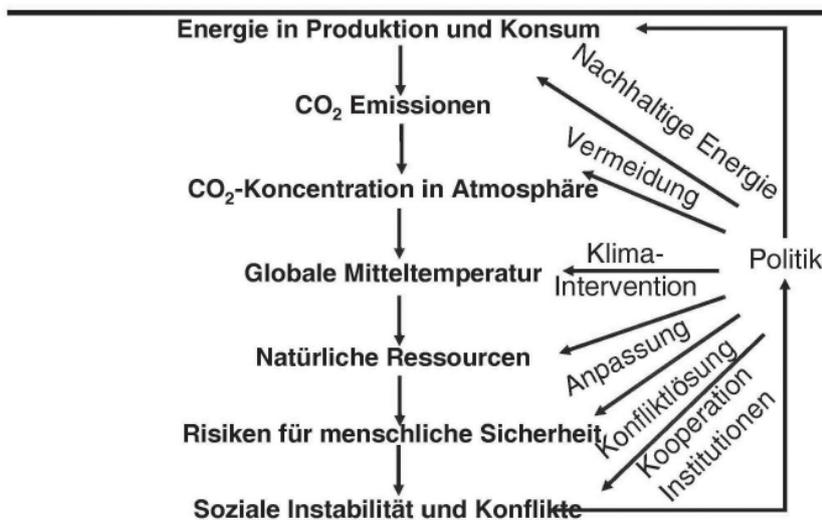


Dieser Umbau benötigt allerdings erhebliche Investitionen von tausenden von Milliarden Euro und die Schaffung einer neuen Infrastruktur, verbunden mit einer Umstrukturierung der Gesellschaft. Obwohl es viele gute und praktikable Ideen gibt, fehlt bislang eine Einigung auf globaler Ebene über Emissionsminderungsziele, ihre Finanzierung und ihre gerechte Verteilung. Der Klimagipfel in Kopenhagen war eine

gibt es Differenzen. Angesichts widerstreitender Interessen und Positionen war eine Einigung bislang nicht möglich. Wird eine Lösung dauerhaft verzögert, könnten die Negativszenarien Realität werden, bis das Schadenspotential oder der Leidensdruck so hoch sind, dass immer mehr Staaten eine Lösung finden wollen.

Zu einem solchen Negativszenario gibt es aber Alternativen. Anstelle einzelner isolierter Maßnahmen bedarf es einer integrierten Strategie, die Konzepte von Frieden und nachhaltiger Entwicklung miteinander verknüpft und eine internationale Zusammenarbeit in

Mögliche Strategien gegen den Klimawandel



beiden Bereichen vorantreibt. Statt weiter auf dem konfliktreichen Pfad der Ausbeutung von Mensch und Natur voranzuschreiten, bedarf es konkreter Strategien für einen Pfadwechsel zu einer friedlichen und nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen. Dabei sind die komplexen Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Folgen für natürliche Ressourcen, Auswirkungen auf menschliche Bedürfnisse und Werte und gesellschaftliche Implikationen zu untersuchen. Konkrete Strategien betreffen die Risikoabschätzung, Emissionsminderung, verbesserte Ressourceneffizienz, Schutz und Bewahrung natürlicher Ressourcen, die nachhaltige Entwicklung von Wohlstand und die verbesserte Anpassungsfähigkeit an Umweltveränderungen. Die Beteiligung (Partizipation) der Bevölkerung ist wesentlich, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu verbessern und mehr Menschen in den Prozess der Problemlösung einzubinden. Von wesentlicher Bedeutung ist die Schaffung von Klimagerechtigkeit, also eine faire Verteilung von Kosten, Nutzen und Risiken. Im Zentrum nachhaltiger Friedenssicherung stehen Aufgaben der Konfliktlösung und -vermeidung, von internationaler Kooperation und Global Governance.

Dabei ist die Verbindung von Friedens- und Nachhaltigkeitskonzepten weiter auszuleuchten. Im Brundtland-Bericht von 1987 geht es bei nachhaltiger Entwicklung darum, 46 - FK 2013

die Bedürfnisse heutiger Generationen zu befriedigen ohne die Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen. Es geht also um einen intergenerationellen Interessenausgleich, der den Rahmen der Natur berücksichtigt und einbezieht. Um den Grundkonflikt zwischen menschlichen Bedürfnissen und der Begrenztheit natürlicher Ressourcen zu lösen, können verschiedene Strategien zum Einsatz kommen: die Erhaltung natürlicher Ressourcen ebenso wie die Entfaltung menschlicher Gestaltungsspielräume. Nachhaltige Entwicklung könnte somit auch als „erhaltende Entfaltung“ bezeichnet werden, die den natürlichen Rahmen bewahrt. Eng damit verbunden ist das Prinzip der Gerechtigkeit, also der Ausgleich zwischen Kosten, Nutzen und Risiken zwischen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere eine Gleichberechtigung der verschiedenen Generationen. Angewendet auf Umweltgerechtigkeit geht es um eine faire Verteilung natürlicher Ressourcen in Raum und Zeit. Hinsichtlich damit verbundener Gefahren und Risiken, ist das Verursacherprinzip anzuwenden: Wer einen Schaden verursacht, muss dafür haften bzw. diesen vermeiden oder kompensieren. Zugleich gibt es kein alleiniges Anspruchsrecht auf natürliche Ressourcen, sondern eher ein Anrecht auf angemessene Teilhabe und ihre Verteilung.

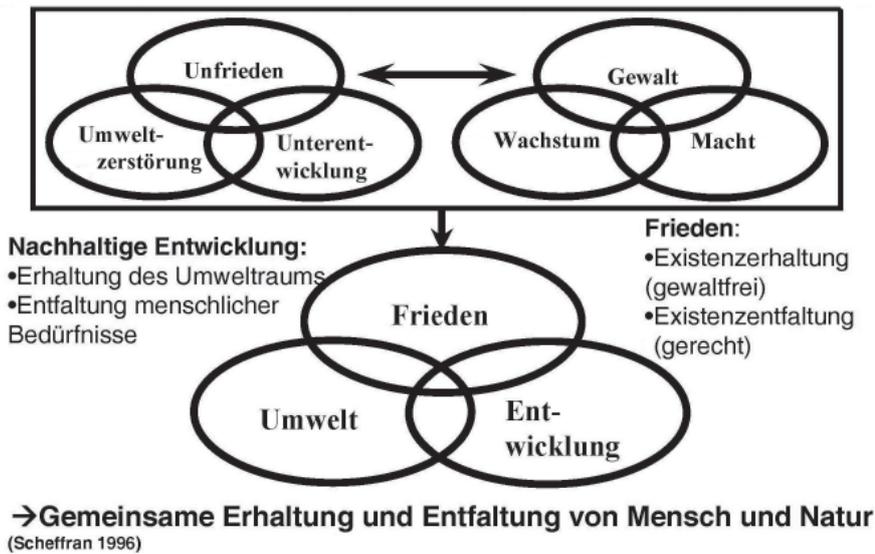
Klimagerechtigkeit bedeutet, dass die Hauptverursacher am meisten

zur Problemlösung beitragen und die Hauptbetroffenen den größten Schutzanspruch haben. Da Menschen in Industrie- und Entwicklungsländern unterschiedlich betroffen sind, ist ein Ausgleichsmechanismus zwischen Nord und Süd zu schaffen, der den Transfer von Ressourcen, Technologien, Know How und Investitionen in einen fairen Zusammenhang bringt, ohne dass es eine Einbahnstraße ist. Ein Beispiel könnte die Zusammenarbeit im Mittelmeerraum zwischen Europa und den sonnenreichen Staaten in Nordafrika und Nahost im Bereich erneuerbarer Energien sein, die zugleich einen Beitrag für Energiesicherheit, Klimaschutz und Entwicklung leisten könnte.

Die Pro-Kopf-Emissionen sind ein Indikator für die Verantwortlichkeit für den Klimawandel. In einer gerechten Klimapolitik hätte jeder Erdenbürger das gleiche Recht auf Emissionen, in Indien genauso wie in den USA. Das ist die Idee der Konvergenz. Eine integrierte Klimapolitik verbindet die Strategie der globalen Emissionsminderung (Kontraktion) mit einer langfristigen Anpassung der Emissionsrechte, in Richtung auf eine gleiche Verteilung für alle Menschen, d.h. Länder mit hohen Pro-Kopf-Emissionen reduzieren diese, während Länder mit niedrigen Pro-Kopf-Emissionen diese noch steigern können (Konvergenz).

Bei der Problemlösung kann auf einen Fundus von Friedenskonzepten zurückgegriffen werden, die historisch weit zurückreichen. Wie nachhaltige Entwicklung hat auch der Begriff des Friedens eine doppelte Dimension. Bei negativen Friedenskonzepten geht es darum, das Überleben zu sichern, Gewalt zu vermeiden und sich am Leben zu lassen. Im positiven Sinne bedeutet Frieden die Verbesserung der Bedingungen des menschlichen Lebens durch aktive, gegenseitige Hilfe, Unterstützung und Nächstenliebe. Während ein großer Teil der Friedensforschung sich mit der Friedenssicherung gegenüber Gewalt und anderen Gefahren widmet, haben die Bedingungen für den positiven Frieden weniger

Frieden und Nachhaltige Entwicklung: Von der negativen zur positiven Kopplung



Aufmerksamkeit erfahren. Hierzu gehören die Abwesenheit von struktureller Gewalt, die Erhaltung und Entfaltung von Lebensmöglichkeiten. Statt die Voraussetzungen für einen gerechten Krieg zu debattieren, ist es wichtiger die Voraussetzungen für einen gerechten Frieden zu schaffen. Der Friedensforscher Ernst Otto Czempiel sieht im Konzept des Friedens zwei Dimensionen vereint: die Existenzerhaltung des Einzelnen aufgrund abnehmender Gewalt und die Existenzentfaltung des Einzelnen aufgrund besserer Gleichverteilung von Entfaltungschancen. Hier ergeben sich schon auf der begrifflichen Ebene direkte Bezüge zur Dualität von Erhaltung und Entfaltung bei der nachhaltigen Entwicklung.

Aufgrund der negativen Kopplung zerstört Krieg die Entwicklungschancen und den Schutz der Umwelt, was wiederum die Bedingungen für Frieden untergräbt. Umgekehrt befördert Frieden die Bedingungen für nachhaltige Entwicklung, was wiederum friedensförderlich ist. Den Übergang von der negativen zur positiven Kopplung zu realisieren ist eine große Herausforderung. Auf dem Weg zu einer friedlichen und

nachhaltigen Welt sind eine Vielzahl von Konflikten zu bewältigen, die Anstrengungen zur zivilen Konfliktregelung erfordern. Hierzu gehören präventive Diplomatie, Mediation, Friedenskonsolidierung und ziviler Friedensdienst. Solche Maßnahmen können wesentlich dazu beitragen, die Verbindungen zwischen Frieden und nachhaltiger Entwicklung zu stärken und den Übergang zu realisieren. Die Aufgabe ist, beide Probleme zugleich anzugehen, Frieden in der Gesellschaft und Frieden mit der Natur gleichzeitig und auf Dauer zu erreichen.



Dieser Beitrag wurde veröffentlicht in: D. von Quistorp (Hg.), *Kirche schützt Klima*, Wiesbaden/Berlin, fenestra Verlag, S. 51-60. Kontakt: Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit, Institut für Geographie, KlimaCampus, Universität Hamburg, email: juergen.scheffran@zmaw.de, web: www.clisec-hamburg.de.

Weiterführende Literatur:

- S. Angenendt, S. Dröge, J. Richert (2011) *Klimawandel und Sicherheit*, Nomos.
- M. Brzoska, M. Kalinowski, V. Matthies, B. Meyer (2011) *Klimawandel und Konflikte: Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?*, Nomos.
- N.P. Gleditsch (ed.) (2012) *Special Issue Climate Change and Conflict*, *Journal of Peace Research* (49).
- IPCC (2007) *Climate Change 2007. Climate Change Impacts, Adaptation and Vulnerability*, Working Group II, Intergovernmental Panel on Climate Change, Fourth Assessment Report.
- IPCC (2012) *Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation (SREX)*, Geneva. <http://www.ipcc-wg2.gov/SREX>.
- J. Scheffran, A. Battaglini (2011) *Climate and conflicts: the security risks of global warming*, in: *Regional Environmental Change*, 11, Supplement 1: S27-S39.
- J. Scheffran (2011) *The Security Risks of Climate Change: Vulnerabilities, Threats, Conflicts and Strategies*. in: Brauch, H. G.; Oswald-Spring, U.; Kameri-Mbote, P.; Mesjasz, C.; Grin, J.; Chourou, B.; Dunay, P.; Birkmann, J. (Eds.): *Coping with Global Environmental Change, Disasters and Security*, Springer, 735-756.
- J. Scheffran (2011) *Frieden und nachhaltige Entwicklung*, in: H.J. Giessmann, B. Rinke (eds.), *Handbuch Frieden*, Wiesbaden, Germany, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 310-323.
- J. Scheffran, M. Broszka, H.G. Brauch, P.M. Link, J. Schilling, J. (eds.) (2012) *Climate Change, Human Security and Violent Conflict: Challenges for Societal Stability*, Springer.
- WGBU (2008) *Climate Change as a Security Risk*, German Advisory Council on Global Change, available at www.wbgu.de.
- C. Webersik (2010) *Climate Change and Security: A Gathering Storm of Global Challenges*, Praeger.

Friedensgebet der Religionen

Menschenwürdig - Vertrauenswürdig - Glaubwürdig



Das Friedensgebet der Religionen stand am 3. Februar unter dem Thema: „Menschenwürdig-vertrauenswürdig-glaubwürdig“.

Diesmal in der Kreuzkirche in Schwabing trafen sich Christen (pax christi München) Muslime (Muslimrat München), Bahai (Gemeinde Germering) und Buddhisten (Soka Gakkai – Nichiren Buddhismus) zum gemeinsamen Gebet um den Frieden. Leider konnte die Israelitische Gemeinde nicht dabei sein.

Für die Freunde Abrahams sprach Dr. Stefan Jakob Wimmer. Er erinnerte unter anderem an den im letzten Jahr verstorbenen Prof. Manfred Görg, der dieses Friedensgebet der Religionen viele Jahre entscheidend mit geprägt hat.

Sein gemeinsam gesprochenes interreligiöses Glaubensbekenntnis bildete den Abschluss dieses wieder einmal eindrucksvollen Friedensgebets der Religionen.

Gabriele Hilz





Ein interreligiöses Glaubensbekenntnis

Ich halte mich fest an Gott,
dem Einen und Einzigen,
dem Allmächtigen und Allerbarmer,
dem Verborgenen mit den vielen Namen.
Der unsere Wirklichkeit geschaffen
Und uns ins Leben gerufen hat.
Der Menschen als seine Zeugen erwählt
wie Noah, Abraham und Moses,
und durch Propheten gesprochen hat,
wie durch Jesus, den Sohn der Miriam,
und Mohamed als seinen Gesandten.
Der alle seine Erwählten erhöht
Und die wahrhaft Glaubenden annimmt.
Der uns allen seinen Geist schenkt,
damit wir auf ihn hoffen,
bis er kommt und die Welt richtet
und uns alle und alles mit sich vereint.

Amen

Manfred Görg



Studientag

Restorative Circles nach Dominic Barter

Sabine Geiger



RESTORATIVE CIRCLES - Ein Raum für unsere Konflikte

Jeder Konflikt ist eine Chance einander besser zu verstehen. Restorative Circles schaffen den Raum um neugierig und aufgeschlossen mit Konflikten umzugehen.

Restorative Circles ist ein einfacher Prozess, der Menschen wieder miteinander in Kontakt bringt. Auch bei Konflikt und Verwirrung...

In einem Restorative Circle treffen sich alle direkt und indirekt Betroffenen eines Konfliktes im Kreis. Die gemeinsame Absicht: einander zu hören und Verantwortung zu übernehmen für das Geschehene. So entsteht Heilung.

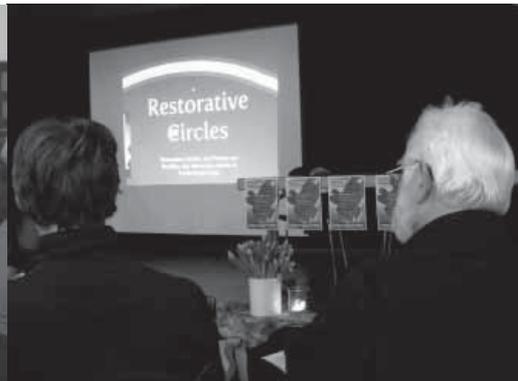


Das Besondere an Restorative Circles

- Die Gemeinschaft spielt eine wichtige Rolle.
- Alle sind willkommen und gleichberechtigt.
- Jeder kommt freiwillig.
- Das Ergebnis ist offen und oft erstaunlich!

Restorative Circles werden von Dominic Barter in Brasilien entwickelt. Dominic hat in Deutschland bereits einige Veranstaltungen angeboten (2009/2010). Präsentation: In zweieinhalb Stunden stellen wir den Prozess vor. Meist können die Teilnehmenden auch einzelne Schritte üben, anhand von eigenen Beispielen. Es gibt auch Raum für Fragen.

Sabine Geiger
Trainerin in Gewaltfreier Kommunikation.



Dr. Franz Alt



Franz Alt, geboren 1938, Dr. phil.
ist Journalist, Fernsehmoderator und Buchautor.

Von 1972 – 1992 war er Leiter und Moderator des politischen Magazins »Report«,
von 1992 bis 2003 leitete er die Zukunftsredaktion „Zeitsprung“ im SWR,
seit 1997 das Magazin „Querdenker“ und
ab 2000 das Magazin „Grenzenlos“ in 3sat.

Preise und Auszeichnungen:

Adolf-Grimme-Preis, Goldene Kamera, BAMBI, Deutscher + Europäischer Solarpreis, Umweltpreis der dt. Wirtschaft, Innovationspreis und German Speakers „Hall Of Fame“ (Redner des Jahres 2011).

Franz Alt hält heute weltweit 200 Vorträge pro Jahr und schreibt Gastkommentare sowie Hintergrundberichte für über 40 Zeitungen und Magazine. Für sein Engagement erhielt er zahlreiche Auszeichnungen. Seine Bücher sind in 12 Sprachen übersetzt und erreichen eine Auflage von über zwei Millionen Exemplaren.

Auf seiner Webseite »Sonnenseite« finden Sie aktuelle, kommentierte News rund um die Solarenergie, Umweltschutz, Wirtschaft und aktueller Weltpolitik. Jeden Sonntag gibt es einen kostenlosen NEWSletter.

Kontakt:

FRANZ ALT / SONNENSEITE
www.sonnenseite.com

Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach

Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, geb. 1948;
zunächst Studium der Germanistik und Philosophie in Tübingen,
dann Soziologie mit den Nebenfächern Politikwissenschaft, Pädagogik und Sozialpsychologie in Frankfurt/Main.
Diplom in Soziologie.

Promotion in Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.
Habilitation an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld

seit Oktober 2001 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen,

2001 bis 2008 Jean-Monnet-Chair für „European Governance, European Political Integration, Integration und Komparatistik der subnationalen Ebene, Politische Soziologie, Partizipation und demokratische Praxisformen in Europa“,

2008 bis 2010 Professur für Internationale Integration mit dem Schwerpunkt östliches Europa,

seit 2010 Professur Friedens- und Konfliktforschung.



Arbeitsgebiete:

- Friedens- und Konfliktforschung (FuK)
- Europäische und Internationale Integration
- Beziehungen zwischen EU und Russland
- Transformation und Konfliktprävention im östlichen Europa
- Menschenrechts- und Minderheitenpolitik

Mitarbeit / aktive Mitgliedschaft:

- Beratung: Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung (ZEU)
- Editorial Advisory Board von Cooperation and Conflict - Journal of the Nordic International Studies Association
- Wissenschaftlicher Beirat von conflict & communication online.
- Consultant im Projekt „New Terms in Russian - Glossary in Conflict and Peace Studies, Conflict Management and Training“, Institute of Ethnology and Anthropology, Russian Academy of Sciences, Moskau (Projektleitung Dr. Mara Ustinova).
- Association of International Experts on the Development of the Kaliningrad Region (AIKE)
- Internationaler Beirat des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK), Burg Schläining.
- Wissenschaftlicher Beirat des Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik, Universität Klagenfurt
- Mitglied im Board of Directors von The Institute for Integrative Conflict Transformation and Peacebuilding (IICP).

Aktuelle Forschungsprojekte:

- Pilotregion Kaliningrad? Prozessbegleitende Forschung über Konfliktprävention
- Internationales Workshop- und Publikationsprojekt „The Kaliningrad Challenge“

Kontakt:

Institut für Politikwissenschaft
Justus-Liebig-Universität Gießen
Karl-Glöckner Str. 21 E
35394 Gießen

Tel. 0641-99-23112

E-Mail: hanne.birckenbach@sowi.uni-giessen.de

Sekretariat: Mechthild LaMonica, Tel. 0641-99-23110

<http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb03/institute/institut-fur-politikwissenschaft>

Sabine Bock



Sabine Bock arbeitet seit 15 Jahren im Bereich nachhaltige Energie und Klimaschutz auf lokaler und internationaler Ebene für Umweltorganisationen. Sie ist derzeit die Direktorin des deutschen Büros von WECF/WICF - Women in Europe and Women International for a Common Future in München.

WECF/WICF ist ein internationales Netzwerk von Umwelt- und Frauenorganisationen, das in über 50 Ländern nachhaltige Projekte umsetzt und sich international für eine gesunde Umwelt für alle einsetzt. WECF arbeitet in den Bereichen nachhaltige Energie und Klimaschutz, Wasser und sanitäre Einrichtungen, Chemikalien, sowie sichere Nahrung und Biodiversität. In allen Bereichen sind für WECF Bürger(innen)beteiligung, Menschenrechte und dabei besonders Frauenrechte die zentralen Querschnittsthemen.

Sabine Bock startete bei WECF/WICF 2006 als Koordinatorin der Netzwerkaktivitäten für nachhaltige Energien und Klimaschutz. Seit 2008 ist sie Direktorin des deutschen Büros. Schwerpunkt ihrer Arbeit sind Trainings und Implementierung von nachhaltigen Energieprojekten auf der Haushaltsebene im ländlichen Raum in Osteuropa, dem Kaukasus, Zentralasien und Afrika zusammen mit den WECF/WICF Partnerorganisationen, sowie politische Informationsarbeit auf allen Ebenen, vor allem bei den UN Klimaverhandlungen. Ihren Einstieg in die umweltpolitische Arbeit hatte sie bei der lokalen Münchner Umweltorganisation Green City 1997, stark motiviert durch das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, der Agenda21. Sie leitete Projekte und übernahm im Jahr 2003 die Co-Geschäftsführung, bevor sie 2005 für ein paar Monate als Fundraiserin zu Greenpeace Neuseeland wechselte.

Sabine Bock ist Landschaftsplanerin und macht derzeit zusätzlich ihren Master in Public Policy an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Kontakt:

sabine.bock@wecf.eu,
Phone: + 49 (89) 23 23 93 8 12 , Website:www.wecf.eu
WECF - Women in Europe for a Common Future
WICF - Women International for a Common Future

Simone Burger

Simone Burger studierte Politikwissenschaften in München.

Seit 2007 Gewerkschaftssekretärin beim DGB München.

Seit März 2012 Regionsgeschäftsführerin der DGB Region München.

Betreuungsbereich:

München Stadt und Land, Starnberg, Miesbach
und Bad Tölz - Wolfratshausen

Zuständigkeiten:

Politische Planung und Kampagnen

Kontakt:

Telefon: 089 / 517 00 - 101 bzw. 102

eMail: simone.burger@dgb.de



Sabine Geiger

**Sabine Geiger ist Trainerin in Gewaltfreier
Kommunikation**



Kontakt:

Emmeringer Str. 25, 82275 Emmering
+ 49-8141-3989028, Sabine@pobox.com
<http://sabinegeiger.com/>
<http://www.restorativecircles.org>
Twitter: <http://twitter.com/restoracircles>
<http://www.formspring.me/RestoraCircles>
<http://www.facebook.com/RestorativeCircles>
contact@restorativecircles.org

Tomás Hirsch



Tomás Hirsch, (geb. 1956), Chilene und ein Humanist seit seiner Jugend. Im Jahr 2005 war er der Präsidentschaftskandidat der Juntos Podemos Más. Sie war das breiteste linke Bündnis in Chile seit der Zeit Salvador Allendes. Mit ihr hat er rund eine halbe Million Stimmen bekommen. Im Jahr 1999 war er der Präsidentschaftskandidat für die Humanistische Partei, die er 1984 mit begründete.

Er unterstützte den gewaltlosen Kampf gegen die Diktatur von General Pinochet. Weiter war er einer der Gründer der Concertación de Partidos por la Democracia. Als diese Koalition als die erste demokratische Regierung nach der Diktatur gewann, wurde er zum chilenischen Botschafter in Neuseeland ernannt. Drei Jahre später verließ er zusammen mit seiner Partei den Zusammenschluss zwischen den Parteien und verzichtete auf sein Amt. Anlass war, dass die Führer der Koalition das wirtschaftliche, politische und soziale Modell der Diktatur übernahmen.

Er war der Sprecher des Humanismus für Lateinamerika und in dieser Rolle hat er Amerika und Europa bereist. Er traf viele der fortschrittlichen Politiker, unter ihnen, Rafael Correa, Präsident von Ecuador, Michelle Bachelet, Präsidentin von Chile, und Evo Morales, Präsident Boliviens. Letzterer schrieb auch das Vorwort zu seinem ersten Buch.

2009 war Tomas Hirsch der lateinamerikanische Koordinator des Weltweiten Marsches für Frieden und Gewaltfreiheit. In dieser Rolle traf er alle politischen und gesellschaftlichen Führer der Region, die den Marsch unterstützten.

In zahlreichen Kongressen, Foren, Universitäten und in den Medien der Orte, die er besuchte, bezog er Position zu den Konflikten, die diese Region betrafen. Er ist damit einer der Wegbereiter einer Gesellschaft, in der Gewalt durch Gewaltlosigkeit ersetzt wird, die in den Beziehungen zwischen Einzelnen und in Gruppen von Menschen gelebt wird. Sein Hauptziel ist und bleibt, das Ideal einer universellen menschlichen Nation voranzubringen.

Alle seine politischen und sozialen Aktionen sowie die Überlegungen, die in seinem kürzlich erschienenen Buch „The End of Prehistory“ beschrieben sind, wurden durch die Arbeit und Gedanken Silos inspiriert. Hirsch erkennt Silo als seinen spirituellen Führer an seit er seine Botschaft in den 70er Jahren kennen lernte.

Kontakt:

tomashirsch@gmail.com

Frauke Liesenborghs

Frauke Liesenborghs ist seit 20 Jahren Geschäftsführerin der Nichtregierungsorganisation GLOBAL CHALLENGES NETWORK e. V. (GCN e.V.).

Gründer und Vorstandsvorsitzender der gemeinnützigen Organisation ist der Physiker und Alternative Nobelpreisträger Prof. Dr. Hans-Peter Dürr.

GCN e.V. arbeitet zu den inhaltlichen Schwerpunkten internationale und interdisziplinäre Zusammenarbeit, Verantwortung der Wissenschaft, gesellschaftspolitische Fragen, Energie, Ökologie und Ökonomie. Die konkrete Arbeit des Vereins besteht darin, nachhaltige Best Practices Modelle zu initiieren und öffentlich zu machen sowie für Kooperationen und Vernetzung zu werben.

Frauke Liesenborghs hat neben koordinierenden und organisierenden Tätigkeiten praxisnahe, langjährige Erfahrung in zivilgesellschaftlichen Prozessen u.a. durch die Mitarbeit bei der (Münchner) Agenda21 und im Münchner Klimaherbst. Sie hat einen Abschluss als Redakteurin (Deutsche Journalistenschule, München) und Diplom-Soziologin (LMU, München).



Kontakt:

Frauke Liesenborghs
Geschäftsführerin
Global Challenges Network e.V.
Frohschammerstraße 14
80807 München
Fon 089-3598246
Fax 089-3590456
info@gen.de

Hep Monatzeder



Hep Monatzeder über Hep Monatzeder:

Ich bin gebürtiger Niederbayer, Jahrgang 1951, und lebe seit 1968 in München. Ich habe zwei Kinder und bin Sozialpädagoge und Politologe. Vor meiner Bürgermeister-Tätigkeit war ich der Gesamtleiter der sozialen Einrichtungen im Schulzentrum München-Johanneskirchen. 1990 wurde ich erstmals in den Münchner Stadtrat, und am 2. Mai 1996 und am 2. Mai 2002 zum Dritten Bürgermeister gewählt.

In meiner Freizeit beschäftige ich mich sehr gerne mit Musik - auch aktiv: Ich tanze gerne und spiele Schlagzeug und Gitarre in einer Band.

Seit vielen Jahren bin ich außerdem begeisterter Hobby-Taucher. Wann immer es möglich ist, erkunde ich am liebsten schöne Tauchgebiete - vom Starnberger See bis zu den Korallen-Riffen der Malediven.

Als Aufsichtsratsvorsitzender des TSV 1860 bin ich natürlich auch bekennender „Löwen- Fan“.

Kontakt:

Bürgermeister Hep Monatzeder
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München
Tel.: 089-233-92478
info@hepmonatzeder.de

Clemens Ronnefeldt

Clemens Ronnefeldt wurde 1960 in Worms geboren. Von 1981 bis 1986 studierte er an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz und an der philosophisch-theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt/Main.

Von 1982 bis 1983 absolvierte er eine studienbegleitende Ausbildung zur Friedensarbeit an der Heimvolkshochschule Bückeburg.

Bis 1992 war er Sprecher der Katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ im Bistum Mainz. Seit 1992 ist er als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des „Internationalen Versöhnungsbundes“ tätig.

Seine Schwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten und das ehemalige Jugoslawien. Clemens Ronnefeldt hat teilgenommen an Friedensdelegationen im Irak, Iran, Syrien, Libanon, Ägypten, Israel und Palästina und an Einsätzen in Flüchtlingslagern. Darüber hinaus hat er sich beteiligt an der Unterstützung von Friedensgruppen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.



Er ist Autor des Buches „Die neue Nato, Irak und Jugoslawien“, herausgegeben vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, Minden, 2. Auflage, 2002 sowie zahlreicher Artikel und Hintergrundanalysen.

Kontakt:

Clemens Ronnefeldt
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising
Tel. 08161 54 70 15
Fax 08161 54 70 16
C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoennungsbund.de

Prof. Dr. Jürgen Scheffran

Jüngste Akademische Tätigkeiten:

Seit August 2009 Professur für Klimawandel und Sicherheit, Fachbereich Geographie, KlimaCampus Exzellenz-Initiative, Universität Hamburg

2007-2009 Assistant Director for Education, Center for Advanced Bio-Energy Research, University of Illinois at Urbana-Champaign (UIUC)

2006-2009 Adjunct Associate Professor, Department of Atmospheric Sciences, UIUC.

2006-2009 Adjunct Associate Professor, Department of Political Science, UIUC.

2006-2009 Research Associate, Information Trust Institute, and Center for Complex Systems Research, UIUC.

2004-2009 Einwerbung, Koordination und Durchführung verschiedener Projekte an der University of Illinois

2004-2009 Senior Research Scientist and Faculty Member, Program in Arms Control, Disarmament and International Security (Mac Arthur grant), UIUC.



Weitere Aktivitäten und Initiativen jüngerer Datums:

Seit 2009: Steering Committee, Environmental Change Institute, UIUC

Seit 2009: Steering Committee, Middle Powers Initiative

Seit 2007: Middle East Missile Study Group

2007-2009: Faculty Advisor, Student Sustainability Committee, UIUC

2006-2009: Mitglied, Biofuels Working Group, Illinois State Lt.Governor Quinn

Die jüngsten Bücher, Forschungsberichte und Zeitschriften:

M. Khanna, J. Scheffran, D. Zilberman (eds.), Handbook of Bioenergy Economics and Policy, Springer (forthcoming).

J. Scheffran, G. Summerfield (eds.), Sustainable Biofuels and Human Security, Swords & Ploughshares, Vol. XVII (2), Summer 2009.

Viele Publikationen zu folgenden Themen:

Modellierung komplexer Systeme und Mensch-Umwelt-Interaktion

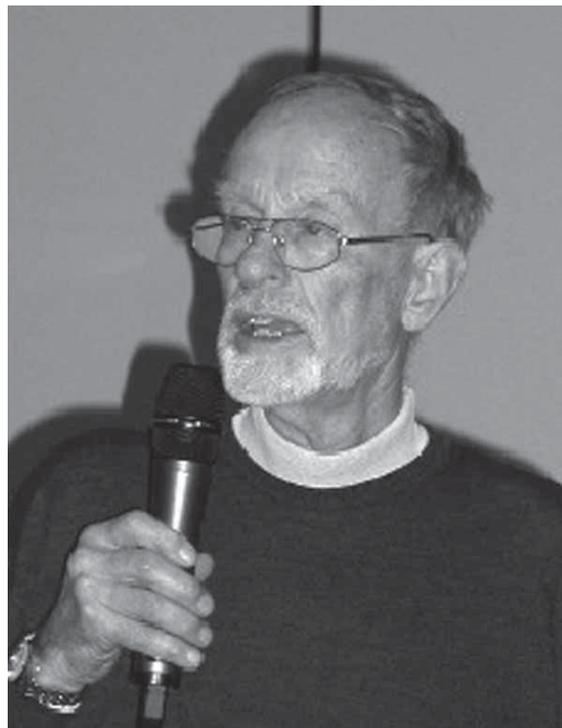
Energiesicherheit und Klimawandel, Ressourcenkonflikte und nachhaltige Entwicklung

Technikfolgen-Abschätzung, internationale Sicherheit, Rüstungskontrolle

Kontakt:

Prof. Dr. Jürgen Scheffran
Arbeitsbereich Integrative Geographie
Universität Hamburg - Institut für Geographie
Bundesstraße 53 (ZMAW)
Raum 020/21
20146 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 42838-7722
Fax: +49 (0)40 42838-7471
E-Mail: juergen.scheffran@zmaw.de

Prof. Dr. Ernst Schrimpff



Ernst Schrimpff hat sich in jahrzehntelanger Tätigkeit erfolgreich für die Markteinführung der Erneuerbaren Energien eingesetzt. Er ist damit sowohl in Deutschland als auch international zu einem anerkannten Experten geworden.

Von 1990 bis 2000 engagierte sich Prof. Schrimpff als Geschäftsführer des Vereins Sonnenkraft Freising für die kostendeckende Solarstromvergütung. Erstmals wurde sie 1993 für Freising beschlossen und danach von vielen bayerischen Kommunen kopiert. Die kostendeckende Vergütung von Solarstrom wurde später zum Paten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Unterstützt durch Prof. Schrimpff entstanden in Bayern mehr als 120 Solarinitiativen, die engagiert und entschlossen die Energiewende vorantreiben. Von 1994 bis Anfang 2012 leitete er die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Solar-Initiativen als Dachorganisation dieser Solarvereine. Dabei legte er großen Wert auf Zusammenarbeit.

„Gemeinsam“ ist auch sein Grundprinzip für die verschiedenen dezentralen Energiequellen. Prof. Schrimpff setzte sich für Photovoltaik, für Pflanzenöl-BHKWs und zuletzt vor allem für die Windkraft im Binnenland ein.

Prof. Schrimpff hat zahlreiche Schriften verfasst und über 1.000 Vorträge zur Energiewende gehalten. Er ist ein Pionier der ersten Stunde. Durch sein langjähriges und unermüdliches Wirken hat er den Umbau des Energiesystems hin zu einer vollständigen Versorgung mit Erneuerbaren Energien vorangetrieben. Dabei drängt er immer weiter auf die Beschleunigung dieses Weges.

Kontakt:

Prof. Dr. Ernst Schrimpff
E.F. Schumacher-Gesellschaft für politische Ökologie e.V.
Ismaninger Str. 3a
85356 Freising
www.e-f-schumacher-gesellschaft.de



Trägerorganisationen:



Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100 000 Menschen in 40 Staaten der Erde an. Ihnen gemeinsam ist die Vision einer Welt, in der Menschen geschwisterlich miteinander leben und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Der Sitz des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes ist in Minden.

Kontakt:

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel. 0571 – 850875
Fax 0571 – 8292387
www.versoehnungsbund.de
vb@versoehnungsbund.de

Spenden:

Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01 Konto: 400 906 72

Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg ausgegeben werden. Wir wollen nicht weniger Steuern bezahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“



Kontakt:

www.netzwerk-friedenssteuer.de

Spenden: Netzwerk Friedenssteuer e.V. GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00 BIC: GENODEM1GLS

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Die DFG-VK ist ein deutscher Zweig der Internationale der Kriegs-
dienstgegner (War resisters International, WRI, gegründet 1921,
u.a. von Albert Einstein). Die Grundsatzserklärung der Internationale
der Kriegsdienstgegner lautet:

*„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin
daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und
an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken.“*

Kontakt:

Schwanthalerstr. 133
80339 München
Tel. 089/ 89 62 34 46
www.dfg-vk.de/muenchen; www.dfg-vk.de/bayern
www.dfg-vk.de; www.wri-irg.org
www.schritte-zur-abruestung.de
muenchen@dfg-vk.de



BILDUNGSWERK E.V.

Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk

Das Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk ist der gemeinnützige Verein zur
Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern

Helmut-Michael-Vogel-
Verein zur Förderung
der FRIEDENSARBEIT
der DFG-VK Bayern

Kontakt:

c/o DFG-VK.
Tel. 089/ 89 62 34 46, Di., Mi., Do. 11.00 - 17.00 Uhr
www.h-m-v-bildungswerk.de

Spenden: H-M-V-Bildungswerk e.V., GLS- Bank, Stichw. „Friedenskonferenz“
IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00 ; BIC: GENODEM1GLS

pax christi

Als internationale katholische Friedensbewegung benennt pax christi Missstände in Politik und Gesellschaft und bezieht klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

Kontakt:

Marsstr. 5
80335 München
Tel. und Fax: 54 38 515
www.paxchristi.de
www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi
paxchristi.muenchen@t-online.de
Spendenkonto: 603 131 40 10, Pax Bank BLZ: 370 601 93
IBAN: DE 34 370 601 93 603 131 40 10



Kreisjugendring München-Stadt



Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der rund 60 Münchner Jugendverbände und -gemeinschaften, sowie Träger von fast 50 städtischen Freizeitstätten. Ziel und Grundlage seines Handelns sind Toleranz, Friede, soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Kontakt:

Kreisjugendring München Stadt
Postfach 151 223
80047 München
Tel: 089/514106-10
www.kjr-m.de

Projektgruppe „Münchner Sicherheits-Konferenz verändern“ (MSKverändern)

Kontakt:

Pienzenauer Str.50
81679 München
Telefon +49(0)89 / 66 09 01 38
Telefax +49(0)89 / 60 66 68 72 (nach tel. Ankündigung)
E-Mail: mskveraendern@web.de
Internet: www.mskveraendern.de



NaturwissenschaftlerInnen – Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen.

Ernst Bloch (Philosoph, 1885-1977)

Im Februar 1987 haben sich NaturwissenschaftlerInnen in der Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ zusammen gefunden, um als Teil der Friedensbewegung ihre spezifischen professionellen Kompetenzen für eine Welt ohne Krieg und Gewalt, für die Kontrolle und Beseitigung atomarer, chemischer, biologischer und konventioneller Waffensysteme, für Friedens- und Abrüstungsforschung und für soziale, ökologische und humane Technikgestaltung einzusetzen.

NatWiss
Verantwortung für Frieden
und Zukunftsfähigkeit e.V.

Kontakt:

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative c/o IALANA
Schützenstrasse 6a
10117 Berlin
Tel.: 030 - 31 99 66 86 Fax: 030 - 31 99 66 89
www.natwiss.de
E-Mail: geschaeftsfuehrung@natwiss.de

Spenden:

„Verantwortung für den Frieden“
Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Konto-Nr.: 393 408 504
IBAN: DE24 3701 0050 0393 4085 04
BIC: PBNKDEFF

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.

Das Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München ist eine lokale Organisation, die den folgenden Zweck hat:

- Menschen mit der Haltung und dem Prozess der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg bekannt und vertraut zu machen.
- Menschen, die sich für die Gewaltfreie Kommunikation einsetzen, miteinander zu vernetzen.
- Menschen dabei zu unterstützen, lebensdienliche Strukturen zu schaffen.



Mit unserem Netzwerk setzen wir uns für einen neuen Weg ein, mit der Sprache bewusst und verantwortungsvoll umzugehen, damit es uns schrittweise gelingt,

- uns so zu verständigen, dass wir echte Chancen haben, das zu bekommen, was wir brauchen,
- Gedankenmuster, die zu Ärger und Aggressionen führen, zu verstehen und abzubauen,
- auf dem Weg hin zu einer Konfliktlösung weder unser Anliegen aufzugeben, noch die Beziehung zu unseren Mitmenschen aufs Spiel zu setzen,
- konkret umsetzbare Handlungsschritte zur Veränderung für uns und unser Gegenüber zu entwickeln mit dem Ziel, die Anliegen aller im Auge zu behalten.

Kontakt:

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.
Telefon: 0049 / 89 / 88952871
E-mail: gudrun_haas@t-online.de
Postanschrift: Postfach 50 04 71, 80974 München
Unser Spendenkonto:
Raiffeisenbank München Nord, Konto-Nr. 436054, BLZ 701 694 65
IBAN: DE62 7016 9465 0000 4360 54, BIC: GENODEF1M08

